

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen,
archivalische Quellenkunde und
historische Hilfswissenschaften

Aus dem Inhalt:

Der Kartenbestand des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs
Quellen über die Zwangsaussiedlungen in Südthüringen
Der Nachlaß Max von Laues

Einzelheft 14,50 DM · AM · POTSDAM · 42(1993)4 · S.127-168 · ISSN 0004-038 X

4/93

INHALT

RAKOW, P.-J. ; KRÜGENER, E.: Der Kartenbestand des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs und seine Geschichte 127 - 134

MOCZARSKI, N.: Quellen über die Vorbereitung und Durchführung der Zwangsaussiedlungen zu Beginn der 50er und 60er Jahre in Südthüringen 135 - 141

HENNING, E.: Der Nachlaß Max von Laues 142 - 145

SENSFUSS, D. : Aus Historie und Gegenwart des Stadtarchivs Jena 145 - 147

KÜBLER, T.: Das Kreis- und Stadtarchiv Haldensleben .. 148 - 152

Berichte

Arbeitskreis Leipziger Wirtschaftsarchivare (J. JACHE) 153

Werkstattgespräch zur Krise der deutschen Kriegswirtschaft 1943-1945 (G. GRAHN) 153 - 154

DDR-Akten und Quellenkritik (G. GRAHN) 154 - 155

Rezensionen

Leesch, Wolfgang: Die deutschen Archivare 1500-1945. Bd. 1: Verzeichnis nach ihren Wirkungsstätten. Bd. 2: Biographisches Lexikon (D. HEBIG) 156

Aly, Götz ; Heim, Susanne: Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau ("Sonderarchiv"). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftgutes aus der NS-Zeit (K. METSCHIES) 156 - 157

SCRINIUM. Zeitschrift des Verbandes österreichischer Archivare. Heft 44/45 (K. METSCHIES) 157

Josef Kollmann: Dejiny Ustredniho Archivu Ceskeho Statu (A. GRAUL) 157

Dollar, Charles M.: Die Auswirkungen der Informationstechnologien auf archivische Prinzipien und Methoden (K. METSCHIES) 158

Erhvervshistorisk Arbog 1991. Meddelelser fra erhvervsarkivet 41 (H. WARTENBERG) 158

Bewahren und Umgestalten. Aus der Arbeit der Staatlichen Archive Bayerns. Walter Jaroschka zum 60. Geburtstag (K. METSCHIES) 159

Archivpflege in Westfalen und Lippe. (K. METSCHIES) 160

Berliner Archive. (K. METSCHIES) 160

Archiv und Wirtschaft, Zeitschrift für das Archivwesen der Wirtschaft (R. SCHWÄRZEL) 160 - 161

Zeitschrift für Unternehmensgeschichte (K. LEHMANN) 161 - 162

Karlsch, Rainer: Von AGFA zu ORWO. Die Folgen der deutschen Teilung für die Filmfabrik Wolfen (K. METSCHIES) 162

Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg (G. GRAHN) 162 - 163

Faschismus und Rassismus: Kontroversen und Ideologie und Opfer/Arbeitsgruppe Faschismusforschung (G. GRAHN) 163 - 164

Heinz Sommer: Literatur der Roten Hilfe in Deutschland. Bibliographie (G. GRAHN) 164

Nachruf

Dr. habil. Ludwig Nestler 165

Informationen

Conserve '93. Europäisches Forum für das Erbe 166

Lehrgänge der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare. 32. VdW-Lehrgang "Sammlungsgut und Öffentlichkeitsarbeit". 33. VdW-Lehrgang "Restaurierung und Konservierung von Archivgut" 166 - 168

Wissenorganisation '93. Systemorientierte, kognitive und modellbezogene Aspekte der Wissensorganisation. Konstruktion und Retrieval von Wissen. 3. Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Wissensorganisation 168

Redaktionsschluß: 30. Juli 1993

Die Beiträge geben die Ansichten ihrer Verfasser wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

HERAUSGEBER

Dieter Hebig
Gabriele Baumgartner

BEIRAT

Botho Brachmann, Gertraude Gebauer, Eckart Henning, Ivan Hlavacek, Isolde Scharf, Eberhard Schetelich, Werner Vogel

VERLAG

ARCHIV - BUCH VERLAG
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstraße 5, 14469 Potsdam-Bornim



REDAKTION

Dieter Hebig (Chefredakteur)
Gabriele Baumgartner
Ursula Richter (Redaktionsassistentin)
Hans-Sigismund Gold (redaktionelle Mitarbeit)

Anschriften:

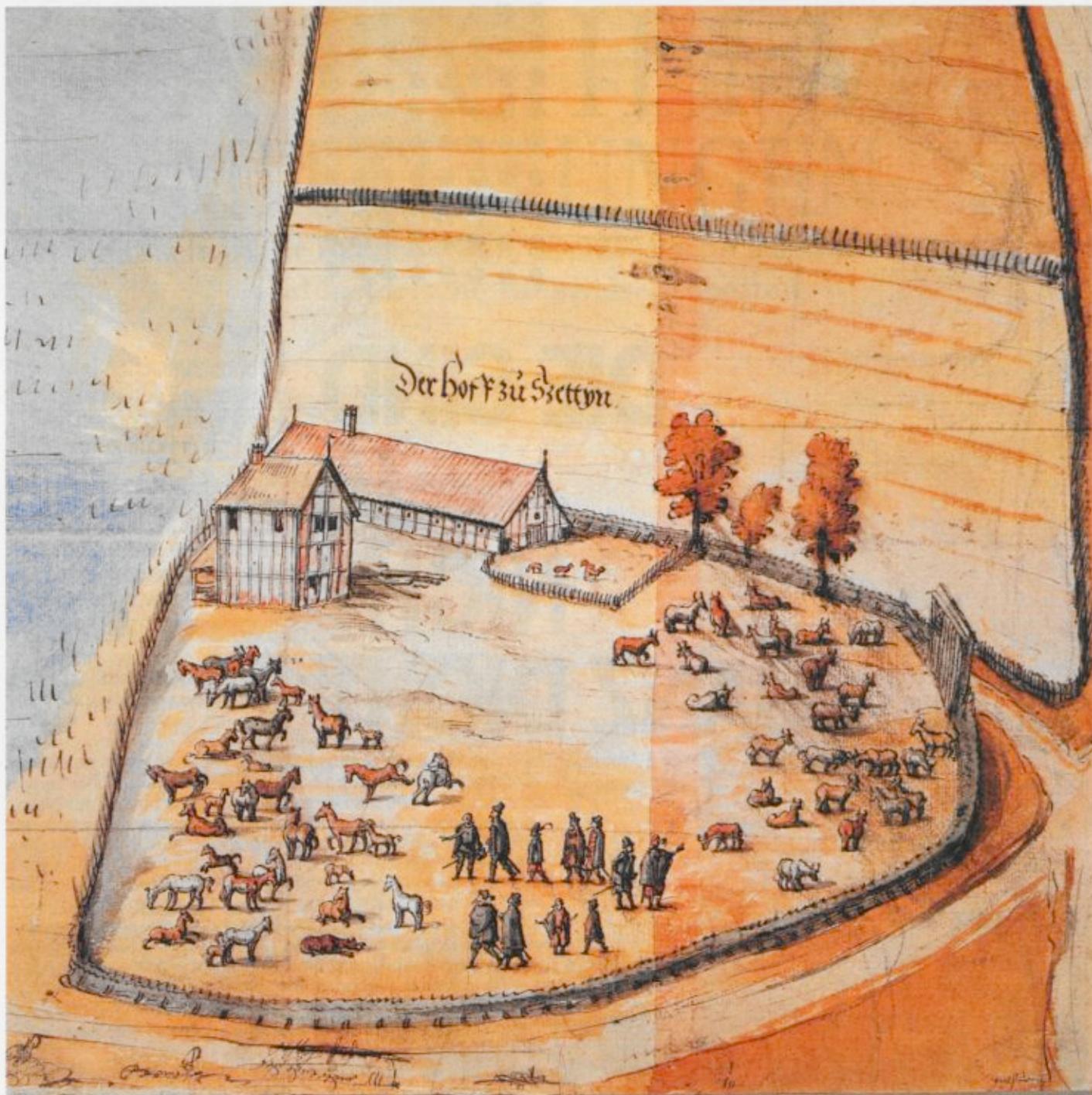
Redaktion ARCHIVMITTEILUNGEN / AM-Leserservice
Heckenstraße 5
14469 Potsdam-Bornim

Bestellungen sind beim AM-Leserservice und beim örtlichen Buchhandel möglich. Interessenten im Ausland wenden sich an den internationalen Buch- und Zeitschriftenhandel des jeweiligen Landes oder direkt an den AM-Leserservice.

Preise: Jahresabonnement 84,- DM
Einzelverkaufspreis: 14,50 DM

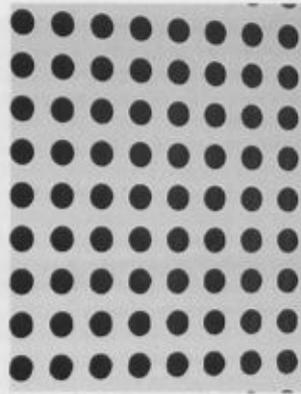
Anzeigen können direkt beim ARCHIV-BUCH VERLAG aufgegeben werden. Z. Zt. gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3. 1993.

Druck: Druck-Punkt Birkenwerder GbR



Schätze aus deutschen Archiven

Ausschnitt aus der Bildkarte Settin (bei Schwerin), um 1550, O.Z., mehrfarbig, 89 x 79 cm
Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Kartenbestand, Sign. 621



DIE SIND JA NICHT GANZ DICHT

Handschriftlichen und gedruckten Zeugnissen vergangener Epochen fehlt heute oft die Luft zum Atmen.

Vor allem in Archiven und Bibliotheken, wo sich die Geschichte ganzer Jahrhunderte auf wenige Meter Regalzeilen drängelt.

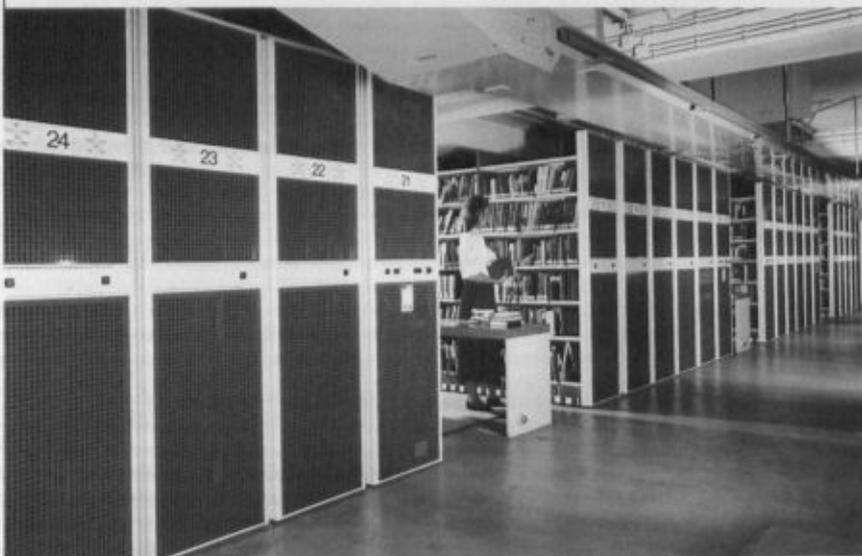
Kein Wunder, wenn da so manchem wertvollen Stück die Puste ausgeht.

Höchste Zeit also für frischen Wind in Archiven und Bibliotheken.

Zum Beispiel durch Arbitec-Regalsysteme mit Lochblech-Vorsatzwänden.

Für eine optimale, ungehinderte Luftzirkulation. Für den Schutz temperatur-empfindlicher Dokumente. Für ein gesundes Arbeitsklima in sensiblen Bereichen.

ARBITEC – Ideen,
die Wind machen.



ARBITEC 

Gesellschaft für Archiv- und Bibliothekstechnik mbH

Forum Straße 12
4040 Neuss
Telefon 021 31/38 09-0

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen, archivalische Quellenkunde
und historische Hilfswissenschaften

42. Jahrgang

ISSN 0004-038X

4/1993

Der Kartenbestand des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs und seine Geschichte *

Peter-Joachim Rakow und Elke Krügener

Archive, heißt es, sind das Gedächtnis der menschlichen Gesellschaft. Sie bewahren die dokumentarische Hinterlassenschaft vieler Generationen und überliefern damit heute und künftig die Kenntnis von ihren politischen und sozialen Verhältnissen, in denen sie lebten und handelten, von ihren Leistungen, ihren Freuden und Leiden, ihrem Alltag. In alten Chroniken erzählt, auf pergamentenen Urkunden verbrieft, in dickleibigen Aktenbänden notiert, auf figuren- und bilderreichen Karten fixiert, auch schon in modernen Datenträgern gespeichert, dienen und dienen die von den Archiven bereitgestellten Informationen - mit historisch wechselnden Ansprüchen - der Erforschung der Geschichte, der Bereicherung von Bildung und Kultur, aber auch der Rechtswahrung, der Entscheidungsfindung in Staat und Verwaltung und der Befriedigung von Bürgeranliegen der unterschiedlichsten Art. Typische Merkmale von Archivgut - im Unterschied etwa zum Bibliotheksgut - sind die Einmaligkeit seiner Überlieferung, seine dokumentarische Authentizität und seine Herkunft aus Registraturen, d. h. aus der amtlichen Tätigkeit von Behörden, Institutionen und Personen oder aus der gesellschaftlichen Funktion von Organisationen und dem Nachlaß bedeutender Persönlichkeiten. (1)

1. Das Mecklenburgische Landeshauptarchiv und seine Bestände im Überblick

Das Mecklenburgische Landeshauptarchiv Schwerin, wie es seit Oktober 1990 wieder heißt (1965 - 1990 Staatsarchiv Schwerin), gehört heute zu den großen Landesarchiven der Bundesrepublik. (2) In den Magazinen des 1911 von Baudirektor Paul Ehmig fertiggestellten formschönen Archivzweckbaus am Burgsee und seinen Außenstellen in Ludwigslust und Rampe werden gegenwärtig etwa 20 000 lfd. Meter Akten, 18 000 Urkunden und über 150 000 Karten, Pläne und Risse zur Geschichte des Landes Mecklenburg (bis 1952) sowie zur Entwicklung der Bezirke Schwerin und Neubrandenburg (bis 1989/90) aufbewahrt. (2)

Das älteste Dokument des Archivs ist eine Papsturkunde Hadrians IV. vom 21. Jan. 1158, mit der er Existenz und Besitz des Bistums Ratzeburg bestätigt (Mecklenburgisches Urkundenbuch I (1863), Nr. 62), die jüngste Überlieferung ist erst wenige Jahre alt. Sie resultiert aus der Tätigkeit der ehemaligen Bezirksverwaltungen in Schwerin und Neubrandenburg und ist eine unverzichtbare Grundlage für die quellenkritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Territorium. Die Sicherung und Übernahme der archivalischen Hinterlassenschaft der Staats- und Wirtschaftsorgane der DDR stellt gegenwärtig die wichtigste, alle Kräfte erfordernde Aufgabe der Schweriner Archivare dar.



Vignette auf dem Projekt von Dömitz, 18. Jahrhundert

Zu den Urkunden-, Akten- und Kartenbeständen des Archivs kommen noch wertvolle Sammlungen, wie z. B. die Siegel-, Bilder-, Flurnamensammlung, Genealogica u. a. und eine über 28 000 Titel umfassende Archivbibliothek, die nach der Mecklenburgischen Landesbibliothek in Schwerin und der Universitätsbibliothek in Rostock die umfangreichste Mecklenburgica-Abteilung besitzt. Als Geschichts- und Kulturzeugnisse von besonderem Rang, aber auch als Quellen von durchaus eigener archivalischer Qualität sollen hier im folgenden die historischen Karten ausführlicher vorgestellt werden.

2. Der Kartenbestand - seine Gliederung und Zusammensetzung

Der Kartenbestand des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs besteht heute aus etwa 60 000 Land-, Flur- und Gemarkungskarten verschiedenster Herkunft und unterschiedlichster Zweckbestimmung. Rechnet man die große Zahl von Bauplänen, Grundrissen, Konstruktionszeichnungen, Rekonstruktionsentwürfen, Ansichten (lithogr., fotogr.) dazu, dann umfaßt die Kartenabteilung gegenwärtig einen Gesamtbestand von über 150 000 Stück. Diese Zahlenangabe kann nur eine Schätzung sein und ist auch insofern fragwürdig, als sie nicht die unzählbare Menge von Kleinkarten, Situationsplänen, Handrissen usw., die als Anlage zu den betreffenden Akten liegen, einbezieht. Dieser Umstand muß bei jeder Kartenzählung in Archiven unbedingt mit gesehen werden. Es kann auch insofern nur eine Minimalzahl angegeben werden, weil Karten oft mehrfach überliefert sind bzw. eine Karte aus mehreren Blättern bestehen kann.

Der eigentliche Kartenbestand setzt sich aus folgenden Sachgruppen zusammen (vom allgemeinen zum besonderen):

- 2.1. aus einer relativ kleinen Zahl von ca. 5 000 Welt-, Europa- und Länderkarten, die zum großen Teil aus den Kartendepots des ehemaligen Ministeriums des Innern Schwerin und des Mecklenburgischen Geschichts- und Altertumsvereins übernommen oder als Sammlungsgut durch Schenkung oder Erwerbung ins Archiv gelangten und deren älteste Stücke aus der Mitte des 18. Jahrhunderts stammen;
- 2.2. aus etwa 600 Mecklenburg-Karten in Gesamt- und Teilübersichten, deren Entstehung in Einzelstücken bis ins 16. Jahrhundert zurückzudatieren ist. Zu dieser Gruppe gehören außer allgemeinen Übersichtskarten und Kartenwerken, wie die Mecklenburg-Karte des Rostocker Poesieprofessors und originellen Satirikers Johann Lauremberg (1590 - 1658), der handgezeichnete Mecklenburg-Atlas des Bertram Christian

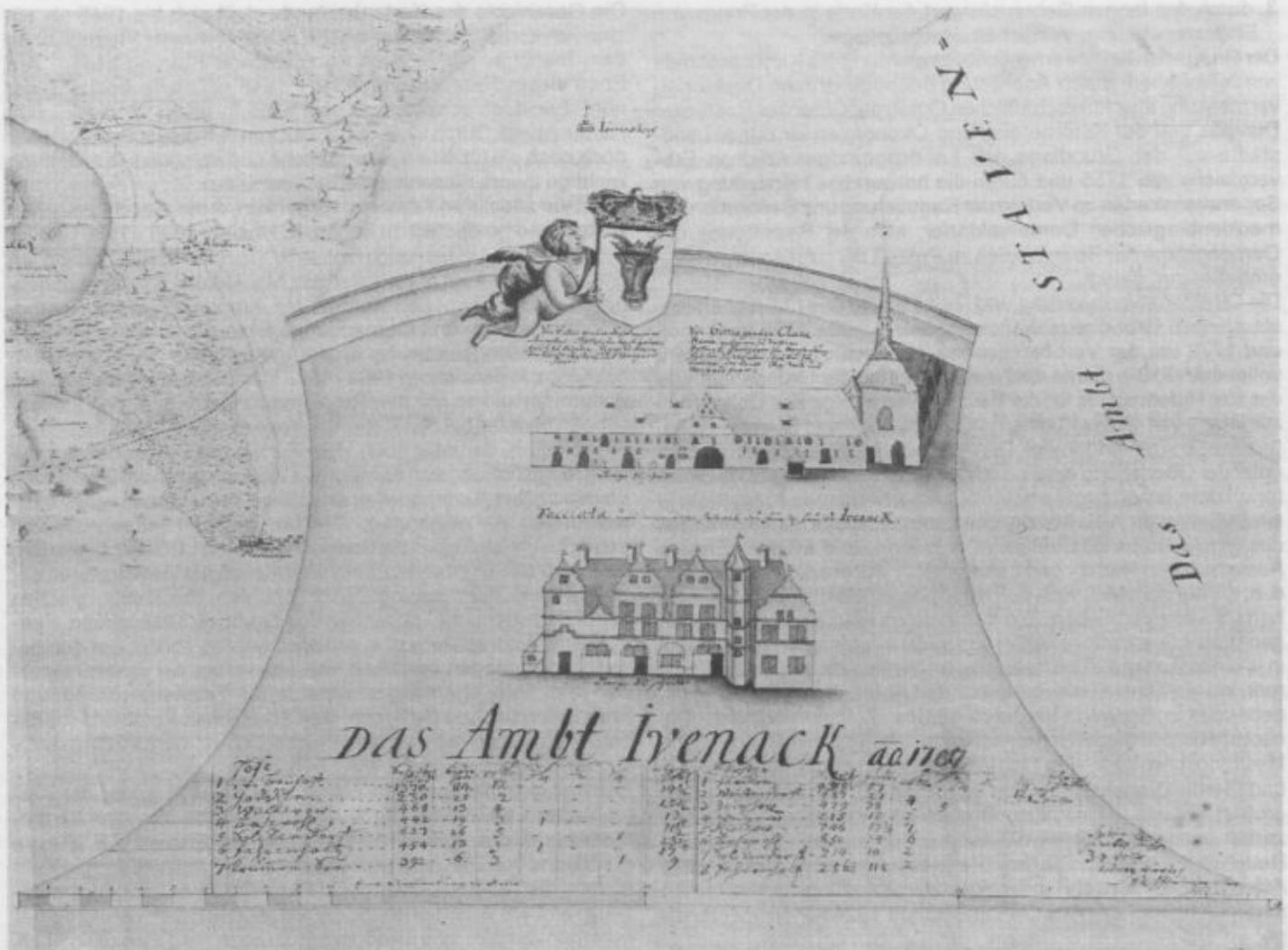
von Hoinckhusen (1651 - 1722) sowie die schon bekannteren Kartenwerke Carl Friedrich Wiebekings (1762 - 1842) und des Grafen Friedrich Wilhelm Carl von Schmettau (1742 - 1806), auch zahlreiche Karten von mecklenburgischen Teilherrschaften, Ämtern und Kreisen, ebenso Spezialkarten, wie die Grenzkarten des seinerzeit nicht unbedeutenden Geographen, Kartographen und Ingenieurs Tilemann Stella (1524/25 - 1589), die zu den wertvollsten Stücken des Kartenbestands gezählt werden können;

- 2.3. aus den Flur- und Gemarkungskarten, die mit fast 40 000 Stück nicht nur den weitaus größten, sondern hinsichtlich Quellenwert und Forschungsressourcen zweifellos auch bedeutendsten Bestand bilden. Zum überwiegenden Teil aus den Bedürfnissen der Staatsverwaltung im weitesten Sinne entstanden, zum Beweis von Rechtsansprüchen, zur Schlichtung von Grenzstreitigkeiten, zur steuerlichen Veranlagung, zur Separation von Ackerfluren und zur Aufteilung von Boden geschaffen, bieten sie in ihrer Masse und in ihrer Abfolge eine außerordentlich anschauliche Demonstration der Entwicklung von Besitz- und Sozialverhältnissen vom ausgehenden Mittelalter bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts auf dem Territorium Mecklenburgs. Das Spektrum dieser Flur- und Gemarkungskarten reicht von kostbaren Einzelstücken der Altkartographie - z. B. der Lübz-Fahrenhorster Karte des Ciriacus Oswald von 1540, der ältesten Karte im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv überhaupt, den Situationskarten von Peter Boeckel (ebenfalls aus dem 16. Jahrhundert) und den Projekten des Festungsbaumeisters Gert Evert Pilot aus der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts - über die Karten aus der Direktorialvermessung der ritterschaftlichen Landgüter und die Separationskarten des 18. und 19. Jahrhunderts, die Karten der Reichsbodenschätzung von 1934 ff., bis zu den Aufteilungsplänen der Bodenreform von 1945 und den ersten LPG-Schlagkarten. Bestandteil dieser Gruppe sind ebenso die Karten städtischer Gemarkungen im Gesamtüberblick oder in Einzeldarstellung von Flurlagen, Ackerreservaten, Garten- und Wiesenländereien. Schließlich sind die Bebauungspläne, Dorfpläne, Parkpläne zu nennen.

Vom grundsätzlichen Typ her eng mit den Flur- und Gemarkungskarten verbunden, durch Gegenstand und Zweck jedoch von ihnen getrennt, sind ferner größere Bestände von Spezialkarten vorhanden. Am häufigsten handelt es sich dabei um Dränkarten, Forstkarten und Verkehrskarten (Chaussee-, Eisenbahn-, Wege- und Gewässerkarten).



(Charte von dem Hoff und Bauer Felde Evershagen) Karte von Evershagen (Rostock), 1784, H. F. Becker



Kartusche mit Legende auf der Amtskarte von Ivenack, 1707, Bötticher

Alles in allem ergibt sich ein Überlieferungsbild von großer Dichte und Vielfalt, das durch die Kartenbestände der großen Stadtarchive Wismar, Rostock und Stralsund, aber auch verschiedener Kreis- und kleinerer Stadtarchive sowie durch die Fonds der Plankammern der Katasterämter und Forstvermessungsämter noch ergänzt und bereichert werden kann.

3. Zur Geschichte des Kartenbestands

Die Geschichte des Kartenbestands ist eng mit der Geschichte der Landesaufnahme und der Entwicklung des Vermessungswesens in Mecklenburg verbunden. Die Anfänge der Bestandsbildung gehen mindestens bis ins 18. Jahrhundert zurück. Als der Archivar Carl Friedrich Evers (1729 - 1803) im Jahre 1762 das herzogliche Archiv in drei große Sachgruppen - Urkunden, Akten, Sammlungen - gliederte, führte er unter den Sammlungen auch die "Zeichnungen und Karten" (wörtlich: Delineationes et Chartes Regnorum, Provinciarum, Fluminum, Praefectarum, Civitatum, Castrarum, Aedificiorum ...) auf - mit dem bemerkenswerten Zusatz, daß diese "in der Schreibstube und zwar im Kasten vor dem Fenster" lägen. (3) Wir dürfen also vermuten, daß es sich im wesentlichen um noch wenige Stücke der schon genannten Altkartographie gehandelt hat - die Karten Tilemann Stellars, Peter Boekels, Gert Evert Piloots etwa -, aber auch um größere Übersichtskarten, wie die Mecklenburg-Karte Johann Laurembergs, die grundlegend für alle Kartendrucke der nächsten 100 Jahre wurde. (4) Aus einem Bericht, den die herzoglichen Archivare Schulz und Benmann 1752 an Herzog Christian Ludwig von Mecklenburg-Schwerin erstatten mußten, geht hervor, daß im Archiv "ein gebundener Atlas vorhanden ist, welcher große Land-Charten in sich fasset, die über 5 Fuß in die Länge und 7 Fuß in die Breite halten, worunter auch die von Johanne Laurembergio gezeichnete Charte des Herzogtums Mecklenburg sich befindet". Es heißt dann weiter, daß "in diesem Seculo der ehemalige Vice-Präsident von dem Hoff- und Landgericht zu Güstrow von Hoinckhusen, weil

jene Land-Charten unrichtig sind, seine Bemühung dahin angewandt, eine accurate Mecklenburgische Land-Charte abzuzeichnen, welche Ew. Hochfürstl. Durchl. von den Hoinckhusischen Erben vor einigen Jahren haben erhandelt und in dero Cabinet verwalten lassen". Bei dem angesprochenen Stück handelt es sich ganz sicher um die große, auf 1721 datierte "generale Mecklenb. Land-Charte 5 Fuß lang, und 3 breit", die zusammen mit einer kleineren General- und 22 später (1860) erworbenen Spezialkarten von den herzoglichen Ämtern (einschl. Beschreibungen) in 35jähriger Arbeit entstand und den kostbaren Hoinckhusenschen Kartennachlaß im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv bildet. (5)

Deutlich wird aus diesen frühen Quellen über den Kartenbestand, daß es für die Entstehung, Sammlung und Aufbewahrung solcher Karten in dieser Zeit vor allem zwei Gründe gab:

- die Karte als Beweis und Demonstration erworbener und angemessener feudaler Rechtstitel (Grenzarten, Lagepläne zu grundherrschaftlichen Rechtsstreiten), aber auch als Übersicht über Besitzstände und Herrschaftsgebiete. Diese Karten kamen hauptsächlich ins Archiv.
- die Karte als Repräsentationsobjekt, als Gegenstand exklusiver Liebhaberei. Diese Karten wurden - wie die Hoinckhusenschen - offenbar noch lange im fürstlichen Kunst- und Altertumskabinet aufbewahrt.

Ein spürbares Wachstum des archivischen Kartenbestands begann erst in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Hauptzuwachs erfolgte überhaupt erst im 20. Jahrhundert, speziell in den 60er und 70er Jahren. Diese im Vergleich zu den Aktenquellen späte Archivierung ist durch folgende Faktoren bedingt:

1. durch das historisch relativ späte Auftreten der Karten als Massenprodukt,
2. durch die vergleichsweise späte Zuwendung der Forschung zur Karte als Erkenntnisquelle,

3. durch den langen Gebrauchswert der Karte in der Praxis von Staatsverwaltung, Wirtschaft, Rechtspflege.

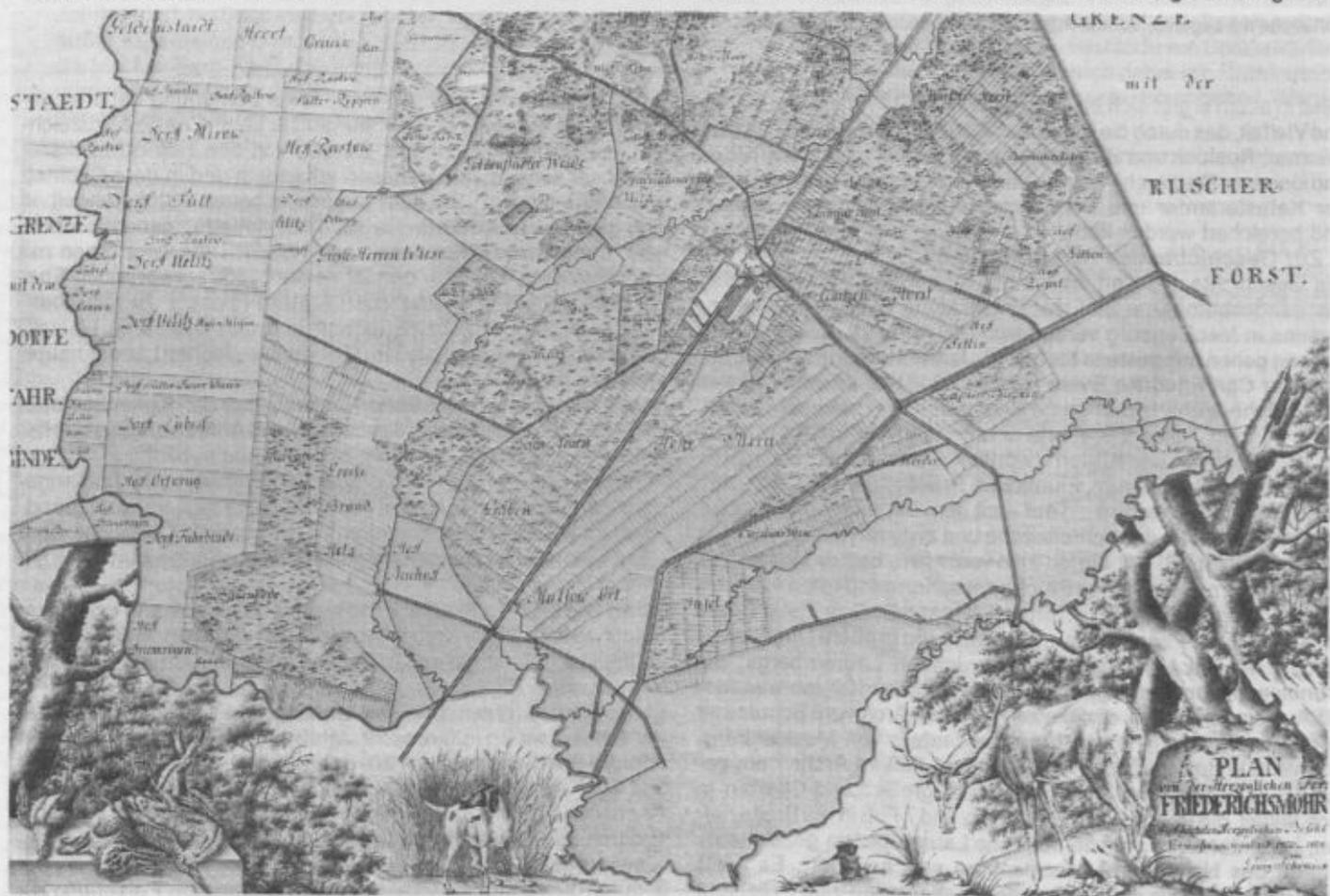
Der Grundstein für eine erhebliche Vermehrung des Kartenbestands wurde vor allem durch Anordnung der sogenannten Direktorialvermessung aller ritterschaftlichen Güter, der Güter des Rostocker Distrikts und der Kämmeereien und Ökonomien einzelner Landstädte auf der Grundlage des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs von 1755 und durch die notwendige Herstellung von Separationskarten im Verfolg der Regulierung und Separation der mecklenburgischen Domanialdörfer, also der Beseitigung der Gemengelage der Bauernhufen im Prozeß der sogenannten Bauernbefreiung, gelegt.

Die Direktorialvermessung und -bonitierung des ritterschaftlich-städtischen Grundherrschaftskomplexes wurde 1756 begonnen und 1779 mit der Veröffentlichung des neuen Landeskatasters vollendet. (6) Sie diente der Neufeststellung der Grundsteuer, da der alte Hufenmodus für die Besteuerung infolge des Übergangs zur intensiven Gutswirtschaft, in specie auch des Bauernlegens, unzutreffend geworden war. Die von den vereidigten Landmessern unter der Oberleitung einer paritätisch zusammengesetzten Direktorialkommission angefertigten Güterkarten kamen zunächst in je einem Exemplar in die herzogliche Kammer, später ins Kartendepot des Ministeriums des Innern in Schwerin, und an den "Engern Ausschuß von Ritter- und Landschaft", während die Brouillons, d. h. die auf dem Meßtisch aufgenommenen Karten, bei den Guts herrschaften verblieben. Die domanialen Flurkarten - die schon genannten Separationskarten und andere - gelangten in der Regel in je einem Exemplar an das entsprechende Amt und an die Kammer, wo sie dann allerdings durch den Abbrand des Regierungsgebäudes in Schwerin im Jahre 1865 z. T. verloren gingen. Die nächste Station dieser Karten war dann schon das Großherzogliche Messungsbüro bzw. das Landesvermessungsamt, das die Flur- und Gemarkungskarten - nun schon im 20. Jahrhundert - zum großen Teil den Vermessungsämtern bei den Kreisen als Mutterkarten überließ, andere wohl auch schon an das Geheime und Hauptarchiv abgab. Die im "Vermessungsarchiv des Engern Ausschusses" verwahrten Direktorialvermessungskarten kamen dagegen mit dem Archiv der Landstände 1924 schon vollständig an das Archiv in Schwerin.

Die Geschichte des Kartenbestands stellt sich bis 1945 als ein ziemlich komplizierter, auf jeden Fall ungeordneter Prozeß dar, in dem manches sicher auch noch weiterer Klärung bedarf. Am Ende dieses Prozesses stand um 1945 ein Kartenbestand, der nun aber doch schätzungsweise alles in allem an die 25 000 Karten zählte. Durch viele Abgabelücken ließ dieser Bestand aber doch noch die für eine systematische und komplexe Auswertung wichtige innere Geschlossenheit vermissen.

Es ist vor allem Karl Köster zu verdanken, diese Geschlossenheit weitgehend hergestellt zu haben. K. Köster (1898 - 1980), zuvor beim Landesvermessungsamt tätig, konnte 1962 - schon im betagten Alter - als Mitarbeiter des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs gewonnen werden. Mit ihm kamen große Restbestände von Flur- und Gemarkungskarten des ehemaligen Landesvermessungsamtes ins Archiv. In höchstem Grade motiviert, hat Köster in den Jahren 1963 - 1973 in engem verständnisvollem Zusammenwirken mit den Referaten Kataster bzw. den Liegenschaftsdiensten bei den Räten der Kreise weitere Außenbestände an Altkarten, darunter noch viele Karten der Direktorialvermessung, eingeholt und sich damit große Verdienste um die Bewahrung unersetzlicher Kartenquellen erworben. Dazu kamen weitere Erwerbungen, die eingangs z. T. schon genannt wurden und von denen hier noch einmal die Bodenreform- und LPG-Schlagkarten, die Forst- und Dränkarten, schließlich auch die Registraturen der ehemaligen Vermessungsämter bei den mecklenburgischen Landratsämtern mit Tausenden von Grundverhältnisakten, Flurbüchern, Feldregistern u. a. erwähnt werden sollen. Bei den genannten Zugängen bewährte sich besonders die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Institut für Forsteinrichtung und Standorterkundung Schwerin, den Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben, den Wasserwirtschaftsdirektionen, dem VEB Meliorationsbau Schwerin u. a.

Bestandsergänzungen von besonderer Qualität erfuhr der Kartenbestand außerdem durch die Übernahme des Dränkartennachlasses des Rostocker Vermessungsingenieurs E. Raspe (1968) und von 24 Kästen mit entzerrten und maßstäblichen Luftbildern, die 1934 - 1938 von der Lufthansa für das Landesvermessungsamt als Vorarbeiten für die Reichsbodenschätzung aufgenommen wurden. Wie diese stammen auch die gleichzeitig über-



Plan von der Herzoglichen Forst Friedrichsmoor, 1803/04, Georg Schröder, Auszug.



Stadt und Festung Demmin, (Ende 17. Jh.), o. Z.

nommenen Meßtischblattserien aus der 1963 aufgelösten Plan-kammer des VEB Topographischer Dienst Schwerin. 1984 - 1988 übergab der Topographische Dienst der DDR dem Archiv etwa 19 000 Blatt von 27 topographischen Karten verschiedener Maßstäbe und Ausfertigungen (in z. T. unvollständiger Überlieferung) vom Gebiet der ehemaligen DDR. Dieser Bestand vervollständigt die Überlieferung für den Zeitraum von 1945 - 1972, der kartenmäßig bisher nur sehr spärlich zu belegen war. Da es sich um topographische Übersichtskarten handelt, ist der Anschluß zu der Schmettauschen Landesaufnahme und zu den unvollständig vorhandenen Meßtischblattserien Ende 19./Anfang 20. Jahrhundert hergestellt worden.

Es kann also ohne Übertreibung festgestellt werden, daß dieser Bestand durch die Geschlossenheit seiner Überlieferung, aber auch durch seine altkartographischen Zimelien heute zu den bedeutenderen Kartenbeständen in der deutschen Archivlandschaft gehört. Sein vielseitiger Quellenwert und seine Praxisnähe eröffnen weite, in Jahrzehnten nicht ausschöpfbare Forschungsmöglichkeiten.

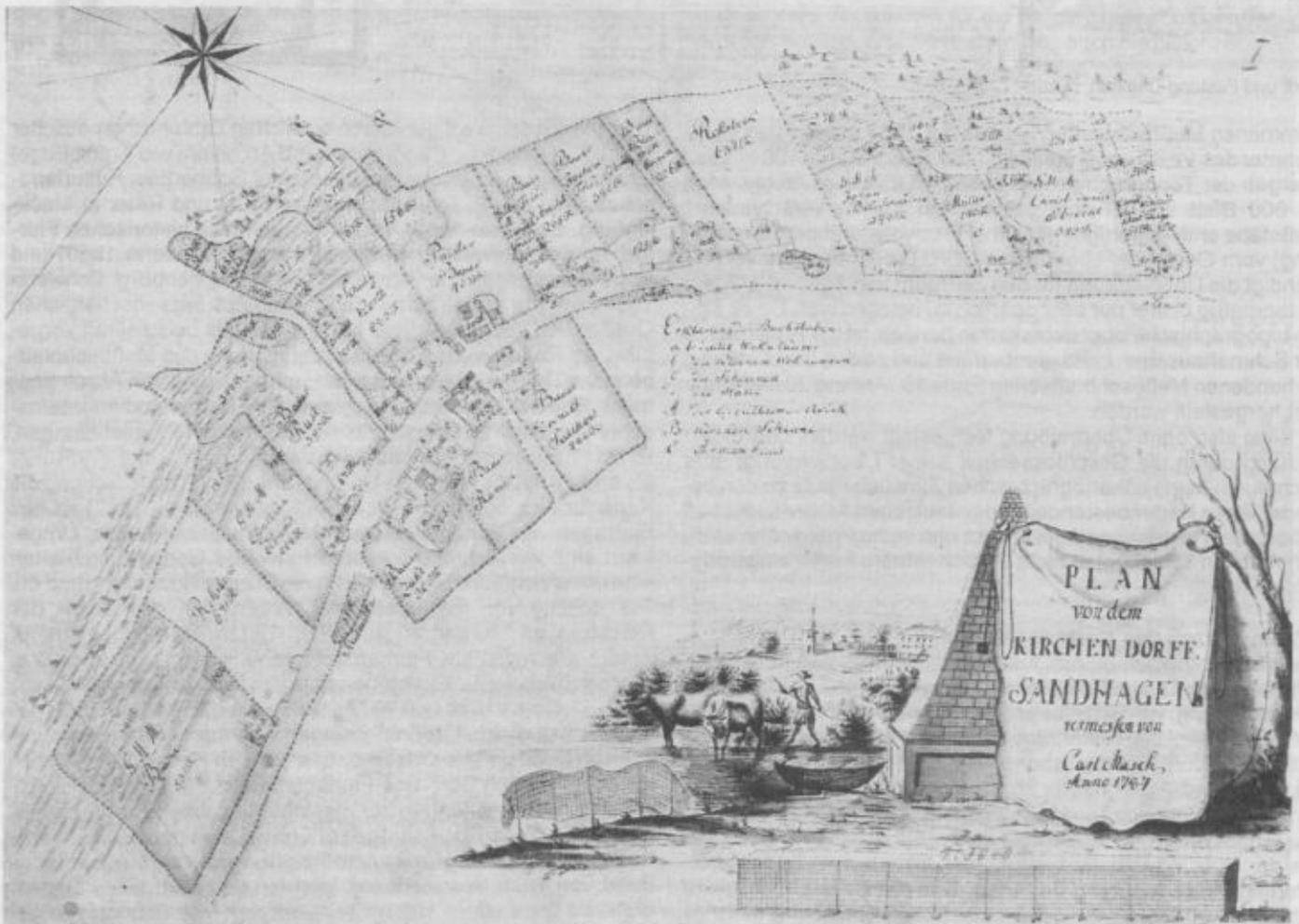
4. Vom Nutzen des Kartenbestands

Dazu muß zunächst einmal festgestellt werden, daß die historische Karte als Quelle für historisch-geographische Forschungen in Mecklenburg, von Einzelbeispielen abgesehen, lange ungenutzt blieb. Das hängt zweifellos damit zusammen, daß die Karte relativ spät ins Bewußtsein der landesgeschichtlichen Forschung tritt. Urkunden und Akten haben im 19. Jahrhundert noch eindeutig den Vorzug. Dennoch kann sich die heutige landesgeschichtliche und landeskundliche Forschung schon auf wichtige Ergebnisse aus der Nutzung und Auswertung der historischen Kartenüberlieferung in Mecklenburg beziehen. Diese resultieren vor allem aus dem Auftrieb siedlungsgeschichtlicher Forschung seit Anfang des 20. Jahrhunderts und nehmen mit dem wachsenden Interesse an agrar-, sozial- und bevölkerungsgeschichtlichen

Themen seit den dreißiger Jahren deutlich an Zahl und thematischer Breite zu. Historiker, Geographen und Archivare wie Franz Engel (Deutsche und slawische Einflüsse in der Dobbertiner Kulturlandschaft. Kiel 1934), Paul Steinmann (Bauer und Ritter in Mecklenburg. Schwerin 1960), Bruno Benthin (Die historischen Flurformen des südwestlichen Mecklenburgs. Schwerin 1960) und Hugo Cordshagen (Der Küstenschutz in Mecklenburg. Schwerin 1964), um nur einige zu nennen, haben den wissenschaftlichen Quellenwert des Schweriner Kartenbestands beispielhaft vorgeführt. Im Rahmen der Komplexuntersuchung des Meßtischblattbereichs Thurow, Kreis Neustrelitz, unter Leitung von Alexis Scamoni, Eberswalde, haben vergleichende Kartenstudien interessante Resultate zu landschaftsgeschichtlichen Fragestellungen, so zur Entwicklung der Wald-Feld-Verteilung, gezeitigt. (7) Früher als andere hat die regionale Ur- und Frühgeschichtsforschung die Karte für sich entdeckt. Seit Robert Beltz (1854 - 1942) ist das Eintragen von Fundplätzen auf Meßtischblättern üblich. Umgekehrt sind besonders die älteren Flur- und Gemarkungskarten eine unverzichtbare Grundlage für die Burgwallkartierung und die Feststellung von mittelalterlichen Wüstungen geworden. Der Reichtum an Flurnamen auf alten Karten hat ebenso immer wieder die regionale Flurnamenforschung angeregt und u. a. Werner Zühlsdorffs "Flurnamenatlas von Südwestmecklenburg", Teil I - III, Berlin 1970 und 1972, 1988 wesentlich mit möglich gemacht. Seit einigen Jahren drängen nun auch viele Heimatgeschichtsforscher und Ortschronisten zu den Karten. Unverkennbar erfreuen sich Dorf- und Flurlagen dabei besonderer Beliebtheit. Für die Forschungen zur mecklenburgischen Kartographiegeschichte haben die Beiträge zur Entwicklung der Mecklenburg-Karte mit dem ausgezeichneten Kartenatlas im Mecklenburg-Band von 1938 (Mecklenburg. Werden und Sein eines Gaues. Bielefeld und Leipzig 1938) zweifellos wertvolle Grundlagen geschaffen. Die darin von Herbert Gerdessen, Willy Bastian, Heinz Maybaum, Ulrich Folkers, Carl August Endler, Georg Tessin,

Hans Tscharnke u. a. entwickelten Karten und Skizzen können als wichtige Vorleistungen für den Historischen Atlas von Mecklenburg gelten, der - von Franz Engel begründet - 1960 mit einer Grundkarte des 18. Jahrhunderts eröffnet wurde und mit Sonderreihen (Wiebekingsche Karte von Mecklenburg um 1786; Schmettausche Karte von Mecklenburg-Strelitz um 1780) inzwischen auf acht Karten angewachsen ist (zuletzt erschienen: Helge Bei der Wieden. Manufakturen und Fabriken im Jahre 1793. Köln/Wien 1988). Eine Fülle neuer Erkenntnisse zur Frühgeschichte des Kartenwesens, zum Entstehen der ältesten Karten und zum Wirken der ersten Kartographen in Mecklenburg brachte die vielbeachtete Ausstellung "Mecklenburgische Karten des 16. - 18. Jahrhunderts aus dem Staatsarchiv Schwerin". von Januar bis März 1989, die von Christa Cordshagen maßgebend gestaltet wurde und dem Kartographen Tilemann Stella anlässlich der 400. Wiederkehr seines Todestags (+ 18. Febr. 1589) gewidmet war. (8) Die Ausstellung hat das öffentliche Interesse am mecklenburgischen Kartenwesen beträchtlich gefördert und - wie das schon genannte Kolloquium am 21. Nov. 1985 im Schweriner Archiv (9) - viele Anregungen zur weiteren Erforschung seiner Geschichte vermittelt. Diese an sich erfreulichen Tatsachen können jedoch nicht verbergen, daß größere und langfristig angelegte geschichtswissenschaftliche Forschungsvorhaben, z. B. solche auf agrar- und wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet, noch immer ziemlich an der Karte vorbeigehen. Die Karte als Forschungsquelle hat es weiterhin schwer. Dabei sind ihre Ressourcen für analytische Untersuchungen von Besitz-, Sozial- und Wirtschaftsverhältnissen in Quer- und Längsschnitten unübersehbar und in Verbindung mit den dazugehörigen Legenden, Protokollen, Registern, für die Anwendung quantitativer Methoden der Forschung geradezu prädestiniert. Das ist besonders auch im Hinblick auf die Anforderungen der Landesgeschichtsforschung, die sich in den näch-

sten Jahren auch für den mecklenburgischen Raum zwingend stellen, zu sehen. (10) Dabei wird es nicht nur um die Sicherung und Verknüpfung bereits gewonnener Erkenntnisse, sondern vor allem um neue Aufschlüsse gehen, um neue Aufschlüsse durch neue Quellen. Ein Forschungsdesiderat dürfte in diesem Sinne auch eine umfassende Geschichte der mecklenburgischen Landesvermessung selbst sein. Dazu gibt es erste interessante Beiträge. (11) Daß alte Karten oft nicht nur aus Linien, Figuren und Punkten bestehen, sondern durch phantasievolle Ornamentik auch ästhetisch-künstlerisches Vergnügen bereiten können, hat Herbert Ewe mit seinen "Schiffen auf historischen Karten" (Abbild oder Phantasie? Rostock 1978) gezeigt. Auch dazu haben die Karten des Landeshauptarchivs einiges zu bieten. "Das schöne Detail auf alten Karten" wäre ein reizvoller Buchtitel. Qualitativ neue Wertmöglichkeiten werden durch die Auswertung technisch-ökonomischer und eigentumsrechtlicher Daten auf historischen Karten und Plänen erschlossen. Dabei geht es um Karten, Pläne, Risse unterschiedlichen Alters, vor allem aber um Meliorationskarten, Verkehrskarten, Bau- und Konstruktionszeichnungen, Parkpläne, die ihren praktischen Wert noch nicht eingebüßt bzw. wiedergewonnen haben und durch Erst- und Nachnutzung z. T. beträchtliche Investitionseinsparungen und Aufwandsenkungen ermöglichen. Von ebenso großem Nutzen können historische Dokumente über die natürlichen Bedingungen der Produktion, wie Rohstofflagerstätten, Bodenfruchtbarkeit, land- und forstwirtschaftliche Standorte, Umweltverhältnisse, sein. Das gilt im wachsenden Maße auch für das z. T. weit zurückreichende Archivgut über Baudenkmale, historische Park- und Gartenanlagen, deren Erhaltung oder Rekonstruktion oft eine genaue Kenntnis des ursprünglichen Zustands erfordert. Als unverzichtbar erweisen sich Karten gegenwärtig in Verbindung mit entsprechenden Akten- und Grundbuchrecherchen bei



Plan von Sandhagen, 1787. Carl Masch

dem akuten Klärungsbedarf in offenen Vermögensfragen, der als Folge vierzigjähriger DDR-Geschichte entstanden ist und seit der 1989 eingetretenen politischen Wende eine Vielzahl von Betroffenen oft als "letzte Rettung" ins Archiv führt. (12) Die historischen Karten des Landeshauptarchivs helfen bei der Rekonstruktion von Flächen, die unrechtmäßig enteignet wurden, bei der Feststellung ehemaliger Grenzverläufe, dem Nachweis von Bundes-, Landes- und Kommunalvermögen, Kirchenland u. a. m., wobei einschränkend bemerkt werden muß, daß der juristisch unanfechtbare Eigentumsnachweis in den meisten Fällen nur aus den noch nicht archivierten neueren Katasterkarten sowie den Grund- und Flurbüchern der zuständigen Ämter erbracht werden kann. Noch ein letztes Wort zur Karte: Sie ist ein "sensibles" Archivale. Sie bedarf sorgsamer Lagerung und Pflege (13) und unterliegt besonderen Benutzungsbedingungen. Oft haben intensive Nutzung und häufige Transporte vor ihrem Archivadsein zu Verschleißerscheinungen, zu Rissen, Verschmutzungen und teilweisen Substanzverlusten geführt. Solcher Karten nimmt sich im Landeshauptarchiv eine Restaurierungs- und Konservierungswerkstatt an. Auch ihre Arbeit trägt nicht unerheblich dazu bei, der Nachwelt einen wertvollen Kartenbestand zu erhalten.

Anhang: Inhaltsübersicht zum Kartenbestand

Der Kartenbestand des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs gliedert sich in 7 Sachgruppen: 1. Gemarkungskarten, 2. Meliorationskarten, 3. Forstkarten, 4. Verkehrskarten, 5. Karten und Atlanten von Mecklenburg, seinen Ämtern und Kreisen sowie größerer Teile derselben, 6. Karten und Atlanten von der Welt, den Erdteilen, außereuropäischen und europäischen Ländern, 7. Luftbilder. Bis zur 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Karten unabhängig ihrer Provenienz entsprechend ihrer Aussage einem der Sachbestände zugeordnet, spätere Zugänge als Provenienzbestände gesondert den betreffenden Sachgruppen unterstellt. In allen Bestandsgruppen ist keine Trennung der ehemaligen Länder Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz erfolgt.

1. Gemarkungskarten

Der Bestand setzt sich zusammen aus den Karten folgender Provenienzen: Kammer, Engerer Ausschuß der Ritter- und Landschaft, Messungsbüro, Landesvermessungsamt mit Abt. Reichs-bodenschätzung, Vermessungsdienst Mecklenburg, Landeskulturamt, Umliegungsamt Mecklenburg, Liegenschaftsdienste der Räte der Bezirke Schwerin und Neubrandenburg, Kreisvermessungsämter, Räte der Kreise, Abt. Kataster.

Die Karten sind überliefert als Mutterkarten, Abzeichnungen und Ablichtungen, Fotografien v. a. von den beim Brand der Kammer 1865 verlorengegangenen Direktorialkarten, Abdrucke, Mutterpausen, Lichtpausen, geometrische Delineatorien (Zeichnungen), Karten nach Luftbildplänen.

1. Karten von ländlichen Gemarkungen:

Ihrer Aussage nach sind es Dorfpläne, Lagepläne von Grundstücken und Flurteilen, Feldmarkkarten, Karten von Feldmarkteilen, Schlagkarten, Bodenschätzungskarten, Drainagekarten, Feldmark-Aufteilungspläne, Bebauungspläne, Situations- und Nivellementspläne, Dorfregulierungspläne, Wirtschaftskarten von Forstrevieren, Karten der Forstdienstländereien

2. Karten von städtischen Gemarkungen:

Ihrer Aussage nach handelt es sich um Bebauungspläne, Bodenschätzungskarten, Feldmarkkarten, Karten der Garten- und Wiesenländereien, Ackerreservaten, städtischen Forsten, Bauhöfen, Friedhöfen, Straßen-, Chaussee- und Wegepläne, Nivellementspläne von Stadtgräben, Bächen und Gewässern.

Bestandsgliederung:

Die Ordnung der Karten ländlicher Gemarkungen erfolgte nach der Kreiseinteilung von 1925, innerhalb der Kreise nach Orten in alphabetischer Abfolge. Die Karten von städtischen Gemarkungen sind nach den Städten in alphabetischer Abfolge geordnet. Umfang: ca. 39 501 Karten; 1756 (in Einzelstücken früher) bis 1966; Archivhilfsmittel: Findbuch, 22 Bde. 1928 mit Nachträgen bis 1988, Findbuch, 1 Bd. 1988

2. Karten von Meliorationsanlagen und wasserwirtschaftlichen Vorhaben

Der Bestand wurde gebildet aus Karten folgender Provenienzen: Kommission für die Entwässerung der Ländereien, Landeskommission für Bodenmelioration, Meckl. Landeskulturamt, Wasserwirtschaftsämter, Wasserwirtschaftsdirektion.

Bestandsgliederung:

1. Teilbestand: Lage- und Höhenpläne, Drainpläne, Übersichtskarten, Profile (Längs- und Querschnitte), Bodenuntersuchungen geordnet in alphabetischer Reihenfolge der Gemarkungen, Moore und Gewässer. Umfang: ca. 1 819 Karten, 1871 - 1969 Archivhilfsmittel: Findbuch 1967, 1 Bd. 2. Nachlaß Raspe, Vermessungs- und Kulturingenieur, Rostock

Der Bestand enthält Dränkarten und -pläne von 106 Gemarkungen, Lage- und Höhenpläne, Profile, Gutachten bzw. Erläuterungsberichte

Bestandsgliederung:

Gemarkungen in alphabetischer Abfolge

Umfang: ca. 1 126 Karten und Pläne, 115 Gutachten und Erläuterungsberichte, 1881 - 1964

Archivhilfsmittel: Findbuch, 1969, 1 Bd.



Karte von der Nossentiner Heide, 1768, G. Schröder

3. Forstkarten

Der Bestand enthält Karten folgender Provenienzen: Forstkollegium, Forsteinrichtungskommission beim Ministerium für Finanzen, Abt. Domänen und Forsten, Forsteinrichtungsamts beim Ministerium für Domänen und Forsten.

Bestandsgliederung:

1. Forstmutterkarten

Forstämter in alphabetischer Folge, untergliedert nach Forsten.

Umfang: ca. 488 Karten, ca. 1875 - 1925

Archivhilfsmittel: Findbuch, 1 Bd., Findkartei (1970)

2. Forstbestandskarten

I. Forstämter untergliedert nach Forsten in alphabetischer Abfolge

II. Stadforsten Bützow, Grabow, Grevesmühlen, Güstrow, Lübz Neustadt, Parchim, Plau, Rostock

III. Gemeinschaftsforsten Berz bei Briest, Brunner Forst, Mallis Vietlütöbe

IV. Guts- und Fideikommissforsten

Umfang: ca. 1 512 Karten, 1853 - 1943

Archivhilfsmittel: Findbuch, 1 Bd., 1961

4. Verkehrskarten

Der Bestand setzt sich überwiegend zusammen aus Karten des Ministeriums des Innern bis 1945 und seiner unterstellten Einrichtungen Flußbaukommission, Verwaltung der Chausseen, Eisenbahn- und Wegebesichtigungsbehörden, Eisenbahnkommissariat mit Vorbehörden, ferner auch aus Karten des Bestands Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Straßenwesen 1946.

Bestandsgliederung:

Chausseen: Reichsstraßen und geplanter Reichsautobahnbau in Mecklenburg (darin: Ausbauzustand, Ausbesserungen, Verkehrsbelastungen, Dichte des Straßennetzes), Chausseen und Neben-chausseen in alphabetischer Folge (darin: Situations- und Nivellementspläne, Längen- und Querprofile, Übersichtskarten, Straßenbrücken, Grunderwerbspläne, Projektmappen mit Kostenvoranschlägen, Erdmassenberechnungen, Lageplan, Querprofilen, Übersichtskarten, Erläuterungsberichten).

Eisenbahnen: Post- und Eisenbahnnetz Deutschlands und Preußens mit anliegenden Ländern, Eisenbahnverkehrskarten von Mecklenburg und Pommern, einzelne Strecken in alphabetischer Folge (darin: Grunderwerbspläne, Projektierungen mit Übersichtskarten, Höhen- und Lageplänen, Oberbaukarten, Konstruktion von Durchlässen und Brücken, Neigungs- und Krümmungsverhältnissen, Normalquerprofilen, Erläuterungsberichten, Kostenvoranschlägen, Rentabilitätsberechnungen).

Gewässer: Allgemeines: Übersichtskarten über deutsche Schifffahrtsstraßen, Norddeutsche Stromgebiete, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitzer Wasserstraßen, Flüsse in alphabetischer Folge (darin: Höhenkarten, Deich- und Stromprofile, Wasserstände), Übersichtskarten - Kanäle in alphabetischer Folge (darin: Absenkungen, Gewäs-

serkorrekturen, Schleusen, Überführung der Eisenbahnen und Wegebrücken, Kalanlagen) - Gräben und Bäche - Schleusen - Brücken - Deiche - Seen - Ostsee Wege: alphabetisch nach Strecken

Umfang: ca. 1 637 Karten, 1746 (in Einzelstücken früher) bis 1946

Archivhilfsmittel: Findkartei um 1955 mit Nachträgen 1972

5. Karten und Atlanten von Mecklenburg, seinen Ämtern und Kreisen sowie größerer Teile desselben

Der Bestand setzt sich überwiegend zusammen aus der Kartensammlung des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs Schwerin, den Karten des Kartendepots der Regierung und des Ministeriums des Innern bis 1945, der Kammer. Hierin befinden sich geographisch-statistische, historische, verwaltungsgeschichtliche Karten, Grenz-, Verkehrs- und andere Spezialkarten, Übersichtskarten.

Bestandsgliederung:

1. Mecklenburg

2. Ämter und Kreise in alphabetischer Folge

Umfang: ca. 600 Karten, 16. Jahrhundert bis 1958 (Einzelstück)

Archivhilfsmittel: Findbuch, 1 Bd. 1989

6. Karten und Atlanten von der Welt, den Erdteilen, außereuropäischen und europäischen Ländern

1. Teilbestand

Überwiegend zusammengesetzt aus den thematisch zugehörigen Karten und Atlanten des Kartendepots des Ministeriums des Innern bis 1945, der Erwerbungen und Schenkungen, aus der Kartensammlung des Mecklenburgischen Geschichts- und Altertumsvereins.

2. Teilbestand:

Karten und Atlanten des Militärdepartements mit Vorbehörde

Bestandsgliederung:

1. Welt, Erdteile und außereuropäische Länder

2. Europa und europäische Länder

3. Deutschland und deutsche Staaten

1. Teilbestand:

Umfang: ca. 550 Karten, 1748 - 1939

Archivhilfsmittel: Findbuch, 1 Bd. 1973

2. Teilbestand:

Umfang: ca. 4 500 Karten, 1759 - 1914

Archivhilfsmittel: Findbuch 1872 mit Nachträgen 1919, 1989

7. Luftbilder von Gemarkungen

Bestandsbildner: Landesvermessungsamt, Zweigstelle für die Vorbereitung der Reichsbodenschätzung

Hersteller: Hansa Luftbild GmbH Berlin

Gliederung:

Entzerrte Luftbildpläne

1 601 Stück

Nichtentzerrte Aufnahmen nach überflogenen Planquadraten geordnet

22 000 Stück

Umfang: 23 601 Stück, Herstellungszeitraum: 1935 - 1941

Archivhilfsmittel: Findbuch, 1 Bd. 1964

* Überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags auf dem Kolloquium "Der historische Kartenbestand des Staatsarchivs Schwerin - Geschichte, Funktion, Nutzen" am 21. Nov. 1985 in Schwerin (vgl. auch P.-J. Rakow, Das Staatsarchiv Schwerin und sein historischer Kartenbestand. In: Vermessungstechnik, 35. Jg. (1987), H. 5, S. 158 ff.) Die im Anhang zum Beitrag wiedergegebene Inhaltsübersicht über den Kartenbestand basiert auf Vorarbeiten für eine Gesamtübersicht über die Bestände des MLHA.

Abbildungen: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin

(1) Vgl. dazu Gerhart Enders, Archiverwaltungslehre, Berlin 1962, S. 7 ff.

(2) Vgl. dazu den 1991 erschienenen kleinen Archivführer "Landeshauptarchiv Schwerin", der im Archiv vorrätig ist. - Den neuesten Überblick über Entwicklung und Aufgaben des Archivs vermittelt der Beitrag von Peter-Joachim Rakow, Das Mecklenburgische Landeshauptarchiv Schwerin und seine Quellen zu den mecklenburgisch-lauenburgischen Beziehungen. In: Die Grenz- und Territorialentwicklung im Raume Lauenburg-Mecklenburg-Lübeck. Neumünster 1992 (= Lauenburgische Akademie für Wissenschaft und Kultur - Stiftung Herzogtum Lauenburg - Kolloquium IV)

(3) Mecklenburgisches Landeshauptarchiv (C. F. Evers) Conspectus Archivi Ducalis Mecklenburgici (1762)

(4) Vgl. Carola Krueger, Die geschichtliche Entwicklung der Mecklenburgkarte. In: Mecklenburg. Werden und Sein eines Gaues. Bielefeld/Leipzig 1938. S. 2 ff.

(5) Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Forschungsregistratur: C(hristian) L(udwig) Nr. 410. - Vgl. auch G. E. Friedrich Lisch, Über die genealogischen Arbeiten in Mecklenburg im 18. Jahrhundert. In: Jahrbuch des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde, 29. Jg. (1864), S. 30 ff. (mit Nachtrag S. 285). - Vom Landesvermessungsamt Schwerin wird in Zusammenarbeit mit dem Mecklenburgischen Landeshauptarchiv gegenwärtig eine kommentierte Faksimile-Ausgabe des Mecklenburg-Atlas, d. h. der kleinen Generalkarte und der 22 Spezialkarten, vorbereitet, die zum Landesjubiläum 1995 erscheinen soll.

(6) Vgl. Carl Mauck, (Das Vermessungswesen im) Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin. In: Das Vermessungswesen im Dienste der Staatsverwaltung. Hrsg. von K. Steppes. Stuttgart 1882, S. 402 ff.

(7) Alexis Scamoni u. a., Natur, Entwicklung und Wirtschaft einer jungpleistozänen Landschaft dargestellt am Gebiet des Meißischblatts Thurow (Kreis Neustrelitz). Teil I. Berlin 1963

(8) Dazu wurde vom Staatsarchiv Schwerin ein Faltblatt mit einem kurzen Erläuterungstext zur Entwicklung der älteren Kartographie in Mecklenburg herausgegeben. - Zum Erkenntniszuwachs vgl. vor allem Christa Cordshagen, Neue Erkenntnisse zum Wirken Tilemann Stellas als Kartograph in Mecklenburg. In: Archivmitteilungen, Berlin 21 (1971) 5, S. 179 ff.; dies. Tilemann Stellas Wirken in Mecklenburg: Theoretische Schriften und deren Umsetzung in seinen Karten. In: Siegerländ. Blätter des Siegerländer Heimatvereins e. V. Bd. 66 Heft 3 - 4 (1989), S. 83 ff.

(9) Vgl. Kurt Melschies, Wissenschaftliches Kolloquium: Der historische Kartenbestand des Staatsarchivs Schwerin - Geschichte, Funktion, Nutzen. In: Archivmitteilungen, Berlin 36 (1986), 3, S. 101 ff.

(10) Vgl. Gyula Pápay, Die historische Karte als Gegenstand und Quelle der Geschichtsforschung. In: Archivmitteilungen, Berlin 36 (1986), 3, S. 86 ff.

(11) Zum Beispiel Bernhard Zimmermann, Über die Geschichte der Landesaufnahme in Mecklenburg. In: Vermessungstechnik, Berlin 34 (1986) 3, S. 92 ff. - ders., Die mecklenburgische Landesvermessung von 1853 bis 1873 und ihr Initiator Friedrich Paschen. In: Rostocker Wissenschaftshistorische Manuskripte, H. Rostock 1986, S. 58 ff.

(12) Von 3 613 Auskunftersuchen an das Landeshauptarchiv bezogen sich 1992 allein 1241, d. h. über 30 %, auf diesen Klärungsbedarf. Ähnlich liegt das Verhältnis bei der persönlichen Benutzung

(13) Vgl. Hugo Cordshagen, Zur Unterbringung und Lagerung von Karten in den Staatsarchiven der DDR. In: Archivmitteilungen, Berlin 21 (1971) 5, S. 179 ff.

*

Nach einer kurzen Einführung in die Situation des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs werden Gliederung und Zusammensetzung sowie die Geschichte des Kartenbestandes dargestellt, der gegenwärtig ca. 60 000 Land-, Flur- und Gemarkungskarten umfaßt. Abschließend werden die vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten erörtert. Der Anhang enthält eine kurze Übersicht über den Kartenbestand.

*

A short introduction into the current situation in the Central Archives of the Land of Mecklenburg is followed by a description of the organization and structure of the map collection - which today comprises approximately 60,000 geographical maps as well as cadastral maps of agricultural holdings and administrative areas - and of its analysis. A short survey of the existing stock of maps is contained in the appendix.

*

Après une brève introduction sur la situation des Archives centrales du Mecklenbourg, l'auteur présente la structure et la composition ainsi que l'histoire du fonds des cartes qui comprend actuellement quelque 60 000 cartes et plans cadastraux. En conclusion, il passe en revue les multiples possibilités d'analyse et de dépouillement. L'annexe contient un bref aperçu du fonds des cartes.

*

Después de una breve introducción a la situación del Archivo Central del Land de Mecklenburgo el autor expone la estructura y composición así como la historia del archivo cartográfico del mismo que comprende en estos momentos aprox. 60 000 mapas geográficos y catastrales. A continuación nos familiariza con sus reflexiones sobre las posibilidades de aprovechar los fondos de este rico archivo. El anexo incluye una sinopsis de los fondos del mismo.

*

После краткого введения, знакомящего читателя с ситуацией главного земельного архива Мекленбурга, автор освещает построение, состав и историю фонда карт, насчитывающего сегодня около 60 тыс. географических, межевых и поземельных карт. В заключение рассматриваются многочисленные возможности использования документальных материалов. В приложении содержится краткий перечень хранящихся в фонде карт.

* *

*

Quellen über die Vorbereitung und Durchführung der Zwangsaussiedlungen zu Beginn der 50er und 60er Jahre in Südthüringen

Norbert Moczarski

Es gibt Ereignisse und Erlebnisse im Leben eines Menschen, die auf Grund einer tiefgreifenden Veränderung seiner Lebensverhältnisse, eines abrupten Zusammenbruchs seiner Gefühle und Ideale sowie einer eklatanten Verletzung seiner Würde zu einem lebenslangen Trauma führen können. Zu diesen Ereignissen und Erlebnissen gehören zweifelsohne die in der DDR praktizierten Zwangsaussiedlungen in zahlreichen Städten und Dörfern, vor allem im Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Diese Zwangsaussiedlungen als spezielle Form der Deportation unseligen Andenkens ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte dieses Staates und waren letztendlich ein erprobtes Mittel, um die innere Stabilität eines Regimes um jeden Preis aufrechtzuerhalten. In der damaligen Sowjetischen Besatzungszone begannen sie unmittelbar nach Kriegsende mit der willkürlichen Verhaftung und Verschleppung Einzelner und setzten sich in den späteren Jahren mit der Deportation ganzer Familien aus ihrer Heimat fort. Da die Gründe und die Methoden der Durchführung dieser oftmals Nacht- und Nebelaktionen später im offensichtlichen Widerspruch zu der ständig eingeklagten völkerrechtlichen Anerkennung des selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaates standen, stellten in den Jahrzehnten des Bestehens der DDR diese Geschehnisse ein absolutes Tabu in der offiziellen Geschichtsschreibung dar. Nach den Ereignissen des Herbstes 1989 vollzog sich aber bei den Tausenden noch lebenden Betroffenen im Osten und Westen Deutschlands ein Aufbruch der Gefühle. Neben der Forderung nach einer moralischen und vermögensrechtlichen Rehabilitierung war und ist seitens der Betroffenen, aber auch anderer Bürger nunmehr der Wunsch und die Hoffnung ausgeprägt, Einzelheiten über die Hintergründe und die Umstände der durchgeführten Zwangsaussiedlungen zu erfahren. Eine wichtige Vorarbeit leistete dazu bereits der Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V., der in erster Linie aus der Sicht der Betroffenen die Geschehnisse in mehreren Dokumentationen zusammenfaßte (1). Dabei waren sich alle Beteiligten einig darüber, daß hier nur erste Schritte zur geschichtlichen Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der DDR-Geschichte geleistet werden konnten. Sie müssen nunmehr ihre Fortsetzung durch eine intensive Auswertung und Verarbeitung der verschiedenen noch vorhandenen Quellen erfahren. Neben den Aussagen aus der Sicht der Betroffenen ist es nun erforderlich, auch im verstärkten Umfang die Quellen des Partei-, Staats- und Sicherheitsapparates zur Auswertung heranzuziehen. Sie können, bei aller Quellenkritik, am ehesten Aufschluß über Hintergründe, Vorbereitung und Durchführung dieser Aktionen geben. Es muß jedoch beachtet werden, daß die im Zusammenhang mit den Zwangsaussiedlungen entstandenen Dokumente nicht mehr vollständig vorhanden sind. Da sich die verantwortlichen Stellen sehr wohl über die Brisanz dieses Schriftgutes im klaren waren, hat man entweder sofort nach Abschluß der jeweiligen Aktion oder in den Folgejahren diese Dokumente zu einem großen Teil planmäßig vernichten lassen. Die dagegen erhalten gebliebenen Schriftstücke haben auf Grund des strikten Verschweigens der Thematik in den Jahren vor 1989 keine intensive Aufarbeitung in den Archiven der SED, der Organisationen und des Staates erfahren. Erst zu Beginn der 90er Jahre haben sich die Archivare in den betreffenden Archiven unter dem Eindruck eines zunehmenden Bedürfnisses nach Aufklärung dieser Problematik verstärkt angenommen. Die nachfolgenden Ausführungen möchten deshalb vor allem zweierlei vermitteln. Sie sollen zum einen eine erste Bestandsaufnahme der vorhandenen archivalischen Quellen in den Archiven zur Geschichte der Zwangsaussiedlungen in Südthüringen und zum anderen eine erste geschichtliche Aufarbeitung der Ereignisse aus der Sicht dieser Quellen für das genannte Territorium sein. Im Wissen darüber, daß sich die Zwangsaussiedlungen in der DDR nicht nur auf die 50er und 60er Jahre beschränken lassen, sie aber hier ihr größtes Ausmaß erfahren haben, möchte sich dieser

Beitrag auf die Ereignisse 1950/51 in Oberhof und auf die Ereignisse am 5./6. Juni 1952 sowie am 3.10. 1961 an der innerdeutschen Grenze konzentrieren. Die zu anderen Zeitpunkten durchgeführten Zwangsaussiedlungen, so z.B. im Zuge der Bodenreform, bedürfen selbstverständlich ebenfalls näherer Untersuchungen (2).

Aktion Oberhof 1950/51

In der bisher erfolgten geschichtlichen Aufarbeitung der Zwangsaussiedlungen in der DDR haben die Geschehnisse des Jahres 1950/51 eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Der Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V. hat jedoch 1991 eine Untersuchung vorgelegt, die auf eine "Aktion Rose" im Jahr 1950 hinweist, und die dazu diente, private Erholungsheime an der Küste und im Gebirge im großen Stil zu enteignen und dem FDGB zuzuführen. Es liegt hier die Vermutung nahe, daß die nachfolgend geschilderte "Aktion Oberhof" ein Bestandteil dieser "Aktion Rose" gewesen ist, obwohl die bisher in den thüringischen Staatsarchiven Weimar und Meiningen dazu ausgewerteten Quellen noch keinen Nachweis dafür erbracht haben.

In Anbetracht der Brisanz dieser Aktion wurde offensichtlich von seiten der SED und des Staates alles vermieden, was auf eine zentrale Steuerung des Vorgehens hinweisen konnte. Der Bevölkerung in den Erholungsgebieten sollte der Anschein erweckt werden, daß es die örtlichen Zustände waren, die zur Auslösung von staatlichen Gegenmaßnahmen geführt hätten. In Wirklichkeit aber war der Partei- und Gewerkschaftsführung der zu diesem Zeitpunkt noch hohe Anteil an privaten Ferien- und Kurhäusern in den attraktivsten Erholungsorten Ostdeutschlands schon lange ein Dorn im Auge. Für die Verwirklichung der von ihnen propagierten Sozialpolitik und dem damit verbundenen Aufbau eines staatlichen bzw. gewerkschaftlichen Erholungswesens benötigten sie relativ schnell Ferienheime in bester Lage. Deshalb mußten Möglichkeiten gefunden werden, private Heime in staatlichen bzw. gewerkschaftlichen Besitz zu überführen. Da die Möglichkeit der Enteignung auf der Grundlage der SMAD-Befehle 124, 126 und 64 offensichtlich verpaßt worden war, bemühte man sich nunmehr, den Besitzern dieser Erholungsheime mit politischen und strafrechtlichen Mitteln beizukommen. Als eine wesentliche Grundlage diente dafür der Beschluß des Ministerrates der DDR "Abwehr gegen Sabotage" vom 26.1. 1950. In Anwendung dieses Beschlusses wurde die zu erfolgende Auseinandersetzung mit den Besitzern und Angestellten der privaten Erholungsheime als Ausdruck des Klassenkampfes gewertet (3). Im Land Thüringen rückte im November 1950 der Kur- und Erholungsort Oberhof in das Zentrum der Maßnahmen des Staates gegen das noch vorhandene Privateigentum. Das kam nicht von ungefähr, denn der zu diesem Zeitpunkt noch überdurchschnittlich hohe Anteil an privaten Kur- und Erholungsheimen stand nach Auffassung der SED im Widerspruch zur zugedachten Rolle Oberhofs als Erholungs- und Wintersportzentrum der Werktätigen der DDR. Besonders im Zusammenhang mit der beabsichtigten Durchführung der II. Deutschen Wintersportmeisterschaften im Februar 1951, hier hatte Präsident Wilhelm Pieck sein Kommen zugesagt, wollte man eine möglichst kurzfristige Veränderung der Eigentumsverhältnisse herbeiführen und gleichzeitig den Ort als "reaktionäres, militaristisches und faschistisches Nest von Saboteuren und Agenten inmitten unserer Republik" säubern (4).

Mit der Lösung dieses Problems wurde das Innenministerium des Landes Thüringen beauftragt. Nachdem am 1. November 1950 das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" in einem Artikel scharfe Kritik an den Zuständen in Oberhof geübt hatte, löste der Thüringer Innenminister Willy Gebhardt die bereits seit längerer Zeit vorbereitete "Aktion Oberhof" aus. Am 3.11. 1950 besetzten frühmorgens um 6.00 Uhr Sondereinheiten der Deutschen Volkspolizei schlagartig zunächst 10 der größten privaten Kur- und Erholungsheime in Oberhof. In den Folgetagen wurde die Aktion dann auf insgesamt 32 Objekte erweitert (5). Die Besitzer und Geschäftsführer dieser Objekte, soweit sie sich auf dem Boden der DDR befanden, wurden zu einem großen Teil verhaftet. Nach zehntägigen Ermittlungen einer 29 Mann starken Sonderkommission der Kriminalpolizei, die durch das im Februar 1950 gebildete Ministerium für Staatssicherheit und durch Mitarbeiter der Landesfinanzdirektion Erfurt unterstützt wurden, übernahmen die Staatsanwaltschaften in Suhl, Meiningen und Erfurt insgesamt 25

der 32 untersuchten Vorgänge zur weiteren Bearbeitung. Die im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar vorliegenden Ermittlungsakten zur "Aktion Oberhof" im Umfang von 1.400 Blättern, die noch einer eingehenderen Untersuchung bedürfen, sind zwar stark von der politischen Zielsetzung der Aktion geprägt, weisen aber ebenso nach, daß in einer Reihe von Kur- und Erholungsheimen in Oberhof die damals geltenden gesetzlichen Bestimmungen von den Betreibern in mitunter erheblichem Maße verletzt worden waren. Das betraf insbesondere Verstöße gegen die Preisordnung, die Meldeordnung und die Steuergesetze (6). Noch vor Abschluß der polizeilichen Ermittlungen und somit auch vor einer gerichtlichen Entscheidung beschloß die Thüringer Regierung am 10. November 1950 die "Verordnung über die Aufenthaltsbeschränkung im Landkreis Suhl". Mit dieser speziell auf Oberhof und Umgebung zugeschnittenen Verordnung wurde den Vollzugsorganen eine Handhabe gegeben, um alle von der Polizeiaktion betroffenen Personen aus Oberhof zu entfernen. Die Verordnung war so weit gefaßt, daß darunter auch Personen fallen konnten, die lediglich ihre Kritik an der sich anbahnenden Entwicklung in Oberhof äußerten. Nach einem vom Chefinspekteur der Landesbehörde der Deutschen Volkspolizei Thüringen abgezeichneten Einsatzplan wurden vom 13. 11. bis 18. 11. 1950 in Anwendung der Regierungsverordnung vom 10. 11. 1950 zunächst 25 Familien mit insgesamt 89 Personen außerhalb des Landkreises Suhl zwangsausgesiedelt. Wenige Tage später, am 25. 11. 1950, folgten in einer zweiten Aktion weitere 13 Familien mit insgesamt 40 Personen. Bei diesen Aussiedlungen handelte es sich vordergründig um eine politische Säuberungsaktion, wie aus den in den Akten aufgeführten Begründungen hervorgeht. So wurde den Betroffenen u.a. eine antidemokratische Einstellung, unsoziales Verhalten, republikfeindliche Äußerungen etc. vorgeworfen (7). Das im Zuge der Aussiedlung beschlagnahmte Vermögen der Bürger wurde zunächst treuhänderisch verwaltet.

Insgesamt waren davon betroffen:

15 Hotels und Pensionen

1 Autoreparaturwerkstatt

1 Friseurgeschäft

1 Gemüsegeschäft

1 Malergeschäft

1 Zahnarztpraxis

1 Schuhmacherei

1 Sportartikelgeschäft

1 Geschäft für Glaswaren und Reiseandenken (8)

Aus den Akten des Amtes zum Schutze des Volkseigentums im Land Thüringen, die sich, was Oberhof betrifft, im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen befinden, geht hervor, daß diese und andere Vermögenswerte später in Volkseigentum übergegangen sind (9).

Entgegen den Behauptungen der SED-Presse sprach sich der überwiegende Teil der Bürger Oberhofs gegen diese Polizeiaktion aus und auch in den folgenden Wochen kam die Gemeinde ob der staatlichen Willkürmaßnahmen nicht zur Ruhe. Deshalb sahen sich die Staats- und Sicherheitsorgane in Anbetracht der näher rückenden II. Deutschen Wintersportmeisterschaften Ende Februar 1951 gezwungen, in einer weiteren Aktion, der "Aktion Oberhof (Bereinigung)", diejenigen Personen mit ihren Familien aus dem Kreisgebiet auszuweisen, die nach ihrer Ansicht die größten Unruheherde darstellen. So begannen am 19. 1. 1951, diesmal unter strengster Geheimhaltung, intensive Ermittlungen und vorbereitende Maßnahmen zur Feststellung des auszuweisenden Personenkreises. Im verstärkten Umfang flossen hier auch erstmals Berichte inoffizieller Mitarbeiter des MfS in die Ermittlungen ein. In einer abschließenden Besprechung zwischen der Volkspolizei, dem MfS, dem stellvertretenden Bürgermeister von Oberhof und dem Vorsitzenden der SED-Ortsgruppe wurde endgültig der Personenkreis festgelegt, der im Zuge der Bereinigung "kreisverwiesen" werden sollte (10). Am 3. 2. 1951 begab sich der Landesvorsitzende der SED, Erich Mückenberger, nach Oberhof und erteilte seine Zustimmung zu den vorgesehenen Maßnahmen. Es wurde festgelegt, die Aktion am 7. 2. 1951 durchzuführen. Bis dahin mußten die noch zu tätigen polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen werden. Aus den in den Akten überlieferten Begründungen für die Aussiedlung geht hervor, daß auch diese Aktion eine eindeutige politische Motivation besaß. So legte man den Betroffenen u.a. Gerüchtermacherei, Kritik an der November-

aktion, reaktionäre Einstellung und Aufrechterhaltung von Verbindungen zu bereits Kreisverwiesenen zur Last (11).

Am 7. 2. 1951 wurden im Rahmen der "Aktion Oberhof (Bereinigung)" nochmals mindestens 10 Familien und mehrere Einzelpersonen, genaue Zahlen sind aus den vorliegenden Akten nicht ersichtlich, zwangsausgesiedelt. Gleichzeitig erfolgte die Versetzung von 3 Lehrern über das Volksbildungsministerium. Im Zusammenhang mit dieser Zwangsausiedlung kamen weitere 8 Hotels und Pensionen in die treuhänderische Verwaltung des Landes Thüringen bzw. der Gemeinde Oberhof. Nach den vorliegenden Quellen wurden somit im Zeitraum von November 1950 bis Februar 1951 ca. 50 Familien mit über 150 Personen aus Oberhof zwangsausgesiedelt.

Aktion Demarkationslinie 5./6. Juni 1952

Die erste große Zwangsausiedlungsaktion an der innerdeutschen Grenze war letztendlich gesehen das Ergebnis der sich Anfang der 50er Jahre verschärfenden Konfrontation zwischen West und Ost. Durch das Engagement der USA im Korea-Krieg (1950-1953) sahen sich die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten veranlaßt, ihr militärisches Potential zu erweitern. Während in der Sowjetunion fieberhaft an der Fertigstellung der ersten Wasserstoffbombe gearbeitet wurde, versuchte man in der DDR mit einer großangelegten Werbeaktion die Volkspolizei, nicht zuletzt auch als Reaktion auf die Aufstellung des Bundesgrenzschutzes im März 1951, zu einer militärischen Formation auszubauen. Als im Frühjahr 1952 offensichtlich wurde, daß die Bundesrepublik Deutschland unter Konrad Adenauer trotz der Stalin-Note vom 10. 3. 1952 (12) mit der beabsichtigten Unterzeichnung eines Generalvertrages bzw. Deutschlandvertrages zur Aufhebung des Besatzungsstatuts die politische, militärische und ökonomische Einbindung in den Westen forcierte, kam es zu einer rapiden Verschlechterung der ohnehin als sehr problematisch geltenden innerdeutschen Beziehungen. Die in der DDR anlaufende Kampagne gegen die Unterzeichnung des "Generalkriegsvertrages" verfehlte außerdem nicht ihre Wirkung auf das innenpolitische Klima des Landes. Neben dem Schüren einer regelrechten Agenten-hysterie kam es mitunter zu einer total überzogenen Beurteilung bestimmter Handlungsweisen und Aktivitäten der Menschen. So konnte es durchaus passieren, daß Personen, die ihre Meinung nicht systemkonform artikulierten, als faschistische Provokateure und Reaktionäre bezeichnet wurden. Ein besonders krasses Beispiel dafür, welches auch später nicht unwesentlich die Schärfe und Erbarmungslosigkeit der Zwangsausiedlungen in Thüringen rechtfertigen sollte, war der Fall Alfred Sobick in Obergebra (Kreis Nordhausen). Der am 30. 4. 1952 durch Aufregung verursachte Tod des herzkranken Mitgliedes der SED-Ortsparteileitung Obergebra, Alfred Sobick, bei einer Wirtshausstretzei, wurde zu einem "feigen Mordanschlag faschistischer Provokateure gegen einen Helden der Arbeiterklasse" umfunktioniert. Nach einer nur eintägigen Gerichtsverhandlung am 15. 5. 1952 verurteilte die erste große Strafkammer des Landgerichtes Mühlhausen unter dem Druck der von der SED-Presse betriebenen öffentlichen Vorverurteilung die beiden Mitbeteiligten am Streit zum Tode (13).

Als eine wirksame Maßnahme zur Zurückdrängung der "gegnerischen Agenten- und Diversantentätigkeit" sah die SED-Führung zu diesem Zeitpunkt die politische Störfreimachung der Gebiete an der Demarkationslinie an. Im Zusammenhang damit faßte das Politbüro der SED am 13. 5. 1952 den Beschluß, ein besonderes Regime an der Grenze zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland zu schaffen. In diesem Beschluß hieß es u.a.: "In Anbetracht der Durchsetzung der Grenzkreise mit feindlichen, verdächtigen und kriminellen Elementen ist es erforderlich, Maßnahmen zur Säuberung der Grenzkreise von solchen Elementen durchzuführen, indem man diese in die Innenbezirke der DDR umsiedelt" (14). Einen Tag nach der Unterzeichnung des "Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten" (Deutschlandvertrag) in Bonn, erließ die Regierung Grotewohl am 26. 5. 1952 die bereits vorbereitete "Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands" (15). In der lediglich zwei Paragraphen umfassenden Verordnung erhielt das Ministerium für Staatssicherheit alle Vollmachten, um "unverzüglich strenge

Maßnahmen zu treffen für die Verstärkung der Bewachung der Demarkationslinie..., um ein weiteres Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern" (16). Noch am gleichen Tag veröffentlichte der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, eine "Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie". Diese 16 Paragraphen umfassende Polizeiverordnung stellte eine erhebliche Verschärfung der bis dahin geltenden Bestimmungen im Grenzgebiet dar. So wurde der bis dahin noch funktionierende kleine Grenzverkehr mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Desweiteren waren alle öffentlichen Veranstaltungen in der geschaffenen 5-km-Sperrzone genehmigungspflichtig und durften nicht länger als 22.00 Uhr dauern. Das Überschreiten des 10-m-Kontrollstreifens wurde strengstens untersagt. Bei Nichtbefolgung der Anordnungen der Grenzstreifen wurde Schußwaffengebrauch angedroht (17). Parallel zu dieser öffentlichen Polizeiverordnung erließ am 26.5. 1952 der Chef der Deutschen Volkspolizei, Karl Maron, den Geheimbefehl Nr. 38/52. Er bildete die Grundlage für die Vorbereitung und Durchführung der größten Zwangsaussiedlungsaktion in der deutschen Nachkriegsgeschichte (18). Wie entsprechende Dokumente im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar nachweisen, liefen die Vorbereitungen zur Aussiedlung eines bestimmten Personenkreises aus dem Bereich der 5-km-Sperrzone schon vor dem 26.5. 1952 auf vollen Touren. Das geht z.B. aus einem als streng vertraulich eingestuften Protokoll einer Besprechung der Landesbehörde der Deutschen Volkspolizei Thüringen mit allen Amtsleitern der Volkspolizeikreisämter am 21.5. 1952 hervor (19).

Gemäß einer auf dieser Besprechung behandelten Direktive war die Aussiedlung folgender Personen aus dem Bereich der Sperrzone vorzubereiten:

- a) Ausländer und Staatenlose;
- b) Personen, die nicht polizeilich gemeldet waren;
- c) Personen, die kriminelle Handlungen begangen haben und bei denen zu vermuten war, daß sie erneut straffällig werden;
- d) Personen, die wegen ihrer Stellung in und zu der Gesellschaft eine Gefährdung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darstellen.

Die Feststellung des in den Punkten c) und d) umrissenen Personenkreises sollte u.a. erfolgen:

- durch Überprüfung der Einwohnermeldekartei;
- durch Überprüfung der bei der Abteilung Paß- und Meldewesen vorliegenden polizeilichen Listen;
- durch Überprüfung der bei der Abteilung Kriminalpolizei geführten Beschuldigten- und Verdächtigenkartei und der Anzeigetagebücher;
- durch Heranziehung von Strafregisterauszügen (20).

Entsprechend der Direktive wurden in den Volkspolizeikreisämtern Kommissionen gebildet, die sich aus je einem Vertreter der Abteilung Paß- und Meldewesen, Kriminalpolizei und Schutzpolizei zusammensetzten. Diese Kommissionen hatten die nötigen Unterlagen zusammenzutragen und zu prüfen, ob eine Ausweisung erfolgen sollte. Der schriftliche Beschluß und die Begründung für eine Aussiedlung wurde dann einer operativen Kommission des Kreises zur Entscheidung vorgelegt. Diese operativen Kommissionen setzten sich aus dem Leiter des jeweiligen Volkspolizeikreisamtes sowie aus Vertretern des MfS und der SED zusammen. Sie mußten bis zum 3.6. 1952 entscheiden, welche Personen einschließlich ihrer Familien aus dem Sperrgebiet auszusiedeln waren. Über die unmittelbare Tätigkeit dieser Kommissionen liegen in den Archiven Thüringens kaum noch Materialien vor, deshalb kann nicht mehr nachvollzogen werden, auf welcher Grundlage sich die Entscheidungen im einzelnen zusammengesetzt haben (21). Nur in ganz wenigen Fällen, für Südhüringen betrifft das Gemeinden des Kreises Hildburghausen, sind die vollständigen Begründungen der Kommissionen überliefert. Daneben wurden in einzelnen Fällen im Kreis Bad Salzungen seitens der MfS-Kreisverwaltung die Begründungen nochmals nachträglich präzisiert und sind somit auch erhalten geblieben. Dagegen liegen im Thüringischen Staatsarchiv Meinungen für einen erheblichen Anteil von Zwangsausgesiedelten die Kurzbegründungen für ihre Aussiedlung vor. Sie sind später im Zusammenhang mit der Behandlung von Einsprüchen der Betroffenen gegen ihre Aussiedlung aufgezeichnet worden und liegen zusammen mit den

Einsprüchen als wichtige Quelle vor. Da nicht alle Betroffenen Einspruch gegen ihre Aussiedlung erhoben haben bzw. eine Reihe von Einsprüchen vermutlich in zentralen Archiven der DDR verblieben sind, kann eine exakte Auflistung der einzelnen Motive, die zur Deportation geführt haben, nicht erstellt werden. Aus den vorhandenen Dokumenten lassen sich aber folgende Begründungen schwerpunktpäßig erkennen:

- Ortsbauernführer, alter Nazi, SS- bzw. NSDAP-Mitgliedschaft;
- Spionageverdacht;
- Offizier der Wehrmacht bzw. englische oder amerikanische Gefangenschaft;
- Grenzgänger, Verbindung zum Westen;
- Wirtschaftsverbrecher, Ablieferungssoll nicht erfüllt;
- Baptist, Bibelforscher, Zeugen Jehovas etc.;
- SED-Ausschluß;
- Hetze gegen Sowjetunion und Volkspolizei, zersetzende Tätigkeit (22).

Nach Angaben in den Akten der Landesbehörde der Deutschen Volkspolizei Thüringen und der Landesleitung der SED Thüringen waren im Land ursprünglich 5.284 Personen für die Aussiedlung aus dem Sperrgebiet vorgesehen. Zur Aussiedlung gelangten dann endgültig 960 Familien mit 3.547 Personen, davon 1.570 aus Südhüringen in den Grenzen des ehemaligen Bezirkes Suhl. Insgesamt 1.693 Bürger Thüringens entzogen sich durch eine Flucht in die Bundesrepublik der drohenden Ausweisung in das Innere der DDR (23). Zur Abwicklung des erheblichen materiellen und verkehrstechnischen Aufwandes wurden am 4.6. 1952 bei den Räten der Kreise Sonderkommissionen unter Vorsitz des jeweiligen Landrates gebildet. Ihnen gehörten Vertreter des MfS, der Volkspolizei, des Verkehrswesens und der Kreisverwaltung an. Die Tätigkeit dieser Sonderkommissionen wurde bei der Aussiedlung durch lokale Kommissionen in den Gemeinden unterstützt. Die Aussiedlungsaktion, die aber erst nach 1989 "Aktion Ungeziefer" genannt wurde, begann am frühen Morgen des 5. Juni 1952 in zahlreichen Grenzkreisen zur Bundesrepublik Deutschland. Infolge logistischer Probleme, insbesondere bei der Bereitstellung von genügend Güterwaggons der Deutschen Reichsbahn, wurde die Aktion auf den 6. Juni 1952 ausgedehnt. In einzelnen Fällen erfolgte die Aussiedlung sogar erst am 7. Juni 1952. Die Aufteilung der Aktion auf mindestens zwei Tage hatte zur Folge, daß die Nachricht vom Beginn der Aussiedlungen am 5. Juni 1952 viele Bürger in den Grenzgebieten bewog, die DDR sofort zu verlassen. So waren im Grenzkreis Bad Salzungen, in dem in der Regel erst am 6. Juni 1952 mit der Aussiedlung begonnen wurde, insgesamt 850 Personen für die Aussiedlung vorgesehen. Davon verließen jedoch bereits 513 Personen noch vor der beabsichtigten Aussiedlung die DDR (24). In der Gemeinde Liebau (Kreis Sonneberg) flüchteten alle Einwohner unter Mitnahme des Großviehbestandes und der landwirtschaftlichen Geräte nach Bayern (25). Die operativ-taktische Leitung der Aktion lag in den Händen der Deutschen Volkspolizei. Auf der Grundlage vorliegender Befehle der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei hatten alle Volkspolizeiamter der betreffenden Grenzkreise konkrete Einsatzbefehle zu erarbeiten und in Abstimmung mit den anderen Einsatzkräften danach zu handeln (26). Entsprechend diesen Einsatzbefehlen wurden in den Morgenstunden des 5. Juni 1952, in der Regel um 2.00 Uhr, die Bürgermeisterämter bzw. die Stadtverwaltungen von VP-Offizieren besetzt. In den Gemeinden unterstanden diesen VP-Offizieren etwa 5-8 bewaffnete Polizeikräfte als sogenannter VP-Gruppenposten. Nach Einweisung der Polizeikräfte im Beisein des jeweiligen Bürgermeisters wurden ab 4.00 Uhr beginnend die von der Aussiedlung Betroffenen, meist die Familienväter, in das Bürgermeisteramt einbestellt. Hier erhielten sie vom VP-Offizier als Leiter der Einsatzgruppe den Ausweisungsbeschluß ohne Nennung der Begründung mitgeteilt. Gleichzeitig erfolgte der Einzug aller Personalausweise der Familie und die Ausgabe vorläufiger Ausweispapiere. Unmittelbar nach Bekanntgabe der Ausweisung wurde mit dem Verladen des persönlichen Hab und Gutes der Betroffenen begonnen. Dazu standen in der Regel 1-3 LKW und spezielle Verladekolonnen zur Verfügung. Schätzungskommissionen, bestehend aus Mitarbeitern des Kreisamtes und der Gemeindeverwaltung, hatten die Aufgabe, eine Auflistung und Taxierung des unbeweglichen Inventars vorzunehmen. Diese Taxation sollte die Grundlage für eine später zu leistende Entschädigung sein. Die Schätzungs-

kommissionen und die Verladekolonnen hatten jedoch die Anweisung erhalten, Maschinen und Großgeräte von Handwerksbetrieben nicht zur Verladung zu bringen. Damit wurde den meisten Handwerkern von vornherein die existentielle Grundlage in den neuen Wohnorten entzogen. Gleichfalls wurden vorhandene PKW und Motorräder beschlagnahmt. Die Zeitspanne zwischen der Bekanntgabe des Ausweisungsbeschlusses und dem Abtransport der Betroffenen betrug in der Regel zwischen 5 und 8 Stunden. Die Transporte gingen oft nur bis zum nächstliegenden Verladebahnhof (z.B. Grimmenthal oder Vacha). Von dort erfolgte der Weitertransport in Güterwaggons. Die durch bewaffnete Kräfte abgesicherten Eisenbahntransporte begleitete zumeist medizinisches Personal. Die Aussiedlung erfolgte dann in mehr oder minder schlecht vorbereitete Wohnungen nach Orten in Nord- oder Ostthüringen, in einigen Fällen auch über Thüringen hinaus (27).

Mit einem Massenaufgebot an Agitatoren, im Kreis Sonneberg waren über 1.000 Personen eingesetzt, versuchte die SED die Bewohner in den betroffenen Sperrgebieten von der Richtigkeit der Maßnahmen zu überzeugen. In den Akten der SED-Archive Thüringens spiegelt sich zu einem Teil die Stimmung im Grenzgebiet wider. So hieß es in einem Bericht des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Sonneberg vom 7.6. 1952 an das ZK der SED u.a.: "Die Umsiedlung verursachte unter der Bevölkerung Aufregung und eine Angstpsychose... Diese Angst ging soweit, daß verschiedene Menschen kopflos wurden, sich das Leben nahmen oder illegal die Grenze überschritten haben" (28).

Nur in wenigen Fällen wurde seitens der Betroffenen und anderer Einwohner aktiver Widerstand geleistet. In Südthüringen waren es vor allem die Einwohner der Gemeinden Streufdorf (Kreis Hildburghausen) und Dorndorf (Kreis Bad Salzungen), die sich den Zwangsmaßnahmen widersetzen. In Streufdorf gelang es den Verantwortlichen erst nach dem massiven Einsatz polizeilicher Kräfte, u.a. aus Hildburghausen, Meiningen und Erfurt, den Widerstand der Dorfbewohner, welche Barrikaden errichtet hatten, zu brechen (29). Knapp 4 Monate später verurteilte das Bezirksgericht Meiningen 5 der 12 bei dieser Aktion in Haft genommenen Bürger aus Streufdorf und Umgebung in einem Strafverfahren zu langjährigen Zuchthausstrafen.

Außerhalb der Grenzkreise erfuhr die Öffentlichkeit nur sehr wenig von den durchgeführten Zwangsaussiedlungen, da infolge der erlassenen Nachrichtensperre der Rundfunk und die Presse über die Geschehnisse nicht berichten durften. Erst am 18.6. 1952 sah sich die Regierung der DDR in Anbetracht westdeutscher Proteste veranlaßt, zu den Maßnahmen an der Demarkationslinie Stellung zu nehmen. In einer allgemein gehaltenen ADN-Erklärung wurde die Notwendigkeit der Regierungsverordnung vom 26.5. 1952 gerechtfertigt, die am 5./6./7. Juni durchgeführten Massenausiedlungen an der innerdeutschen Grenze wurden jedoch energisch dementiert und als Verleumdung feindlicher Elemente charakterisiert (30). Die Ereignisse an der Demarkationslinie standen in den darauffolgenden Wochen ebenfalls nicht auf der Tagesordnung der öffentlichen Gremien des Landes Thüringen. Weder der Thüringer Landtag bzw. die im August 1952 neugebildeten Bezirksräte Erfurt, Gera und Suhl, noch die Kreistage in den betroffenen Landkreisen befaßten sich eingehend mit dem Schicksal der Zwangsausgesiedelten. Die Abgeordneten der sogenannten Volksvertretungen erfuhren bis auf einige allgemeine und einseitige Informationsberichte, wie z.B. am 24.6. 1952 im Kreistag Hildburghausen (31), keine Einzelheiten über die durchgeführten Zwangsaussiedlungen. Aber auch die SED-Spitze des Landes Thüringen, das Sekretariat der Landesleitung der SED, beschäftigte sich zunächst nicht mit diesem Thema. Erst am 24.6. 1952, inzwischen waren 4 Sekretariatssitzungen durchgeführt worden, faßte das Landessekretariat unter Vorsitz von Erich Mückenberger den Beschluß Nr. 3791 zur Verbesserung der Arbeit in den Grenzkreisen, der lediglich punktuell auch die schlechte soziale Lage der Zwangsausgesiedelten berührte (32). Unter diesen Umständen verwundert es nicht, daß sich heute im Landesarchiv der PDS Thüringen in Erfurt nur wenig verwertbare Quellen zur Vorbereitung und Durchführung der Zwangsaussiedlungen des Jahres 1952 befinden. Als weitaus aufschlußreichste Quelle liegt in diesem Archiv ein 23 Seiten umfassender Bericht über die Maßnahmen und Ereignisse der Aktion an der Demarkationslinie vor (33). Man kann hier nur vermuten, daß dieser undatierte Bericht offensichtlich Anfang/Mitte August 1952 für das

neugegründete Sekretariat der SED-Bezirksleitung Erfurt als sogenannte Argumentationshilfe bei der Behandlung von Einsprüchen der Zwangsausgesiedelten angefertigt wurde.

Inzwischen hatte sich bereits die DDR-Regierung Mitte Juli 1952 gezwungen gesehen, alle im Zusammenhang mit den Zwangsaussiedlungen und der Flucht vieler DDR-Bürger in die Bundesrepublik entstandenen Eigentumsfragen einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. In der am 17.7. 1952 erlassenen "Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten" wurde im § 3 verfügt, daß das unbewegliche Vermögen der Zwangsausgesiedelten nach den Vorschriften über die Durchführung der Bodenreform zu behandeln, also zu enteignen war. Für alle zurückgelassenen Vermögenswerte, außer Grund und Boden, sollte eine Entschädigung vorgenommen werden (34). Diese Entschädigung erfolgte jedoch später in vielen Fällen in einer für die Betroffenen unkorrekten, bürokratischen und diskriminierenden Form. So konnten sie z.B. nur jährlich begrenzt über die auf Sperrkonten gezahlten und steuerlich belasteten Entschädigungssummen verfügen.

Die diffizile und noch eingehender zu untersuchende Frage der sogenannten Entschädigung spiegelt sich zu einem beträchtlichen Teil in den Akten der Räte der Kreise nach 1952 wider. Diese Akten befinden sich heute in den Kreisarchiven der Landratsämter der ehemaligen Grenz- und Aufnahmekreise und müßten hier noch intensiver für die Forschung und Rehabilitation erschlossen werden.

Unmittelbar nach der gewaltsam erfolgten Aussiedlung versuchte der größte Teil der in der DDR verbliebenen Bürger auf dem Verwaltungsweg eine Rückkehr in die Heimat zu erwirken. Alle an den Präsidenten der DDR, den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen und den Innenminister des Landes Thüringen gerichteten Einsprüche, die als wichtige Quellen in der Regel, was Südthüringen betrifft, im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen vorliegen, wurden aber Ende Juli 1952 vom Thüringischen Innenministerium in Form eines Standardschreibens abgelehnt. Die jedoch auch danach nicht abbreißenden Anträge der Betroffenen auf Rückkehr in das Heimatgebiet und die durch das verschärfte Grenzregime hervorgerufenen Probleme im Sperrgebiet zwangen die verantwortlichen Stellen zur Bildung eines speziellen Gremiums, welches die anstehenden Fragen im Sperrgebiet operativ zu klären hatte. So entstanden auf Grund einer Anordnung der Regierung der DDR vom 11.8. 1952 in allen neugebildeten Bezirken mit Grenze zur Bundesrepublik sogenannte Bezirks- bzw. Kreiskommissionen für Grenzangelegenheiten. Diese Kommissionen hatten sich aus den jeweils höchsten Vertretern des Staates, des MfS und der Volkspolizei zusammzusetzen (35). In den Protokollen dieser Kommissionen, im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen liegen die Protokolle der Bezirkskommission Suhl für Grenzangelegenheiten für die Jahre 1952-1960 vor, offenbart sich auch das weitere Schicksal vieler der 1952 Zwangsausgesiedelten. Einigen von ihnen gelang in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die genehmigte Rückkehr in die Heimat. Für den weitaus größten Teil der Betroffenen blieb dieser Weg jedoch für immer bzw. für eine lange Zeit versperrt.

Aktion Blümchen 3.10. 1961

Als in den frühen Morgenstunden des 3. Oktober 1961 die Menschen in den Sperrgebieten entlang der Staatsgrenze West durch die Geräusche einer Vielzahl von Fahrzeugen der Deutschen Grenzpolizei, der Kampfgruppen und der Volkspolizei aufschreckten, dachten nicht wenige von ihnen daran, daß ein Krieg unmittelbar vor dem Ausbruch stünde. Es war dies im wesentlichen Ausdruck der Wirkung einer in der deutschen Nachkriegszeit beispiellosen Kampagne ostdeutscher Medien vor und nach dem 13. August 1961. Und in der Tat stand die seit Wochen unter großer Geheimhaltung stabsmäßig geplante Aktion zur Aussiedlung der dem SED-Regime mißliebigen Personen im Sperrgebiet in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Mauerbau am 13. August des Jahres. Sie war Bestandteil der Maßnahmen der SED und ihrer Regierung, die darauf abzielten, mit der Abriegelung der Westgrenze die politische und wirtschaftliche Krise des Regimes in den Griff zu bekommen. Deutlichster Ausdruck dieser Krise waren die in den Jahren 1960 und 1961 wieder sprunghaft gestiegenen Zahlen von Republikflüchtigen. Auch der Bezirk Suhl hatte trotz der sprichwörtlichen Bodenständigkeit der Menschen in diesem Landstrich einen überdurchschnittlichen Anstieg von

Republikflüchtigen zu verzeichnen. Allein in den Monaten April bis August 1961 verließen 2.440 Personen den Bezirk in Richtung Westen (36). Mit dem Mauerbau in Berlin und der hermetischen Abriegelung der gesamten Staatsgrenze West kam diese Fluchtwelle zwar zum Erliegen, aber die SED befürchtete, daß die vollzogene militärische Sicherung der Staatsgrenze ohne die konsequente Durchsetzung eines Grenzregimes in den grenznahen Gebieten auf die Dauer nicht wirksam genug wäre. Deshalb sollten kompromißlos alle die Faktoren ausgeschaltet werden, die der Festigung des Grenzregimes im Wege standen.

Ein zentraler Punkt im Komplex dieser Maßnahmen war die Entfernung von Menschen aus dem Sperrgebiet, die durch ihre Entwicklung und Haltung nicht auf der von der SED vorgegebenen Linie lagen und somit in den Augen der Verantwortlichen einen Unsicherheitsfaktor darstellten. Nicht zuletzt sollte auch mit diesem Schritt der Teil der Bevölkerung diszipliniert werden, der von der Zwangsaussiedlung im Sperrgebiet nicht betroffen wurde.

Bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Aussiedlungsaktion konnte man auch auf die "Erfahrungswerte" zurückgreifen, die man in den zurückliegenden Jahren, insbesondere 1952, gesammelt hatte. Nachdem man bereits mit der beschriebenen Aktion am 5./6.6. 1952 Tausende Menschen wider ihren Willen aus den Sperrgebieten entlang der innerdeutschen Grenze verwiesen hatte, war für die SED nach dem 13.8. 1961 nunmehr der Zeitpunkt herangereift, das verbliebene "Restrisiko" in unmittelbarer Nähe der Grenze zu eliminieren. Als juristische Grundlage mußte erneut die am 26.5. 1952 erlassene Regierungsverordnung herhalten. In Anwendung dieser Verordnung wurden die betroffenen Personen, wie 1952, ohne gerichtliche Verurteilung mit Spionen, Diversanten, Terroristen und Schmugglern gleichgestellt und konnten deshalb aus der Sperrzone verwiesen werden. Da diese juristische Auslegung den Verantwortlichen im Jahr 1961 als nicht mehr ausreichend erschien, wurde als flankierende Maßnahme die "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24.8. 1961" beschlossen. Im Paragraph 3 dieser Verordnung hieß es: "Auf Verlangen der örtlichen Organe der Staatsmacht kann, auch ohne daß die Verletzung eines bestimmten Strafgesetzes vorliegt, durch Urteil des Kreisgerichts einer Person die Beschränkung ihres Aufenthaltsortes auferlegt werden, wenn durch ihr Verhalten der Allgemeinheit oder dem einzelnen Gefahren entstehen oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist" (37).

Es ist bezeichnend, daß diese bereits im Ansatz widersprüchliche Verordnung, die der Willkür einen großen Spielraum einräumte, nur in wenigen Fällen zur unmittelbaren Begründung der Aussiedlungsaktion herangezogen werden konnte. Im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen ist nur ein einziges Duplikat eines gerichtlichen Urteils überliefert, welches sich im Zusammenhang mit der Aussiedlung eines Betroffenen auf diese Verordnung bezieht (38). Aus den personengebundenen Unterlagen vieler Betroffener geht der Vermerk hervor, daß für eine Anwendung der Verordnung vom 24.8. 1961 keine ausreichenden Beweise vorliegen würden. Unbeschadet dieser offenkundigen Beweisnot wurde in vielen Fällen dann dennoch eine Aussiedlung auf der Grundlage der Regierungsverordnung vom 26.5. 1952 vorgenommen. Den entscheidenden Handlungsrahmen für diese neuerlichen Zwangsaussiedlungen stellten dabei natürlich nicht die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen der DDR, sondern die gefaßten Beschlüsse der SED-Führung des Landes dar. Bereits am 16.8. 1961 hatte die politische Führung den Bezirkseinsatzleitungen unter Vorsitz des jeweiligen 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung in einer "Direktive des Sekretariats des ZK" die Aufgabe gestellt, diejenigen "feindlichen Elemente zu erfassen, die eine Gefahr für die Sicherheit im Grenzkreis bedeuten und ausgesiedelt werden sollten" (39).

Auf der Grundlage dieser Direktive erließ der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei, Karl Maron, am 1.9. 1961 den als Geheime Verschlusssache eingestuften Befehl 35/61. Dieser Befehl umfaßt 8 Punkte und legte in knapper Form alle die Maßnahmen fest, die bei der Aussiedlungsaktion durchgeführt werden sollten. Der o.g. Befehl umschrieb im Punkt 1 die Kategorien von Personen, die zur Aussiedlung vorgesehen waren. In erster Linie sollten gemäß Befehl 35/61 solche Personen ausgesiedelt werden, "die ihrer Einstellung nach und durch ihre Handlungen eine Gefährdung für die Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet darstellen". Die Feststellung dieses Personenkreises hatte durch die Volkspolizeikreisämter in Zusammenarbeit

mit den Kreisdienststellen des MfS und der Deutschen Grenzpolizei zu erfolgen. Eine endgültige Bestätigung der vorzunehmenden Aussiedlungen sollte durch die jeweiligen Kreiseinsatzleitungen und abschließend durch die Bezirkseinsatzleitungen erfolgen (40).

Am 5.9. 1961 führte in Meiningen die Bezirkseinsatzleitung unter Leitung des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Suhl eine Beratung mit den Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen (identisch mit den 1. Kreissekretären der SED) durch und legte die Maßnahmen zur Durchführung des Befehls 35/61 im Bezirk Suhl fest. Mit der Ernennung des Chefs der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, damals noch in Meiningen untergebracht, zum Kommandeur der bewaffneten Kräfte im Bezirk Suhl wurde die operativ-taktische Planung, Vorbereitung und Durchführung der Aktion in die Hände der Volkspolizei gelegt (41). Im Gegensatz zu der bisher bekannten Tarnbezeichnung "Kornblume" erhielt die Aktion im Bezirk Suhl das Kennwort "Blümchen". Die in den Grenzkreisen gebildeten Arbeitsgruppen, bestehend aus Mitarbeitern der Kreisleitungen der SED, des MfS, der VPKA- und der Deutschen Grenzpolizei, hatten in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne von zehn Tagen den endgültigen Personenkreis zu ermitteln, der für eine Aussiedlung in Frage kam. Dabei waren sie in vielen Fällen auf die Zuarbeit der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS angewiesen. Unter dem hohen Zeitdruck, unter dem die Maßnahmen zur Feststellung des Personenkreises erfolgen mußten, blieben zahlreiche Angaben, die über Personen zusammengetragen wurden, falsch und ungeprüft. In vielen Fällen wurden zunächst von den Arbeitsgruppen der Kreise Personen aufgenommen, die in irgendeiner Form den Sicherheitsorganen aufgefallen waren. So genügte es oft, Sendungen des westdeutschen Fernsehens oder Rundfunks empfangen und in der Öffentlichkeit kommentiert zu haben.

Im Ergebnis einer in dieser Richtung geführten Ermittlung wurden der Bezirkseinsatzleitung Mitte September 1961 zunächst insgesamt 1.033 Personen zur Aussiedlung aus dem Sperrgebiet vorgeschlagen. Mit den dazugehörigen Familienmitgliedern sollten demnach 3.028 Personen aus dem Sperrgebiet verwiesen werden. Die Aussiedlung einer derart hohen Zahl von Einwohnern überstieg die vorhandenen technischen und materiellen Mittel der staatlichen Organe und barg die erhöhte Gefahr des Ausbrechens politischer Unruhen innerhalb der Grenzbevölkerung in sich. Hinzu kam, daß entgegen der ursprünglichen Festlegung des Befehls 35/61, das Grenzgebiet innerhalb von 48 Stunden zu verlassen, die Aussiedlung nunmehr innerhalb weniger Stunden erfolgen sollte (42).

Deshalb wurden die Kreiseinsatzleitungen aufgefordert, bis zum 20.9. 1961 die Listen mit ihren Vorschlägen nochmals zu überprüfen und zu straffen. Gemäß dem Beschluß der Bezirkseinsatzleitung vom 13.9. 1961 (Geheime Verschlusssache 73/61) sollte der Vorschlag zur Aussiedlung einschließlich Begründung nach einheitlichem Muster erfolgen. Alle Begründungen wurden kreisweise fortlaufend numeriert und als Geheime Verschlusssache eingestuft. Dies entsprach der Forderung, die Vorbereitung der Aktion unter strengster Geheimhaltung durchzuführen. Nach einer Überprüfung der Vorschläge durch die Kreiseinsatzleitungen und ihre Bestätigung durch die Bezirksleitung wurden für die unmittelbare Aussiedlung aus dem Sperrgebiet des Bezirkes Suhl 194 sogenannte A-Fälle mit einer Gesamtzahl von 663 Personen vorgesehen. Hierbei stand der Buchstabe A für Aussiedlung. Daneben wurden insgesamt 313 B-Fälle mit einer Gesamtzahl von 1.013 Personen bestätigt. Diese sogenannten B-Fälle (B wie Bewährung) waren Personen, bei denen von einer Aussiedlung am 3.10. 1961 zwar abgesehen werden sollte, die aber unter besonderer Beobachtung standen und denen ggf. das gleiche Schicksal drohte. Nach dem 3.10. 1961 sollten diese Personen auf ihre Bewährungschance deutlich aufmerksam gemacht werden (43).

Im Gegensatz zu den Dokumenten über die Zwangsaussiedlungsaktion im Juni 1952 sind die Begründungen der vorgesehenen 194 A-Fälle im Suhler Polizeiarchiv komplett erhalten geblieben. Sie waren jedoch im Rahmen der polizeilichen Aufbewahrungsfristen 1990 für die Vernichtung vorgesehen. In Zusammenarbeit mit demokratisch gesinnten Kräften in der ehemaligen Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei gelang es dem Thüringischen Staatsarchiv Meiningen diese und andere Quellen

über die Vorbereitung und Durchführung der Aktion "Blümchen" zu sichern und im Herbst 1991 zu übernehmen. Dieser Schritt war deshalb auch notwendig, da sowohl die bereits Ende der 60er Jahre vom Thüringischen Staatsarchiv Meiningen übernommenen Akten des Rates des Bezirkes Suhl als auch die in den Kreisarchiven vorliegenden Unterlagen der Räte der Kreise nur wenig Aufschluß über den Ablauf dieser Zwangsaussiedlungsaktion geben. Der in diesem Zusammenhang vorgenommene Vergleich mit den betreffenden Akten des Rates des Bezirkes Erfurt im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, die weitaus ergiebiger sind, legt die Vermutung nahe, daß im Bezirk Suhl bereits in den 60er Jahren zahlreiche Dokumente zur Aktion in den staatlichen Dienststellen vernichtet wurden. Um so wertvoller erscheint es, daß die Einzelbegründungen zur Zwangsaussiedlung am 3.10.1961 als historische Quelle für die Forschung und Rehabilitierung der Betroffenen erhalten geblieben sind.

Eine Auswertung der im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen vorliegenden 194 Einzelbegründungen, also der vorgesehenen A-Fälle, ergab hinsichtlich der vorgenommenen Kategorisierung der Betroffenen folgende Aufgliederung:

Grenzgänger/Grenzschieber	6 Personen
SS/Gestapo	20 Personen
unverbesserlicher Nazi	22 Personen
Assoziale/HWG-Personen	12 Personen
(HWG = häufig wechselnder Geschlechtsverkehr)	
Unsicherheitsfaktor	17 Personen
Zuwanderer	12 Personen
Rückkehrer aus WD	35 Personen
Reaktionär/negative Personen	29 Personen
Gefährdung der Öffentlichen Ordnung und Sicherheit	41 Personen (44)

Nach einer nochmals durchgeführten Prüfung der Begründungen und dabei erfolgten Reduzierung auf 167 A-Fälle bestätigte die Bezirkseinsatzleitung am 21.9.1961 den als Geheime Verschlusssache 98/61 vorgelegten "Entschluß" des Kommandeurs der bewaffneten Kräfte des Bezirkes Suhl zur Aussiedlung von Personen laut Befehl 35/61 des Ministeriums des Innern aus den Grenzkreisen (45). Dieser Entschluß legte die Modalitäten des Vorgehens der militärischen Kräfte und ihrer Helfer am Tag X fest. Diese beinhalteten sowohl die Verteilung der Kräfte und Mittel als auch die Bewaffnung der eingesetzten Kräfte. Neben der Deutschen Grenzpolizei, die den 500-m-Streifen zu sichern hatte, sollten im verstärkten Umfang Kräfte der Volkspolizei, freiwillige Helfer der VP, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und Kampfgruppen zum Einsatz gelangen. Unterstützung sollte diesen militärischen Kräften durch ein Aufgebot an Agitatoren der SED, Mitarbeitern staatlicher Organe und gesellschaftlicher Massenorganisationen gegeben werden. Einsatzbereite Kräfte in den Fernmeldeämtern hatten dafür Sorge zu tragen, daß zum Beginn der Aussiedlungsaktion die Telefonleitungen in den betroffenen Häusern unterbrochen wurden. Verantwortliche des medizinischen Personals erhielten die Anweisung, daß während der Aussiedlungsaktion keine erkrankten Betroffenen in Krankenhäuser des Sperrgebietes eingeliefert werden durften (46).

In der Nacht vom 2. zum 3.10.1961 wurde in den Grenzkreisen Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg, Neuhaus und Bad Salzungen zunächst Gefechtsalarm Stufe I und ab 3.00 Uhr Gefechtsalarm Stufe II ausgelöst. Als Beginn der Aussiedlungsaktion wurde 6.00 Uhr festgelegt, was nicht überall eingehalten werden konnte. Nach Absicherung der Ortschaften durch Kampfgruppen drangen, in der Regel völlig überraschend für die Einwohner, militärische und zivile Kräfte in die Gehöfte und Wohnungen der betroffenen Personen ein und forderten sie auf, unverzüglich mit der Vorbereitung ihrer Aussiedlung am selben Tag zu einem festgelegten Ort außerhalb des Sperrgebietes (zumeist außerhalb des Bezirkes Suhl) zu beginnen. Als Bekräftigung dieser Aufforderung wurde der Registriervermerk für das Sperrgebiet im Personaldokument unkenntlich gemacht. Das bewegliche Inventar wurde von speziellen Verladekommandos auf mitgeführte Lkw gebracht. Vertreter des Rates des Kreises hatten die Aufgabe, das unbewegliche Vermögen aufzulisten, um eine spätere Entschädigung zu gewährleisten (welche in vielen Fällen dann nicht oder weit unter dem Wert gezahlt wurde).

Bereits um 8.15 Uhr konnte der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung, Otto Funke, dem Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Erich Honecker, berichten: "Ich melde, daß die eingeleiteten Maßnahmen bisher, was den Einsatz der Kräfte und Mittel betrifft, ordnungsgemäß und reibungslos verlaufen sind" (47). Parallel zu den begonnenen Aussiedlungen versuchten ca. 1.500 Agitatoren, vor allem aus den Reihen der SED und der Massenorganisationen, die Grenzbevölkerung von der Notwendigkeit der Maßnahmen zu überzeugen. Die später von ihnen verfaßten Berichte vermitteln den Eindruck, daß ihnen das gelungen ist. Daß das nicht überall der Fall gewesen ist, läßt ein Bericht des Leiters der Bezirksverwaltung MfS vom 3.10.1961 erahnen. Hier steht u.a.: "Man muß auch sagen, daß es trotz des Einsatzes der Agitatoren nicht gelungen ist, die Bevölkerung in Ruhe zu versetzen und sich immer noch eine bestimmte Unsicherheit bemerkbar macht" (48).

Durch den massiven Einsatz der militärischen Kräfte und ihrer zivilen Helfer, insgesamt waren an diesem Tag über 8.000 Kräfte in den 5 Grenzkreisen des Bezirkes Suhl im Einsatz, wurden weite Teile der Grenzbevölkerung schockiert und wirkten wie gelähmt. Nur in wenigen Fällen leisteten die Betroffenen aktiven Widerstand gegen die Zwangsmaßnahmen. Diese Personen wurden sofort inhaftiert (49).

Wie schon bei früheren Aktionen verhängte man über das gesamte Sperrgebiet eine Nachrichtensperre. Der Reporter von Radio DDR, Günther Hansel, und seine Mitarbeiter, die sich wegen einer Reportage aus dem Kali-Revier im Sperrgebiet aufhielten und nun aktuelle Interviews mit den Ausgesiedelten führen wollten, wurden von Mitarbeitern des MfS vorläufig festgenommen (50).

Ebenfalls unterband man energisch alle Versuche von Betroffenen, die Aussiedlungsaktion mit eigenen Fotoapparaten festzuhalten. Die Lageberichte der Volkspolizei, die im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen vorliegen, können sicher nur einen Bruchteil des Dramas erfassen, das sich seit den Morgenstunden des 3.10.1961 in den Städten und Dörfern im Sperrgebiet abspielte. Während der Eröffnung des Aussiedlungsbeschlusses durch den zuständigen VP-Offizier erlitten zahlreiche Betroffene Herzanfälle, so daß eine medizinische Versorgung notwendig wurde. Eine besonders kritische Situation entstand bei einer Familie in Wolfmannshausen (Kreis Meiningen), als beide Ehepartner schwere Herzanfälle erlitten und die Einlieferung in ein Krankenhaus zunächst verhindert wurde. Nach längerem Zögern entschied sich die Bezirkseinsatzleitung hier, wie in zwei ähnlich gelagerten Fällen, die Umsiedlung abubrechen. Somit gelangten insgesamt 164 A-Fälle, das waren 536 Personen, am 3.10.1961 zur Aussiedlung. Von diesen 536 Personen waren ca. 200 Personen minderjährig (51).

Die 164 A-Fälle des Bezirkes Suhl waren nach den Grenzkreisen wie folgt aufgliedert:

Kreis	Fälle	Familienmitglieder	insgesamt
Bad Salzungen	29	83	112
Neuhaus	9	12	21
Sonneberg	54	98	152
Hildburghausen	33	71	104
Meiningen	39	108	147

Paradoxerweise zur Staatsdoktrin stellten die Arbeiter und Bauern hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der A-Fälle den weitaus größten Anteil an Zwangsausgesiedelten (52).

Arbeiter	71 A-Fälle
LPG-Bauern	40 A-Fälle
Einzelbauern	1 A-Fall
Mittelstand	20 A-Fälle
Angestellte	16 A-Fälle
Rentner	7 A-Fälle
Intelligenz	—
Sonstige	9 A-Fälle

Die betroffenen Familien wurden nach Abschluß der Verladearbeiten nach einem stabsmäßig ausgearbeiteten Wegeplan in die vorgesehenen Aussiedlungsorte transportiert. Dabei wurde ihnen vor der Abfahrt nicht gestattet, sich von den Nachbarn zu

verabschieden. In Heldburg wurde ein Begleitoffizier der Volkspolizei sofort von seiner Funktion entbunden, da er zugelassen hatte, daß sich die Familie von einem Teil der Nachbarn verabschiedete. Die vorgeschriebenen Transportwege bis zum Hermsdorfer Autobahnkreuz waren von militärischen Kräften abgesichert, um jede Möglichkeit einer Flucht der Ausgesiedelten auszuschließen. Trotz wochenlanger Vorbereitung traten bei der Bereitstellung des Wohnraums in den Aufnahmekreisen erhebliche Probleme auf. Viele der Zwangsausgesiedelten mußten für eine lange Zeit erheblich verschlechterte Wohnbedingungen in Kauf nehmen, nicht zu reden davon, welches Gefühl sich ob des Verlustes der Heimat bei den Betroffenen einstellte. Dies war jedoch nicht mehr das Problem der Verantwortlichen im Grenzbezirk Suhl. Um 17.00 Uhr konnte der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung, Otto Funke, an Erich Honecker vermelden, daß die Aktion "Blümchen" im Bezirk Suhl erfolgreich beendet wurde (53).

Am 4. 10. 1961 teilte die Pressestelle des Ministeriums des Innern über ADN mit, daß "zur Sicherung des Friedens und zum Schutze des Lebens der Bürger an der Staatsgrenze West, für eine Anzahl Bürger, die bisher in der 5-km-Sperrzone wohnhaft waren, ein Wechsel des Wohnortes angeordnet wurde". Diese ADN-Meldung durfte jedoch nur auf den Lokalseiten der betreffenden Grenzkreise erscheinen (54).

Auch in den Folgejahren, nachweisbar bis 1986, hielt das SED-Regime an der Praxis der Zwangsaussiedlungen fest, wenn auch Umfang und Intensität der Aktionen von 1952 und 1961 nicht mehr erreicht wurden. Am 18. 4. 1973 faßte dazu der Ministerrat der DDR einen modifizierten Beschluß (55). Der derzeitige Kenntnisstand über diese nachfolgenden Aussiedlungen ist noch ungenügend, da die entsprechenden archivalischen Quellen, soweit sie noch existieren, nicht ausreichend erschlossen sind. Wie bereits eingangs darauf hingewiesen, bedarf der gesamte Komplex "Zwangsaussiedlungen in der DDR" weiterer intensiver Forschungen seitens der Betroffenen, der Historiker und der Juristen. Diese Aufarbeitung ist notwendig, damit zum einen die Betroffenen die ihnen zustehende moralische und juristische Rehabilitation erhalten und zum anderen sich dieses, eines der dunkelsten Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, nie wiederholt.

(1) Vgl. vor allem: Rothe, Ilona; Verraten-Vertrieben-Verkauft-Verhöhnt. Dokumente, Tatsachen, Hintergründe zur Aktion "Ungeziefer" "Kornblume", 161 S., Herausgeber Ilona Rothe. Erfurt 1992.

(2) Im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen liegen Dokumente vor, die die Zwangsaussiedlung von 65 Familien aus dem Kreis Schmalkalden in Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform im Jahr 1947 belegen. Vgl. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen (nachfolgend Thür. StA Mgn.), Bezirksrat/StA des Bezirkes Suhl (nachfolgend BT/RdS Suhl), Nr. 2623.

(3) Vgl., Die Aufdeckung der verbrecherischen Umtriebe der Feinde der Deutschen Demokratischen Republik im Kur- und Erholungsort Oberhof durch die Deutsche Volkspolizei. In: Studien zur Geschichte der Volkspolizei im Bezirk Suhl 1945-1952. Suhl 1970. S. 6.

(4) Ebenda.

(5) Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (nachfolgend Thür. HStAW), Landesbehörde der Deutschen Volkspolizei Thüringen (nachfolgende LBVP Thür.), Nr. 142, Bd. 1.

(6) Ebenda.

(7) Ebenda, Bd. 3, Bl. 102.

(8) Ebenda, Bd. 3, Bl. 104.

(9) Bereits am 17. 11. 1950 wurde das bis dahin größte Hotel Oberhofs, das Golfhotel, dem Deutschen Sportausschuß treuhänderisch übergeben. Nach einer Entscheidung des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mußte dieses Hotel dann aber am 1. 10. 1952 dem FDGB überlassen werden. Vgl. Thür. StA Mgn., BT/RdS Suhl, Nr. H 1929.

(10) Vgl. Thür. HStAW, LBVP Thür., Nr. 142, Bd. 3, Bl. 561.

(11) Ebenda, Bl. 172.

(12) Am 10. 3. 1952 unterbreitete die Sowjetunion den Westmächten überraschend den Vorschlag zur Schaffung eines einheitlichen und neutralen Deutschlands. Diese sogenannte "Stalin-Note" wird aus heutiger Sicht von vielen Zeithistorikern als größte Chance zur Einheit Deutschlands in der Nachkriegsgeschichte gewertet.

(13) Vgl. Thüringer Volk vom 19. 5. 1952, S. 1.

(14) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 8. 1991, S. 3.

(15) Vgl. Gesetzblatt (nachfolgend GBl.) der DDR 1952, Nr. 65, S. 405.

(16) Ebenda, S. 406.

(17) Vgl. Thür. HStAW, LBVP Thür., Nr. 257, Bl. 14.

(18) Ebenda, Bl. 5.

(19) Vgl. Thür. HStAW, LBVP Thür., Nr. 33, Bl. 7-10.

(20) Ebenda, Bl. 29.

(21) Ausgenommen müssen hier und folgend die überlieferten Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes bleiben.

(22) Thür., StA Mgn., BT/RdS Suhl, Nr. 903-906.

(23) Vgl. Landesparteiarchiv der PDS Erfurt (nachfolgend LPA PDS Erfurt), Außenstelle Suhl (Nachfolgend Ast Suhl), BPA IV/2/12-9. Die Anzahl der Ausgesiedelten für die südhüringischen Kreise (Stichtag 1. 9. 1952) belief sich für Bad Salzungen auf 337, Hildburghausen auf 301, Meiningen auf 501, Neuhaus auf 70 und Sonneberg auf 361

Personen. Vgl. Thür. StA Mgn., Bezirksbehörde der Volkspolizei Suhl (nachfolgend BdVP Suhl), Nr. 4383.

(24) Ebenda.

(25) LPA PDS Erfurt, Ast Suhl, BPA IV/4.07/044.

(26) Für Südhüringen liegt im Thür. HStAW der Einsatzbefehl des VPKA Meiningen vom 4. 6. 1952 vor. Vgl. Thür. HStAW, LBVP Thür., Nr. 331, Bl. 1-5.

(27) Für jeden Grenzkreis wurde ein Aufnahmekreis festgelegt. Für Bad Salzungen - Sondershausen, für Meiningen - Gotha, für Hildburghausen - Arnstadt, für Sonneberg - Jena.

(28) LPA PDS Erfurt, Ast Suhl, BPA IV/4.07/044.

(29) Thür. HStAW, LBVP Thür., Nr. 176, Bl. 166 und 167. Die Ereignisse in Streufdorf werden in der o.g. Dokumentation (Vgl. Anmerkung 1) ausführlicher geschildert.

(30) Vgl. Neues Deutschland vom 18. 6. 1952, Ausgabe A, S. 2.

(31) Thür. HStAW, Kreisrat Hildburghausen, Nr. 2405.

(32) LPA PDS Erfurt, BPA IV/L2/3-078

(33) "Bericht über die Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik, die zum Schutze der Grenzen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen erforderlich wurden und die Lage in den Grenzkreisen". Vgl. LPA PDS Erfurt, BPA B IV/2/12-9.

(34) Vgl. GBl. der DDR, Nr. 100, S. 615.

(35) Vgl. Thür. StA Mgn. BT/RdS Suhl, Nr. 30.

(36) Vgl. Thür. StA Mgn. BT/RdS Suhl, Nr. 959.

(37) Vgl. GBl. der DDR II, Nr. 55, S. 344.

(38) Vgl. Thür. StA Mgn. BdVP Suhl, Nr. 238/3.

(39) Vgl. Thür. StA Mgn. BdVP Suhl, Nr. 170.

(40) Vgl. LPA PDS Erfurt, Ast Suhl, BPA IV/2/12/1177.

(41) Ebenda.

(42) Ebenda.

(43) Ebenda.

(44) Thür. StA Mgn. BdVP Suhl, Nr. 238/1-3.

(45) LPA PDS Erfurt, Ast Suhl, BPA IV/2/12/1177.

(46) Thür. StA Mgn. BdVP Suhl, Nr. 168.

(47) Thür. StA Mgn. BdVP Suhl, Nr. 5192.

(48) LPA PDS Erfurt, Ast Suhl, BPA IV/2/12/1177.

(49) Insgesamt wurden am 3. 10. 1961 12 Bürger inhaftiert. Vgl. Thür. StA Mgn. BdVP Suhl, Nr. 5192.

(50) Ebenda.

(51) Thür. StA Mgn. BdVP Suhl, Nr. 238/1-3.

(52) LPA PDS Erfurt, Ast Suhl, BPA IV/2/12/1177.

(53) Ebenda.

(54) Vgl. Freies Wort vom 4. 10. 1961, Ausgabe Meiningen, S. 6.

(55) Vgl. Beschluß des Ministerrates der DDR vom 18. 4. 1973 über Grundsätze zur Regelung von Fragen der Wohnsitzverlegung von Bürgern aus dem Grenzgebiet an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin in andere Orte (02-57/II.4/73).

*

Anhand von Quellen aus dem Thüringischen Staatsarchiv Meiningen, dem Hauptstaatsarchiv Weimar und dem Landesparteiarchiv der PDS versucht der Verf., die Ereignisse um die Zwangsaussiedlungen zu Beginn der 50er und 60er Jahre in Südhüringen nachzuzeichnen. Schwerpunkte sind die Aktion Oberhof 1950/51, die Aktion Demarkationslinie 1952 und die Aktion Blümchen 1961.

*

Drawing on sources in the Thuringian State Archives at Meiningen, the Weimar Central State Archives and the regional party archives of the PDS, the author attempts to reconstruct the events connected with the compulsory relocations which took place in the south of Thuringia in the early 1950s and 1960s. He concentrates on the relevant campaigns in 1950-1951 (Aktion Oberhof), 1952 (Aktion Demarkationslinie) and 1961 (Aktion Blümchen).

*

A l'aide des sources des Archives thuringiennes d'Etat de Meiningen, des Archives d'Etat de Weimar et des Archives régionales du parti PDS, l'auteur cherche à retracer les évacuations forcées au début des années 50 et 60 en Thuringe du Sud. Les principaux événements sont l'opération Oberhof en 1950-51, l'opération Ligne de démarcation en 1952 et l'opération Blümchen en 1961.

*

Apoyándose en los fondos del Archivo Estatal de Turingia en Meiningen, del Archivo Estatal Central de Weimar y el archivo del Partido del Socialismo Democrático de Turingia el autor trata de reconstruir los eventos acaecidos en el contexto de la evacuación forzada a comienzos de los años 50 y 60 en el Sur de Turingia. Se concentra en la acción "Oberhof" 1950/51, la acción "Línea de demarcación" 1952 y la acción "Florita" 1961.

*

С помощью источников Тюрингского государственного архива в г. Майнингене, Главного государственного архива в г. Веймаре и земельного партийного архива ПДС автор пытается проследить события, связанные с принудительным выселением в начале 50-х и 60-х годов населения южной Тюрингии. При этом особый упор делается на мероприятиях в Oberhofe в 1950/51 гг., действиях на демаркационной линии в 1952 г. и так называемой акции Блюмхен в 1961 г.

* *

*

Der Nachlaß Max von Laues

Neue Quellen im Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (Berlin) *

Eckart Henning

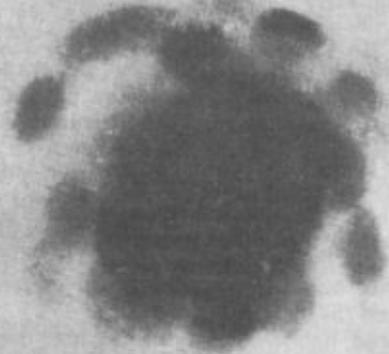
Plancks "Meisterschüler" Max v. Laue (1879-1960) ist zwar von vielen Zeitgenossen in Jubiläumsschriften und Nachrufen gewürdigt worden (1), doch fehlt noch eine heutigen Ansprüchen genügende Biographie dieses Nobelpreisträgers (2). Dafür sei in diesen "Blättern", die auch Auszüge seiner Selbstdarstellung veröffentlichten (3), auf einige neue Quellen hingewiesen: Das zentrale Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin (4), unweit von Laues letzter Dahlemer Wirkungsstätte, stellt sie interessierten Physikhistorikern zur Auswertung zur Verfügung, da die gesetzliche Schutzfrist nunmehr abgelaufen ist. Es sind mehr als dreißig Jahre seit Laues Tod vergangen, der im 81. Lebensjahr an den Folgen eines Unfalls auf der Berliner "Avus" starb, ein tragisches Opfer seiner Leidenschaft für Automobile (notabene führte er ein dickleibiges, mit Fotografien gespicktes Fahrtenbuch, das im Archiv heute als liebenswertes Kuriosum verwahrt wird). Bei diesen Quellen handelt es sich im wesentlichen um Max v. Laues Dienstzimmernachlaß, der vom Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft Mitte der achtziger Jahre an das Archiv abgegeben worden ist, angereichert durch Leihgaben seiner Kinder, Frau Hilde Lemke geb. v. Laue (München) bzw. Herrn Prof. Dr. Theodore H. v. Laue (Worcester, Mass./USA) und um Geschenke ehemaliger Mitarbeiter, vor allem von Herrn Prof. Dr. Gerhard Hildebrandt und Herrn Dr. E. H. Wagner (beide Berlin). Der Nachlaßbestand (5) umfaßt insgesamt 2.874 Bestell-Num-



Dr. M. v. Laue

Max von Laue (1879-1960)
(Aufnahme: Schmelhaus, Zürich)

*Die erste Röntgen-
Durchleuchtung eines
Kristalls.*



M. v. Laue

"Die erste Röntgen-Durchleuchtung eines Kristalls", signiert von Max von Laue (1912)

mern, seine Laufzeit im Kernbereich die Jahre von 1944-1960, also von Laues vorzeitiger Berliner Emeritierung und Übersiedlung nach Hechingen im April 1944 (wohin auch "sein" von Heisenberg geleitetes Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik kriegsbedingt verlagert worden war) bis zum Ende der Amtszeit als Direktor des Fritz-Haber-Instituts der Max-Planck-Gesellschaft bzw. seinem Tode. Doch einige Stücke im Nachlaß sind älter: So weist nicht nur Laues Veröffentlichungsliste bis ins Jahr 1903 zurück, sondern auch diese und zahlreiche Kollegen-Arbeiten selbst (insgesamt 92 Separata-Bände), ferner einige Urkunden aus der V. Abteilung des Archivs (Repositur 14), die als Depositum der Familie hier verwahrt werden (und ins Repertorium verweisartig integriert worden sind). Sie stellen zugleich das wichtigste biographische Material (Teil I) dar, begonnen mit seinem Berliner Doktordiplom aus dem Jahre 1903, als M. Planck seinen späteren Assistenten mit einer Dissertation über die Theorie der Interferenzen an planparallelen Platten promovierte. In diesem Teil befinden sich auch Dokumente der privaten Lebensführung im engeren Sinne (Befreiung von der Versicherungspflicht, ein Fragebogen der Alliierten, Versorgungsbezüge usw.) und einige autobiographische Aufzeichnungen. An Arbeitsmaterial bzw. Sammlungen zu bestimmten Themen ist nur sehr wenig erhalten (Teil II), während Laues Manuskripte (im III. Teil) zahlreicher überliefert sind, darunter einige kleinere offenbar unpublizierte; physikgeschichtlich aufschlußreich sind insbesondere Laues Würdigungen seiner Kollegen (wie Planck, Geiger, Berliner, Sommerfeld, Debye, Einstein usw.) sowie der Entwicklungsphasen des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie, das 1953 bei seiner Eingliederung in die Nachfolgesellschaft auf Vorschlag Laues in "Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft" umbenannt

Liebe Frau Wöhler! Alswede, 20. 2. 46.
 Heute erhalte ich von Pfarrer Bilschneider
 ein sehr schönes Briefangebot. Ich beantwortete
 es direkt, will aber um Sicherheit und, wenn
 Ihnen für Ihre Eingreifen zu danken, noch diese
 Karte hinterher schreiben. Sie brauchen und
 können mir nicht helfen. Denn meine Schicksal
 seit April 45 ist verknüpft mit dem
 Ereignis des 6. 8. 45 und mit meinem
 Beruf als Physiker. Es ist ein wenig komisch,
 dass man mich zu dem Preis der "Schriftlichen"
 zählt. Übrigens nicht ich der jetzige Richter,
 der mit ausgesprochenster Verzweiflung, mit
 gut geklärten Neben Umständen und überlängtem
 Prozess verknüpft ist, seinem Ende. Ich
 sehe dem Übergang ins "normale" Leben, das
 ich nach einiger Zeit ohne meine Frau wieder
 führen müssen, mit gemischten Gefühlen
 entgegen. Ende Februar soll die Übersiedlung
 nach Göttingen stattfinden. Dortige Adresse:
 Dr. Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-
 Gesellschaft, Kersbinger Landstr. 3.
 - Die Verwaltung meines mittelstän-
 digsten Stammes soll ein Rechtsbeistand
 Dittmann übernehmen haben. Wissen

Sie tun von ihm? Wohnt er
 in Tübingen oder weiter fort?
 Mit herzlichem Gruß, auch
 an Ihren Sitten,

Ihr ergebener
 M. v. Laue

Kaunertsk-11/12.

Professor Max v. Laue
 Alswede, Kr. Lübbecke
 21 Westfalen

D e u t s c h

Frau Hildegard Wöhler



1
 BERLIN ZEHLENDORF
 Onkel Tom-Str. 3.

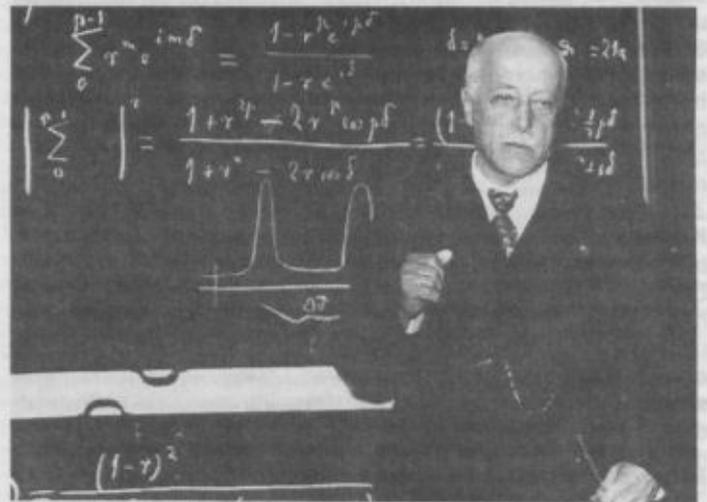
17KZ 496/89

Postkarte Max von Laues vom 20.2. 1946 an H. Wöhler (vgl. Anm. 12)

wurde (6), ferner fremder Einrichtungen, wie des späteren Hahn-Meitner-Instituts. Der folgende Abschnitt erhält Veröffentlichungslisten (Teil IV), die - obschon selbst lückenhaft - zur Erstellung einer vollständigen Bibliographie Max v. Laues herangezogen werden müßten (7). Einen großen Teil von Laues Arbeitszeit nach dem II. Weltkrieg nahm seine Schriftleitertätigkeit für die "Zeitschrift für Physik" ein, aber auch seine Korrespondenz um die Herausgabe von Plancks Werken (Teil V).

Diese Hinweise auf den Bestand I-V dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß er umfangmäßig nur den geringsten Teil (im Repertorium S. 1-38 = Nrn. 1-149) dieser Repositur ausmacht, während der VI. Teil mit Laues Korrespondenz ihren Kern darstellt (S. 39-334 = Nrn. 150-2874). Dieser Schriftwechsel mit natürlichen und juristischen Personen bildet aber nicht nur quantitativ den auffallendsten, sondern auch qualitativ gesehen den interessantesten Teil des Nachlasses; in ihm kommen nahezu alle bedeutenden Physiker seiner Zeit vor, aber auch Wissenschaftler anderer Disziplinen sowie Künstler und Politiker. Hervorgehoben seien weniger die "Prominenten", die in diesem Nachlaß reichlich vertreten sind, sondern die langjährig und regelmäßig geführten Korrespondenzen, die auch über den, der sie führte, am meisten aussagen. Zu nennen sind hier z.B. seine Schriftwechsel mit Friedrich Beck, Fritz Bopp, Max und Hedwig Born, Gerhard Borrmann, Ernst Brüche, Albert Einstein, Peter Paul Ewald, James Franck, Erwin Finlay Freundlich, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Friedrich Herneck, Karl-Heinz Höcker, Johann Horváth, Rolf Hosemann, Eduard Justi, Max Kohler, Ernst Lamla, Walter Meissner, Lise Meitner, Georg Menzer, Friedrich Möglich, Max Planck, Robert W. Pohl, Moritz Renninger, Leo Szilard, Walter Weizel, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker und Wilhelm Westphal. Einen besonderen Abschnitt (S. 249-334, Nrn. 2221-2874) bilden Laues nationale und internationale Korrespondenzen mit juristi-

schen Personen (Akademien, Behörden, Firmen, Gesellschaften, Vereinen, Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften usw., übrigens auch mit vielen pazifistischen Bündeln der Nachkriegszeit), die geradezu "Sachakten" bilden. Forschungspolitische Fragen überwiegen, sie betreffen den Wiederaufbau wissenschaftlicher Einrichtungen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch im geteilten Berlin. Sie zeigen Laue nach dem Zusammenbruch 1945 an der Spitze solcher Bemühungen, etwa um die Deutsche For-



Max von Laue im Fritz-Haber-Institut (9.10. 1953)



Max von Laue (1879-1960)
Aufnahme: Gustav Klipping, Berlin; 2. Hälfte der 50er Jahre

schungsgemeinschaft oder die Neugründung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig, um die Deutsche Physikalische Gesellschaft in der Britischen Zone bzw. die Wiederbegründung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften (der heutigen Deutschen Physikalischen Gesellschaft). Hervorzuheben ist auch Laues Mitwirkung an der Gründung der Max-Planck-Gesellschaft als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, der er zunächst in seiner alten Stellung als stellvertretender Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Göttingen diente, ab April 1951 dann - bereits einundsiebzigjährig! - noch als Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt am 1.3. 1959 (8). Im Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft befinden sich weitere Max v. Laue betreffende Archivalien in der I. Abteilung (Rep. 1 A, Nrn. 1649-1677, 2813-2815 = Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik), in der III. Abteilung (u.a. in den Nachlässen Rep. 19 Debye u. 29 v. Holst), in der V. Abteilung (Rep. 1: Autographen und 13: Sammlungen Haber), der VI. Abteilung (Bildersammlung) und in der IX. Abteilung (Rep. 1 u. 5) (9).

Soweit sich Laues ältere, teilweise aber auch jüngere wissenschaftliche Korrespondenz noch im Familienbesitz befand, ist sie im wesentlichen in Kopie an das Deutsche Museum (München) abgegeben worden; nur wenige, aber wichtige Unterlagen (wie seine Notizbücher) sollen sich noch in Privatbesitz befinden. Zahlreiche Briefe Laues an Fachkollegen werden überdies durch die Zentralkartei der Autographen der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (Handschriftenabteilung) sowie die bekannten Nachlassverzeichnisse nachgewiesen (10).

Diese wenigen Angaben über neue und Hinweise auf alte Quellen hätten ihren Zweck erfüllt, wenn sie das Interesse von Physikhistorikern wecken würden, sich mit dem nötigen zeitlichen Abstand einer angemessenen Würdigung von Laues Persönlichkeit und seinem Lebenswerk zuzuwenden. Sie sollte allerdings nicht allein den Physiker behandeln, dessen Vorliebe optischen Problemen galt und der "für seine Entdeckung der Beugung der Röntgenstrahlen beim Durchgang durch Kristalle" 1914 den Nobelpreis erhielt, oder Laue als Pionier feiern, der die Maxwell'sche Theorie

auf die Supraleiter übertrug und sich noch im Alter der Thermodynamik der Supraleitung zuwandte. Eine Biographie müßte selbstverständlich die großen Leistungen Laues physikgeschichtlich einordnen und damit seinen eigenen disziplinhistorischen Maßstäben der in der Internierung geschriebenen "Geschichte der Physik" (1946, 4. Aufl. 1959) gerecht werden, sollte aber auch seine großen organisatorischen Verdienste um die Förderung der physikalischen Forschung und seine untadelige politische Haltung im 3. Reich würdigen, in dem er die Relativitätstheorie u.a. auf dem Physikertag (1933) gegen die "deutsche Physik" verteidigte, unerschrocken an der vom Regime verbotenen Gedenkfeier für Fritz Haber (1935) mitwirkte, aber auch - der Öffentlichkeit verborgen - jüdischen Mitbürgern zur Flucht und in der Emigration half (11).

Da Laue wohl nur sporadisch von den Fortschritten am "Uranbrenner" (Reaktor) unterrichtet war, was die Alliierten offensichtlich nicht wußten, als sie ihn mit anderen daran beteiligten Wissenschaftlern festsetzten, amüsierte es ihn zunächst, selbst zum "Kreis der Gefährlichen" (1946) gerechnet zu werden (12), doch verteidigte er seine Kollegen mit Entschiedenheit in einer Entgegnung zur "Kriegstätigkeit der deutschen Physiker" (1948) gegen amerikanische Vorwürfe, die deutschen Wissenschaftler hätten in ihrer Gesamtheit für Himmler und Auschwitz gearbeitet (13); seiner hohen Reputation im Ausland - wohl nur mit derjenigen Plancks vergleichbar - war es schließlich zu verdanken, daß seine Stimme nicht nur gehört wurde, sondern weithin auch Glauben fand, wenn er sie immer wieder für Gerechtigkeit und Versöhnung erhob.

* Nachdruck aus Phys.Bl. 48(1992)11 mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Phys.Bl.

Abbildungen: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

(1) Vgl. u.a. W. H. Westphal, Phys. Bl. 16(1960), S. 549-551; J. Franck, Year Book of the American Philos. Society 1960, S. 155-159; O. Hahn, Reden und Gedankenworte Orden pour le Mérite für Wissenschaften und Künste 4(1960/61), S. 117-122; P. P. Ewald, Biographical memoirs of fellows of the Royal Soc. 6(1960), S. 135-156 (Literaturverzeichnis unvollst.); W. Meißner, Bayer. Akademie d. Wissenschaften, SB math.-nat. Kl. 1960, S. 101-121.

(2) Neben den unter (1) bereits genannten Arbeiten bieten weitere Ansätze zu einer Biographie F. Herneck: Max von Laue. Teubner, Leipzig 1979; H. Laitko (Hrsg.): Materialien zum 12. wissenschaftshistorischen Kolloquium. Als Ms. gedr., Berlin 1980; G. Hildebrandt, Berlinische Lebensbilder, I. Naturwissenschaftler, Berlin 1987, S. 223-244.

(3) Phys. Bl. 16(1960), S. 260-266; M. von Laue: Mein physikalischer Werdegang, vollst. abgedruckt in H. Hartmann (Hrsg.): Schöpfer des neuen Weltbildes, Bonn 1952, S. 37-70.



Nobelpreisträgertagung in Lindau 1959.
V.l.n.r.: Max Born, Max von Lau, Otto Hahn

- (4) E. Henning, Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 41(1990), S. 291-320.
 (5) Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (zit. MPG-Archiv) III. Abt. Rep. 50.
 (6) Auf Vorschlag Laues wurde der Beschluß durch den Senat der Max-Planck-Gesellschaft bereits am 17.7. 1952 gefaßt (vgl. Protokoll, S. 14-18, TOP VII), doch erst zum 1.7. 1953 umgesetzt.
 (7) Vgl. M. Kohler (Hrsg.): Gesammelte Schriften und Vorträge Max von Laues. Vieweg, Braunschweig 1961, 3 Bde.
 (8) Feierlich verabschiedet am 16.3. 1959, vgl. F. Beck, Phys. Bl. 15(1959), S. 446-456.
 (9) Vgl. den Führer durch das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (Berichte und Mitteilungen 1/88), 2. Aufl. München 1992.
 (10) L. Denecke: Die Nachlässe in den Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. von T. Brandis. Boldt, Boppard/Rh. 1981, S. 212.
 (11) Vgl. die bisher unveröffentlichten Briefe aus dem Laue-Bestand im Deutschen Museum München und dem Meitner-Nachlaß im Churchill College Cambridge bei J. Lemmerich: Max von Laue, Domäne Dahlem. Aus Landgut und Museum H. 16, Berlin 1992.
 (12) Postkarte M. von Laues vom 20.2. 1946 an H. Wähler, Berlin-Zehlendorf (MPG-Archiv, V. Abt. Rep 1 v. Laue).
 (13) Deutsche Erwiderung Laues (in MPG-Archiv, Rep. 50, Nr. 125) auf eine Rezension von S. Goudsmits Buch "Alsos", in: Bulletin of the Atomic Scientists 1947, S. 365, wo sie in einer amerikanischen Übersetzung erschien.

*

Nach Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist von dreißig Jahren stellt das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft den Nachlaß Max von Laues (1879-1960) zur Auswertung zur Verfügung. Der Nobelpreisträger war 1960 an den Folgen eines Autounfalls verstorben. Der Nachlaßbestand wurde aus verschiedenen Überlieferungen zusammengesetzt und umfaßt 2.874 Akteneinheiten v.a. aus der Zeit von 1944 bis 1960. Neben der Vorstellung des Nachlasses weist Verf. auch auf weitere Quellen zu Max von Laue innerhalb und außerhalb des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft hin.

*

On expiry of the statutory time of protection, which is thirty years, the unpublished works of Max von Laue (1879-1960) will be made available for analysis by the Archives of the History of the Max Planck Society. The nobel prize winner died as a result of a car accident in 1960. The works left at his death, which were obtained from different sources, are assembled in 2,874 file units, most of them from the 1944-1960 period. The author gives a survey of these works and mentions other sources on Max von Laue within and outside the above-mentioned Archives.

*

A l'expiration du délai légal de 30 ans, les archives sur l'histoire de la société Max Planck-Gesellschaft permettent désormais l'exploitation de la succession de Max von Laue (1879-1960). Le Prix Nobel était décédé en 1960 des suites d'un accident de la route. La succession a été réunie à partir de plusieurs fonds et comprend 2 874 unités, datant notamment de l'époque 1944-1960. Outre la présentation de la succession, l'auteur indique d'autres sources sur l'activité de Max von Laue à l'extérieur des archives sur l'histoire de la société Max Planck.

*

Después de la expiración del plazo de protección de 30 años el Archivo de Historia de la Sociedad Max Planck puso a disposición pública la herencia de Max von Laue (1879-1960). El Premio Nobel había perecido en un accidente automovilístico en 1960. Los legajos proceden de diferentes lugares y se componen de 2 874 expedientes sobre todo del periodo entre 1944 y 1960. Aparte de la herencia el autor señala otras fuentes más acerca de Max von Laue disponibles dentro y fuera del Archivo de Historia de la Sociedad Max Planck.

*

По истечении предусмотренного законодательством тридцатилетнего срока правовой охраны материалов Архив по истории общества Макса Планка открывает для использования письменное наследие Макса фон Лауэ (1879-1960), лауреата Нобелевской премии, в 1960 г. погибшего в автомобильной катастрофе. Фонд письменного наследия укомплектован из различных частей и включает в себя 2 874 единиц актов, датированных, главным образом, периодом с 1944 по 1960 гг. Освещая письменное наследие, автор обращает внимание читателей также и на другие источники по Макс фон Лауэ, хранящиеся как в Архиве по истории Общества Макса Планка, так и в других архивных учреждениях.

* *

*

Einige Gedanken zu Historie und Gegenwart des Stadtarchivs Jena

Dagmar Sensfuß

Ein Archiv bzw. eine städtische Registratur zur Ablage der zu laufenden Zwecken benötigten Schriftstücke muß es in Jena spätestens im 13. Jahrhundert gegeben haben. Für das 13. Jahrhundert (1236) wird die Verleihung des Stadtrechts angenommen; es sind ebenfalls nachweislich die ersten Stadtschreiber benennbar, wie z. B. für 1284 Henricus Franke, Vater des späteren Rathsmeisters Franke.

Im 17. Jahrhundert befand sich das "Archivum des Raths" laut Magister Adrian Beier in seinem "Architectus Jenensis" von 1672 über der Geschoßstube im Rathaus. Johann Ernst Wiedeburg beschreibt es als zu den dort eingerichteten "vornehmsten" Zimmern gehörend.

Wie im Feudalismus allgemein üblich, vereinigte auch der Registrator in Jena Aktenverwalter und Jurist in einer Person.

Im 19. Jahrhundert wurde in Jena, wie leider auch in vielen anderen Orten, neben den mittelalterlichen Institutionen auch die Mehrzahl der schriftlichen Zeugnisse darüber als wertloses Überbleibsel vernichtet. So blieben beispielsweise in Jena von den ursprünglich mehr als 300 Pergamenturkunden des Stadtarchivs nur noch einige wenige erhalten.

Bei den im Rathaus aufbewahrten Schriftstücken wurde bis ins 20. Jahrhundert hinein nicht generell zwischen Registratur und Archiv unterschieden. Die Ausnahme bildeten die ältesten Urkunden, Regesten und Rechnungen, die zeitweise getrennt vom übrigen Archivat geordnet und zum Teil verzeichnet wurden.

Im 1. Drittel des 20. Jahrhunderts wurden einige Fortschritte bei Ordnungsarbeiten des Archivs und bei seiner Öffnungsbereitschaft



Im Erdgeschoß der ehemaligen Tonnenmühle ist das Stadtarchiv Jena untergebracht (Aufnahme von 1892)



Magazinraum mit alter Ausstattung

gegenüber der Öffentlichkeit erreicht, welches durch eine steigende Benutzertendenz belegbar ist. Gefördert wurde dieser Prozeß in Jena durch die in den 30er Jahren oftmals wieder aufgenommene Beschäftigung mit der Jenaer Stadtgeschichte; gleichzeitig belebte der unkomplizierte Zugang zu den Dokumenten den historischen Forschungsprozeß.

Eine grundsätzliche verwaltungstechnische und räumliche Trennung zwischen Archiv und laufender Registratur erfolgte zwischen 1924 und 1926. Während dieser Zeit, in der keine hauptamtliche Besetzung des Stadtarchivs erfolgte, waren der Archivar des damaligen Staatsarchivs Sondershausen, Otto Ernst Devrient, und der Stadtamtmann Zaubitzer auf Bitte des damaligen Oberbürgermeisters, Dr. Alexander Elsner, mehrmals mit Ordnungsarbeiten im Stadtarchiv beschäftigt.

Eine Dezimierung der Bestände des Stadtarchivs erfolgte während der vergangenen Jahrhunderte durch Krieg, Raub, Plünderung, Wasserschäden oder Unkenntnis des wissenschaftlichen Wertes der Archivalien. Als Beispiel hierfür seien die am 5. Februar 1637 durch kaiserliche Truppen unter Graf Hansen von Götz erfolgten Plünderungen, bei denen das Archiv aufgebrochen und die schriftlichen Dokumente zum größten Teil vernichtet oder verstreut wurden und die im 19. Jahrhundert aus Übereifer und historischem Unverstand vernichteten Zeitzeugen genannt.

Etwa um 1860 sandte zudem der Staatsrechtslehrer Michelsen im Glauben, der historischen Wissenschaft einen besonderen Dienst zu erweisen, Urkunden aus dem Stadtarchiv teilweise an die Universitätsbibliothek Jena, den Verein für Thüringische Geschichte und Altertumskunde, an das Germanische Museum in Nürnberg und an die Bibliothek der Landesschule Pforta. Bestrebungen, diese Archivalien zurückzuführen, waren zum größten Teil zum Scheitern verurteilt.

Auch der zweite Weltkrieg ging nicht spurlos an den Jenaer Archivalien vorüber, denn ein Teil der dem Stadtmuseum als Leihgabe zu Ausstellungszwecken zur Verfügung gestellten Zunfturkunden verbrannte am 19. März 1945 beim Bombenangriff auf Jena.

Indirekt durch Kriegseinwirkungen begünstigt, wurde Archivgut bei mehreren Einbrüchen in das noch nicht wieder diebstahlsichere, bombengeschädigte Rathaus entwendet oder beschädigt.

Im Jahre 1946 waren die ca. 420 lfm Archivgut der Stadtverwaltung Jena teilweise im Kellerraum unter der Turnhalle der Ostschule, im ehemaligen städtischen Lyzeum in der August-Bebel-Straße und in der Stiftungssparkasse untergebracht. Ein Dienstraum für den Aktenverwalter mit Ablagemöglichkeit für die laufende Registratur und ein Benutzerraum befanden sich im Verwaltungsgebäude Am Anger 15.

Verwaltungstechnisch gehörte das Stadtarchiv zum Dezernat des Oberbürgermeisters und wurde als "Hausarchiv" des Rates der Stadt geführt.

Am 18. Februar 1948 ordnete das damalige Hauptverwaltungsamt die Überführung der ca. 300 in der Ostschule gelagerten lfm Akten in das Gebäude des damaligen Lyzeums an. Nach dieser Anordnung mußten einige organisatorische Schwierigkeiten bewältigt werden, doch 1950 befanden sich die Verwaltung des Archiv, die mit einem hauptamtlichen Betreuer und einer Schreibkraft besetzt war, im Verwaltungsgebäude Am Anger 15, das Magazin mit den Akten und der Verwaltungsbücherei im Südflügel des ehemaligen Lyzeums.

Dieses Magazin war, genau wie die vorherigen Lagerungsorte auch, durch räumliche Unzulänglichkeiten, wie ungenügende Feuersicherheit, zu hohe Luftfeuchtigkeit und Staubbelastung und Zugänglichkeit für Unbefugte, die aus Wartungsgründen Zutritt zur Feuerungsanlage haben mußten, gekennzeichnet.

Bereits zwischen 1949 und 1951 wurden von der ehemaligen DDR-Regierung Gesetze zur Reorganisation und Zentralisation des Archivwesens, speziell zum Schutz des Archivgutes und zur Einrichtung von Kreis-, Verwaltungs- und Betriebsarchiven erlassen. Doch fand sich auch in den 50er und 60er Jahren für die Bestände des Stadtarchivs einschließlich Verwaltungsarchiv noch immer kein geeignetes, archivspezifisches Gebäude. Zwar wurde im Jahre 1967 vom Rat der Stadt das Gebäude der ehemaligen Tonnenmühle, das vorher als Schlachthof genutzt wurde, zu diesem Zweck bereitgestellt, doch befanden sich noch 1969 große Teile der Akten und Zeitungen im damaligen Gebäude des Kreisarchivs Jena in der Neugasse 26.

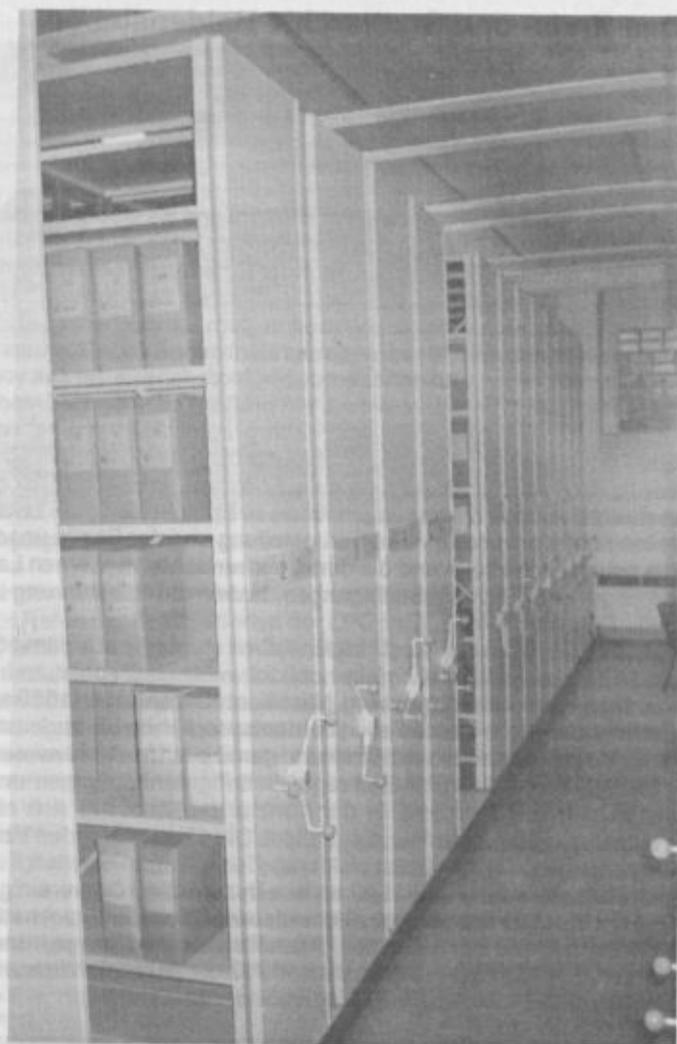
Da auch in der "Tonnenmühle" kaum archivspezifische Bedingungen vorgefunden wurden, erfolgte das Einziehen von wärmedämmenden Zwischendecken, um annähernd die zur Lagerung von Archivalien notwendigen klimatischen Bedingungen zu schaffen. Archivregale wurden provisorisch aus Stahl-Holz-Elementen zusammengezimmert und mit Holzlatten gegeneinander und gegen die Wände abgestützt. Dieses schuf zwar im Moment Raum für die Unterbringung des Stadtarchivs einschließlich Verwaltungsarchiv, doch waren die Platzreserven durch archivunzweckmäßige Anordnung der Regale bald erschöpft. Außerdem wurde in keiner Weise den Sicherheitsbestimmungen für die Mitarbeiter entsprochen.

Ein großer Mangel in den vergangenen Jahrzehnten bestand auch in der oftmals fehlenden archivwissenschaftlichen Qualifikation der Mitarbeiter. Über sehr lange Zeiträume waren nur sehr wenige oder gar keine Fachkräfte (auch jetzt nur ein Dipl.-Archivar, ein angehender Historiker und ein Magister-Archivar befinden sich in der Ausbildung) im Archiv angestellt, so daß ein Nacharbeiten liegendegebliebener Arbeiten bei zu betreuenden ca. 1 700 bis 1 750 lfm Akten immer komplizierter und zeitaufwendiger wird. Erheblich erschwert werden diese Bestrebungen durch die immer noch anhaltende Papierflut durch Ablieferungen von nach der Wende umgebildeten oder aufgelösten Registraturbildnern einschließlich Ämtern der Stadtverwaltung, denn eine regelmäßige Aktenübernahme erfolgte während der letzten 40 Jahre nicht. Hinzu kommt, daß Ende letzten Jahres der Personalbestand von 4 VbE und 2 ABM auf 4 1/2 VbE reduziert wurde, so daß auch fachfremde Tätigkeiten, z. B. sämtliche Schreib- und Magazinarbeiten, von den Mitarbeitern ausgeführt werden müssen.

Daraus resultiert, daß im Moment nur die dringend nötigsten, wichtigsten Amtshandlungen, v. a. die Aufrechterhaltung der amtlichen und öffentlichen Benutzung, gewährleistet werden können. So kann auch das dringend notwendige Überarbeiten oder Neuanfertigen von Findhilfsmitteln, die den schnellen Zugang zu den Archivalien ermöglichen, nicht in Angriff genommen werden. Dieses umfaßt das Übertragen von kaum lesbaren, handschrift-



Magazin mit neuer Regalanlage



lichen, oftmals fehlerhaften Findbüchern, in denen im Laufe der Zeit viele Änderungen vorgenommen wurden. (Die in den vergangenen Jahren begonnenen "Umordnungen" wurden nicht einheitlich zu Ende geführt. Das heißt, daß ein Großteil der älteren Akten Stück für Stück auf Anwesenheit und Richtigkeit des Aktentitels überprüft und gegebenenfalls neu beschriftet, verzeichnet und foliiert werden muß.)

Eines der nach wie vor größten Probleme ist die äußerst ungünstige Raumsituation. Der sehr kleine Benutzerraum ist gleichzeitig Arbeitsraum des Verwaltungsarchivars, was noch weniger Platz und ständige Störungen für die Benutzer mit sich bringt. Auch der am meisten benötigte Verteilerapparat des einzigen Telefonanschlusses steht in diesem Raum, der maximal fünf Benutzerplätze bietet.

Auch die Benutzerbetreuung ist ständig mit Störungen der anderen Benutzer und des Verwaltungsarchivars verbunden. Eine Mitarbeiterin hat ihren Arbeitsplatz ausschließlich im Magazinraum, die anderen halten sich zur Erledigung der anfallenden Arbeiten ebenfalls sehr oft im Magazinbereich auf. Dieses bringt eine erhebliche Staubbelastung und ständig schweres Heben mit sich. Wir hoffen, daß sich die Raumfrage möglicherweise durch Anmietung von Räumen der Städtischen Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH in der 1. Etage des Vorderhauses Löbdergraben 19 (diese Räume liegen über unserem Magazinbereich) ab 1995 durch die Stadtverwaltung lösen wird; ein Konzept unsererseits hierfür liegt vor.

Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus der in den Jahren nach der Wende sprunghaft angestiegenen Benutzerfrequenz. Vergleicht man beispielsweise das 1. Quartal 1992 mit dem diesen Jahres, so kann man eine Steigerung von 867 auf 2 933 Benutzer, das entspricht einer Steigerung um ca. 238,3 Prozent, feststellen. Die größte Errungenschaft des Stadtarchivs nach Erwerb eines Kopiergerätes im Jahre 1990 ist die Ende letzten Jahres vollzoge-

ne Ausstattung des großen Magazinraumes mit archivspezifischen Regalsystemen mit Drehsternantrieb durch die Firma "Arbitec" im Werte von 80 000 DM. Das brachte für uns die dringend notwendig gewesene Platzkapazität und eine relativ staubsichere Aufbewahrung der Aktenkartons mit sich.

Wir hoffen, auch aus Sicherheitsgründen für Mitarbeiter und Akten, auf die bei Begehungen durch Sicherheitsbeauftragte ständig hingewiesen wird, daß wir in diesem und im nächsten Jahr die Mittel für die Ausstattung der beiden kleinen Magazine von der Kommune zur Verfügung gestellt bekommen, da weitere umfangreiche Aktenübernahmen angekündigt sind. (Eine stufenweise Ausstattung erfolgt aus finanziellen Gründen.)

Grobübersicht über die wichtigsten Bestände des historischen Archivs:

- Bestand A: Urkunden (1317-1949)
- Bestand BII: Akten (1443-1918/1949)
- Bestand C: Amtsbücher, auch der eingemeindeten Vororte (1508-1948)
- Bestand D: Akten (1875/1927-1945/1953)
- Bestand E: Akten (ab 1945)
- Bestand F: Akten (ab 1898)
- Akten der eingemeindeten Vororte: (1508-1948)
- Zeitungsbestand: (ab 1797)
- Chronik: (ab 9. Jahrhundert)
- Materialsammlung: (ab 1945)
- Gesetzessammlung: (ab 1799)
- Bildsammlung: (ab 1870)
- Handbibliothek: (ca. 1 950 Bände)

Abbildungen: Stadtarchiv Jena

* *

*

Das Kreis- und Stadtarchiv Haldensleben

Thomas Kübler

1. Vorwort

Im Jahre 966 erstmals urkundlich erwähnt und als Übergabe des Dorfes Althaldensleben an das Moritzkloster in Magdeburg dokumentiert, erlebte Haldensleben nach der Erneuerung seiner Stadtrechte (1224) einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung und wurde als *Immediatsstadt* unmittelbar dem Landesherrn unterstellt. Rasch entwickelte sich auch das städtische Behördenwesen. Erhalten geblieben sind annähernd 250 Urkunden aus der Zeit von 1224 bis 1785, von denen jedoch ein großer Teil noch als *Depositum* im Landeshauptarchiv Magdeburg lagert. Aufgrund der vor fast 100 Jahren gänzlich fehlenden und bis dato noch nicht vorhandenen räumlichen, lagerungstechnischen, konservatorisch-restauratorischen Bedingungen ist diese Entscheidung als zweifellos richtig anzusehen. Die Fertigstellung und der Bezug unseres neuen Archivbaus und die damit vorhandenen modernen Lagerungs- und Nutzungsbedingungen, lassen die Rückführung in nahe Zukunft rücken.

Die ältesten Akten der Stadt Haldensleben stammen aus dem 15. Jh. und befinden sich ebenfalls noch teilweise als *Depositum* im Landeshauptarchiv Magdeburg. Nachdem Haldensleben 1680 an Brandenburg fällt, werden auch dementsprechende Veränderungen im Behördenwesen der Stadt und damit auch im Archivwesen gezeitigt. Es ist dies eine Zeit reger Schriftgutanhäufungen und akribischer Registrierung. In der Kanzlei der Stadt hat sich ein geschlossenes System herausgebildet. Die 12 existierenden Verwaltungseinheiten der Stadt Haldensleben mit ihren eigenen Registraturen werden nach 1680 an einem zentralen Ort vereinigt. Das um die Mitte des 15. Jhs. nachweisbare Urkundendepot hatte sich überholt und war nun in den "Alten Ratsbestand" eingeordnet worden. Der Aktenzuwachs ab dem 16./17. Jh. ist beträchtlich und klar ersichtlich am Bestand "Magistrat der Stadt".



Altes Stadtmagazin

Natürlich finden auch die französische und pfälzische Zuwanderung in den Jahren 1699 (und vorher) bzw. 1770 und der damit verbundene Aufschwung in Handel und Gewerbe ihren Niederschlag im Behördenwesen der Stadt und somit auch im Archiv. Neben der Terrakottaverarbeitung und der hier ansässigen Tuchmacherei u.v.a., erhalten auch Tabakverarbeitung und Seidenraupenzucht einen festen Platz. Dieser schon erwähnte Aufschwung bringt zugleich eine vermehrte Verwaltungstätigkeit mit sich. Gerade das Repertorium "Finanzen und Vermögen" gibt beredte Auskunft über diese Entwicklung.

Erstmals in feste Hände kam das, noch lange nach "Betreffen" (Pertinenz) geordnete Archiv unter Behrends, Anfang des 19. Jhs. und später dann mit Sorgenfrey und Förster, die jedoch kaum die verwaltungstechnische Aufgabe des Archives tangierten, sondern sich wesentlich editorischer und historischer Arbeit widmeten. Solche regional bedeutenden Werke, wie die "Kreischronik" von Behrends, die Bürgermatrikel und die "Stadtbücher", von Sorgenfrey editiert u.v.a., sind Ausdruck des gestiegenen Interesses an der Nutzung des Archives zu wissenschaftlichen, insbesondere historischen Zwecken. Dr. Walter Möllenberg (Archivar am Königlichen Staatsarchiv) kommt das Verdienst zu, den vorhandenen Archivfonds wohlgeordnet und erstmals verzeichnet zu haben, wie es heute noch größtenteils erstmals den Findbüchern des Stadtarchives einzusehen ist. Auch die Archivbestände der Gemeinde des Kreises Neuahaldensleben, die Pfarrämter u.a. verzeichnete er größtenteils erstmalig und legte dies in einer Bestandsübersicht 1917 vor, die von der Historischen Kommission der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt herausgegeben wurde. Spätestens mit Boye und Bolms wird dann das Pertinenz-Prinzip abgelöst und durch das Ordnungssystem nach dem Titel des abgegebenen Amtes bzw. Körperschaft o.ä., (Provenienz-Prinzip) "ersetzt". Verdienstvoll zu nennen sind die Arbeiten dieser beiden, ebenso auch der nach 1945 folgenden, jetzt hauptamtlichen Archivare Thiemann, Ziems und Grahn. Sie alle haben einen bedeutenden Beitrag zu dem geleistet, was heute das Haldenslebener Kreis- und Stadtarchiv ausmacht.

Als Haldensleben 1816 zum Sitz eines Landrates bestimmt wird, ist es somit zugleich auch Kreisstadt. Bis 1938 führt sie die Bezeichnung Neuahaldensleben mit der gleichnamigen Kreisstadt. Nach der 1938 erfolgten Eingemeindung von Althaldensleben wird der Name Haldensleben für Kreis und Stadt geführt. Nach der zwangsweisen Verwaltungsreform von 1952 und der damit verbundenen Aus- und Eingliederung von Gemeinden aus und in andere Kreise, erhielt der Kreis im wesentlichen seine heutige Struktur, die jedoch wieder in Bewegung begriffen ist. Ein positives Ergebnis der Entwicklungen seit 1989. Durch die "Reform" von 1952, in deren Gefolge die Länder aufgelöst und die Bezirke gebildet wurden, erfolgte die Angliederung von 31 Gemeinden aus dem Kreis Gardelegen an Haldensleben, wogegen 20 Gemeinden aus dem Kreis Haldensleben an die Kreise Oschersleben und Wanzleben abgegeben wurden. Persönliche Bindungen, Traditionen, gewachsene Mentalitäten, wurden dabei völlig außer acht gelassen. Im gleichen Jahr wurde auch ein Kreisarchiv beim vormaligen Rat des Kreises Haldensleben eingerichtet. Die territorialen Veränderungen im Gefolge der Verwaltungsreform, zogen auch Bestandsausgleiche nach sich, die wesentlich 1959 abgeschlossen wurden. Dabei wurden die Bestände Landratsakten vor 1946 und bis 1952, Bodenreformakten 1945-1953, sowie die Bestände der Amtsbezirke, die in unserem Kreis bis 1945 tätig waren, an das Landeshauptarchiv Magdeburg abgegeben. Im Jahre 1977 wurde das Kreisarchiv mit dem Stadtarchiv vereinigt. Diese überaus effektive und verwaltungstechnisch wirkungsvolle Variante hat sich seitdem und jetzt auch zunehmend bewährt. Auch hinsichtlich des engen Zusammenhangs und der Abgestimmtheit der Forschungsthemen, wissenschaftlichen, genealogischen u.a. Anfragen sowie Benutzungen zeigt sich die Richtigkeit dieser Einheit sehr deutlich.

Die Bestände des Kreis- und Stadtarchivs Haldensleben

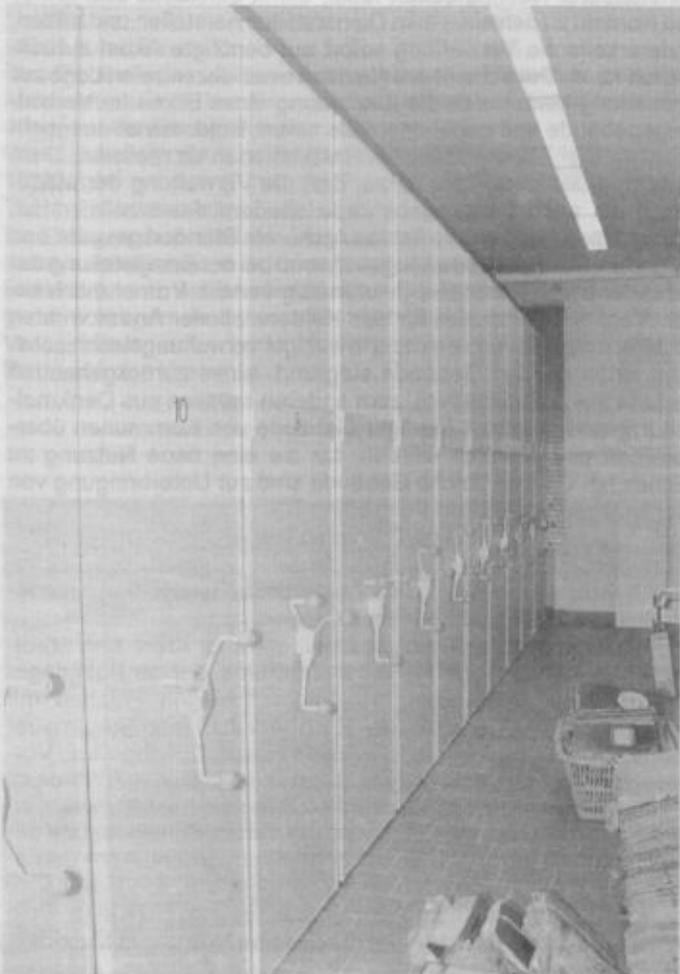
Keinesfalls soll an dieser Stelle eine Edition der im Kreis- und Stadtarchiv vorhandenen Findbücher vorgelegt werden, da ein solches Vorhaben für die nächsten Jahre geplant ist. Davor stehen jedoch noch solche wichtigen Aufgaben, wie u.a. die Neuordnung und -verzeichnung der vielen noch nach "Betreffen" verzeichneten Bestände, ebenso eine Neuaufnahme des Ge-



Archivgebäude "Altes Hospital St. Spiritus"

samtbestandes, da vieles sich nur in den Findbüchern, jedoch nicht mehr in den Magazinen befindet. Unkontrollierte Ausleihe, Diebstahl, unsachgemäße Einordnung sowie pauschale Verzeichnung sind einige Gründe dafür. Besonders deutlich scheint dies bei den Zeitungsbeständen, wo ganze Jahrgänge verzeichnet sind, real jedoch ganze Wochenreihen fehlen. Die sich nun seit einem Jahr im Neuaufbau befindliche wissenschaftliche Archivbibliothek (mit ihren annähernd 10.000 Bänden), widmet sich verstärkt der Neuverzeichnung und Fehlstellenregistrierung der Zeitungsbestände. Dazu erarbeitet die verantwortliche Bibliothekarin einen neuen Katalog.

Die im Kreisarchiv lagernden über 85 Bestände (darunter 71 Gemeindebestände) sind zum größten Teil durch Karteien bzw. Findbücher erschlossen. Für den Zeitraum bis 1985 betrifft das ca. 90% der Bestände. Ein großes Problem besteht nicht erst seit jetzt in der Bewältigung des Massenschriftgutes. Die sich auflö-



Magazin



Eingang

senden Strukturelemente des ehemaligen Rat des Kreises sowie des Rates der Stadt, ebenso der LPGen, VEB, Schulen u. v. a. lieferten dem Kreisarchiv ihr Schriftgut. Die personellen sowie auch räumlichen Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, das unter dem Titel des abgebenden Amtes übernommene Schriftgut in die jeweiligen Bestände einzuordnen. Zumal, ob der neuen Strukturen auch neue Bestände gebildet werden müssen. Besonders kommt es darauf an, daß kein archiwwürdiges Schriftgut gerade der sich auflösenden Institutionen verloren geht, da damit ein Großteil der Geschichte, vor allem der letzten 40 Jahre, unwiederbringlich verloren wäre. Noch mehr weiße Flecken oder ganze Löcher in der deutschen Geschichte dürfen keinesfalls zugelassen werden. Dabei kann es nicht darum gehen, sämtliches Schriftgut aller sich auflösenden Strukturen ins Archiv zu übernehmen. Im Vordergrund steht eine geschlossene Beispielauswahl, so u. a. das archivierungswürdige Schriftgut von einer oder zwei LPGen zu übernehmen. Für die einzelnen Abteilungen des ehemaligen Rates des Kreises gilt dies ohnehin. Vorgehen muß man gegen blindwütige, willkürliche Kassationen, wie sie größtenteils schon nachzuweisen sind.

Noch einiges an Zeit und Aufwand bedarf es, die zu den einzelnen Beständen vorliegenden Karteien und Findbücher zu aktualisieren und die vielen Fehlstellen zu registrieren.

Den für die historische Forschung, insbesondere für die Zeitgeschichte unbestreitbar wertvollsten Bestand stellt jener des "Rates des Kreises Haldensleben" dar. Unumgänglich ist die genaue Analyse dieser Archivalien, will man die Wirkungsmechanismen und überhaupt den vergangenen Staat begreifen. Die Geschichte des Kreises Haldensleben und der Stadt Haldensleben, insbesondere ab 1945, stellt - gleich mit der Mittelalter-Forschung - einen Hauptschwerpunkt dar.

Gerade aber hier zeigt sich die Kompliziertheit und Verantwortung des Archives bei der "Definition" von Schriftgut und Archivgut. Allzuoft wird der Versuchung erlegen, ob des Massenproblems willkürlich zu kassieren. Noch scheint die DDR-Vergangenheit nah, mittels einer "Richtlinie" oder einer Kladde von Aufbewahrungsfristen, "beruhigt" zu kassieren. Schon genügend Mosaiksteine - als unbedeutend angesehen - fehlen. Verantwortungsbewußtsein, Mehrfachbewertung sowie die Heranziehung fachkundiger Mitarbeiter der aufgelösten Strukturen sind entscheidend.

Das Problem der akuten Raumnot wurde zu diesem Jahr gelöst. Der neue Archibau mit seinen großzügigen Magazinräumen schafft gänzlich neue Bedingungen. Parallel dazu müssen die personellen Voraussetzungen quantitativ verbessert werden. Nicht übertrieben scheint es mir, einschätzen zu müssen, daß gerade der - durch die Auflösung der alten Strukturen und deren Massenschriftgut - verursachte Mehraufwand an Bewertungs-, Ordnungs- und Verzeichnungsaufgaben eine personelle Aufstockung (und sei es auch zeitweise) bedingt.

Die Bestände des Stadtarchivs Haldensleben reichen bis in das 12. Jh. zurück. Jedoch ist ein Großteil der Urkunden und Akten, welcher bis zum Jahre 1670 bei der Stadt Haldensleben entstanden ist, als Depositum nach Haldensleben zurückzuführen. Es



Restaurierungswerkstatt

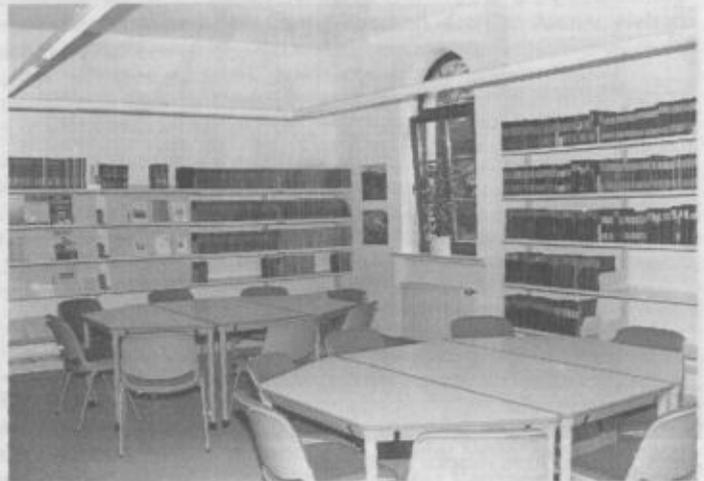
sind wichtige und unentbehrliche Zeugnisse der Geschichte unserer Stadt und unseres Kreises. Sämtliche Bestände sind bis 1945 fast vollständig durch Findbücher erschlossen, leiden jedoch teilweise am Pertinenz-Ordnungsprinzip. Der Zeitraum bis 1965/70 wurde teilweise in den Findbüchern ergänzt, kann jedoch keinem Anspruch auf Vollständigkeit und effektive Benutzbarkeit erheben. Leider stand gerade in den vergangenen Jahrzehnten die Verzeichnungsarbeit keineswegs im Vordergrund, was nicht nur auf die fehlenden personellen Voraussetzungen in den Kommunalarchiven abzuwälzen ist. Oftmals auch zogen Anordnungen zur Anfertigung von Spezialinventaren (so u.a. über die örtliche Arbeiterbewegung) das leidige Ergebnis nach sich, daß Spezialbestände künstlich geschaffen wurden, die sich nur teils in ihre ursprünglichen Provenienzen wieder zurückführen lassen. Das Archivgut nach 1965/70 ist größtenteils durch Übergabelisten erfaßt, die in der nächsten Zeit in den Bestand "Rat der Stadt" eingeordnet werden sollen. Dankenswerterweise hat dies eine junge Kollegin übernommen, die mit viel Fleiß das seit teilweise über zwei Jahrzehnte nicht abgelieferte Schriftgut der einzelnen Abteilungen des Rates gesichtet und geordnet hat. Neben der Nutzbarmachung der neuzeitlichen Archivalien steht vor allem die Wiedernutzbarmachung der alten Magistratsakten der Stadt und der Gemeinde Althaldensleben an. Sie befinden sich durch jahrzehntelange unsachgemäße Lagerung in einem teilweise sehr schlechten Zustand, der jegliche Nutzung verbietet. Kostenaufwendige konservatorische und restauratorische Aufgaben stehen auf der Tagesordnung und können nicht umgangen werden, will man nicht gerade diesen historisch wertvollen Teil des Stadtarchivs dem Verfall preisgeben.

2. Der Umbau des Hospitals zum Kreis- und Stadtarchiv

Nach jahrzehntelangem Nischendasein zur bloßen Verwaltungsinstitution abkommandiert, trat das Archiv 1989 mit einem neuen Anspruch an die Öffentlichkeit und rückte sich bei vielen erstmals ins Bewußtsein, die bis dato kaum von seiner Existenz etwas auch nur ahnten. Bürgernahe Arbeit und Präsenz rückte nunmehr in den Mittelpunkt, also die weitestgehende Öffnung des Archivs. Neben die sogenannten "klassischen" Aufgaben, also wesentlich der Verwahrung des alten und der laufenden Übernahme des archivwürdigen Verwaltungsschriftgutes, der Sammlungstätigkeit sowie der regionalhistorischen Forschungs- und Publikationstätigkeit, traten "neue" Aufgaben:

- Ausstellungen und Dokumentationen
- Vorträge
- enge Zusammenarbeit mit den Schulen und Bildungseinrichtungen, Vereinen und Initiativen,
- Unterstützung jeglicher geschichtsorientierter Aktivitäten mittels rechtskundiger Anleitung und Hilfe durch die Mitarbeiter des Archivs sowie durch die Erstellung benutzerfreundlicher Findhilfsmittel, u.a. auf dem Personalcomputer

Kurzum es ging und geht um die Etablierung "Historischer Bildungsarbeit" (Jacobi) als einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit in unserem Archiv. Hier stehen wir noch am Anfang auf dem



Lesesaal

Weg zu unserem Ziel: das Archiv als kulturpolitisches, regionalhistorisches Zentrum zu etablieren, das zugleich seinen verwaltungstechnischen Anforderungen als Amt vollauf gerecht wird. "Wenn die Papiere in der Administration nicht weiterleben, wenn sie administrativ 'tot' sind, kommen sie in die Archive. Die Archive sind sozusagen der 'Himmel' der Papiere".

So Hans Worsoe, der dänische Archivdirektor anlässlich der Einweihung des Neubaus für das Landesarchiv Schleswig-Holstein. Nun will das nicht heißen, daß es unsere Aufgabe sei, das Archiv als Himmel auf Erden einzurichten, aber doch sollte man sich selbst und der Benutzer annähernd so fühlen können. Für die Wirksamkeit des Archivs ist der Standort von herausragender Bedeutung. Verwaltungstechnisch gesehen, wäre die Unterbringung im Hauptverwaltungsgebäude des Archivträgers oder in unmittelbarer Nachbarschaft ideal, damit einerseits das Archiv den Kontakt zu den einzelnen Dienststellen herstellen und halten, andererseits die Verwaltung sofort auf benötigte Akten zurückgreifen kann. Der scheinbare Nachteil einer dezentralen Lage zur Verwaltung kann durch die Einrichtung eines Büros im Verwaltungsgebäude und gegebenenfalls einen Botendienst ausgeglichen werden. Dies wird hier in Haldensleben so realisiert. Dem kommt in unserem Falle hinzu, daß die Verwaltung der städtischen als auch Landkreisbehörde ehemals dezentralisiert ist. Dementsprechend wurde für das Archiv ein Standort gesucht und gefunden, der den Verwaltungsaufwand bei der Bereitstellung der Akten für beide Behörden gleichmäßig verteilt. Vornehmlich bei der Wahl des Gebäudes für das Haldenslebener Archiv wirkten hochbauintensive Argumente und weniger verwaltungstechnische. Zum einen werden Gebäude aufgrund eines zurückgehenden Bedarfs frei (z.B. Schulen), zum anderen müssen aus Denkmalschutzgründen immer häufiger Gebäude von Kommunen übernommen und erhalten werden, für die eine neue Nutzung zu suchen ist. Gerade solche Gebäude sind zur Unterbringung von Archiven geeignet, wenn sie mit ihrer Standortgunst und Deckentragfähigkeit zwei wichtigen Kriterien von Archibauten entsprechen. Dem hinzu kommt, daß ältere, denkmalgeschützte Gebäude mit ihrer Ausstrahlungskraft eine besondere Identifikationsmöglichkeit für Archive bieten.

Diesem Anspruch wird auch das Haldensleber Kreis- und Stadtarchiv, in unmittelbarer Nähe des Zentrums, auf der Bülstringer Straße, gerecht. Bei diesem zweigeschossigen Putzbau mit klassizistischer Gliederung in Nachbarschaft der Stadtmauer handelt es sich um das 1850 erbaute Hospital St. Spiritus. Vormals als Spital seinem ursprünglichen Zwecke dienend, wurde es in der Weimarer Zeit zu schulischen Zwecken genutzt, was sich bis 1990 auch nicht mehr änderte. Zuletzt als Schulgebäude der Pestalozzi-Hilfsschule. Im Frühjahr 1973 auf Beschluß des damaligen Kreistages unter Denkmalschutz gestellt, fand die letzte bauliche Maßnahme (eine Schwammsanierung) 1974 statt. Seitdem wurde das Gebäude auch durch seine Nutzung in Mitleidenschaft gezogen.

Als 1991 beschlossen wurde, dieses Gebäude zur Nutzung als

Kreis- und Stadtarchiv umzubauen, standen vor allem auch denkmalpflegerische Aspekte im Vordergrund. Da wesentliche Teile der originalen Bausubstanz erhalten geblieben sind, sollte der anhand historischer Fotos (um 1900) überlieferte Zustand wiederhergestellt werden. Folgende Punkte waren und sind dabei von denkmalpflegerischer Seite zu beachten:

1. Neueindeckung des Daches mit Schiefer oder Schieferersatz;
2. Rekonstruktion der Eck- und Giebeltürmchen;
3. Erhaltung und Aufbesserung des Außenputzes;
4. Erhaltung der original Eingangstüren;
5. Anfertigung und Einbau von Fenstern in Anlehnung an die Originalfenster - keine Plastik- oder Metallfenster;
6. Erhaltung der originalen Fensterläden im Inneren;
7. Farbgebung der Fassade im Zeitgeschmack des 19. Jhs., (d. h. einheitlicher Grauton des Gebäudes und dunkelbrauner Anstrich der Fenster und Türen);
8. Im Inneren möglichst vollständige Erhaltung der Schornsteine, insbesondere der spitzbogig zusammenlaufenden Züge im Dachgeschoß. Im Interesse des Erscheinungsbildes des Gebäudes wurde auf die Wiederherstellung der Schornsteinköpfe Wert gelegt;
9. Gestaltung der Freiflächen im Einklang zum ehemaligen Spitalgebäude. Besonders ist die das Grundstück östlich begrenzen Stadtmauer von Bebauung und Bepflanzung freizuhalten;
10. Bergung der historischen Baumaterialien, wie z. B. Sandsteinplatten im Flurbereich und Wiederverwendung in der Freiflächengestaltung, falls keine Möglichkeit in der ursprünglichen Funktion besteht;
11. Gestaltung des Windfangs als transparente, leichte Glaskonstruktion vor dem Haupteingang. Dabei wird das Dach halbkreisförmig in Anlehnung an den Haupteingang gestaltet werden.

Bau- und Anlagenkurzbeschreibung

A) Allgemeines

Überbaute Fläche:	388,27 qm
Bruttogrundrißfläche:	1076,11 qm
Nettogrundrißfläche:	858,02 qm
Nutzfläche:	726,45 qm
unbebaute Raum:	3670,43 qm

Das Gebäude, ein Altbau in monolithischer Bauweise errichtet, nicht unterkellert, hat Erd-, Ober- und ein mit Ständerwänden ausgebautes Dachgeschoß.

Die Gebäudemasse sind folgende: 29,85 m lang, 11,26 m breit, 12,29/8,39 m hoch (First und Traufhöhe). Ein Windfang und 2 Technikräume wurden nachträglich angebaut.

Im Erdgeschoß sind die Magazinräume des Kreis- und Stadtarchivs untergebracht. Im Obergeschoß befinden sich Büroräume, Bibliothek und Sanitäräume. Das Dachgeschoß mit überwiegend schrägen Außenwänden hat einen Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsraum und mehrere größere Abstellräume, u.a. für Bestände des Kreismuseums.

Ein Lastenaufzug verbindet das Erd- und Obergeschoß. Das Antriebsaggregat ist im Dachgeschoß untergebracht. Die Gebäudehauptverteilung mit Hausanschluß und Tarifzählung ist im Anbau des Erdgeschosses vorgesehen. Von hier werden drei Geschoßunterverteilungen, über unterputzverlegte Steigeleitungen, eingespeist.

Das Dach sowie die Holzbalkendecke über dem Obergeschoß blieben erhalten.

Die Gründung erfolgte auf den vorhandenen Streifenfundamenten. Die Decke über dem Erdgeschoß wurde im 1. Bauabschnitt als massive Decke ausgebildet. Die statische Berechnung in der 2. Version sah vor, die Ausklinkung an der Deckenoberseite im Toilettenbereich (auf Grund einer erheblichen Schwächung der Decke) zu verringern.

Sämtliche tragenden Bauteile, wie Wände, Stützen, Unterzüge so-wie Decken werden in feuerbeständiger Bauart entsprechend der Feuerwiderstandsklasse F 90 hergestellt. Türen zwischen den Treppenträumen und Fluren sind als Brandschutztüren T 30 vorgesehen.

Baubeschreibung - Statik

Wie wohl bei allen zu planenden Umbauten alter, zumal noch denkmalgeschützter Gebäude, stellte sich auch hier das Problem der Statik als vordringlichstes dar. Vorgesehen war für den ehemaligen Spitalbau eine maximale Deckenbelastung von 180 - 230 kp/qm. Aufgrund des Einbaus einer Arbitec-Regalanlage zur optimalen Raumaussnutzung insbesondere in den Magazinräumen des Erdgeschoßbereiches und der in den einschlägigen Forderungen ausgewiesenen 500 kp/qm, wurde sich für eine Untergundausschweitung entschieden und eine bewehrte Fundamentenplatte zur Ableitung der Kräfte eingesetzt. Ebenso wurde im 1. Bauabschnitt die Erdgeschoßdecke abgebrochen und neu eingezogen. Zusätzliche Stützen brauchten nicht eingesetzt zu werden, da durch die Raumaufteilung im Erdgeschoß ausreichend tragende Elemente vorhanden waren.

Die Obergeschoßdecke brauchte aufgrund der nutzungstechnischen Vorhaben des Dachgeschosses als Aufstellungs- bzw. Lagerungsräume nicht ausgewechselt und neu eingezogen werden.

Baubeschreibung - Ausbau

Im Erdgeschoß wurden sämtliche Räume, außer dem Laborraum mit Keramik-Bodenfliesen auf Zementestrich ausgestattet. Im Laborraum, Maschinenraum und den Toiletten sowie den Vorräumen, werden Steinzeug-Bodenfliesen gelegt. Der Wand- und Deckenanstrich ist in weiß gehalten. Die vorhandenen Fensterläden und Außentüren wurden saniert und im dunklen Originalton belassen.

Im Obergeschoß erfolgte die Anbringung einer Trittschalldämmschicht aus Styropor (20 mm) sowie Schwimmetrich. Der Untergrund besteht aus textilem Teppichbodenbelag. Die Wände wurden mit weißen Glasvlies- und Rohfasertapeten verkleidet.

Im Dachgeschoß erfolgte der Trockenausbau mittels Gipskarton-Ständerwänden, Unterhangdecken und Trockenestrichplatten. Eingebracht wurde ein dunkler PVC-Belag, wogegen der Wand-



Veranstaltungsraum



Foyer und Treppenhaus

und Deckenanstrich weiß gehalten ist. In dem Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsraum beließ man eine freie Sicht auf das Dachgebälk und die spitzbogig zusammenlaufenden Schornsteinzüge. Eine optimale lichttechnische Ausstrahlung soll bei entsprechender Nutzung einen effektvollen Anblick gewährleisten.

Die Treppe ist als freitragende dreiläufige Treppe konstruiert, bestehend aus einer Stahlunterkonstruktion mit 4 Zwischenpodesten für 2 Geschosse und Stufen aus Betonwerkstein.

Der Fassadenanstrich erfolgte in Anlehnung der Hinweise des Denkmalschutzes im Sockelbereich in einem grau-dunklen Farbton, auf der Bossen-Struktur-Putz-Ebene in einem grau-mittleren Farbton, auf dem Grobputz in einem grau-hellen Farbton. Die Fensterumrandung, das Gesims, die Mauervorsprünge, Kanten im Bereich der Giebeldreiecke und Gauben ist in einem grau-mittleren Ton gehalten.

Baubeschreibung - Geschosse/Raumverteilung

Entsprechend den anerkannten Grundsätzen des modernen Archivbaus und der rationellen Betriebsführung, wurde der Ausbau der Geschosse geplant. Der Grundsatz der Dreiteilung der Funktionsbereiche, also Verwaltung und Technik, Publikum und Magazine, hatte dabei oberste Priorität.

Der Erdgeschoßbereich wurde umgebaut im Sinne von Magazinräumen rechtsseitig für das Stadt- und linksseitig für das Kreisarchiv, so daß gleichzeitig eine provenienzielle Trennung auch räumlich durchgesetzt wurde. Die 621 qm Fläche im Erdgeschoßbereich wurden mit 33 Fahrregalen und jeweils 6 Festregalen in unterschiedlicher Größe ausgestattet (je Raum 1600 lfm). Geplant wurde diese Kompaktregalanlage durch die Fa. Arbitec so, daß sie 200 lfm Folioformate aufnehmen kann, der Rest DIN A4-Formate. Die Regalanlage besteht aus Stahlrahmenprofilen mit Fachböden, beidseitig kunststoffbeschichteten Vorsatzwänden und durchlaufenden Beschriftungsleisten an der Bedienungsseite. Konzipiert wurden die Magazinräume auf einen Zuwachs von 100%.

Da aus kosten- und platztechnischen Gründen auf den Einbau einer Klimaanlage verzichtet werden mußte, sind für die Einhaltung der archivischen Klimaanforderungen (ca. 17-19 Grad und ca. 45%-55% Luftfeuchtigkeit) stationäre Kühl-, Be- und Entfeuchtungsanlagen eingeleant worden.

Der projektierte und geschachtelte Personenaufzug (für Behinderte vom Flurbereich aus betretbar, für Archivgut vom Magazinbereich aus bestückt) verläuft bis zum Obergeschoß. Des weiteren wurde im Erdgeschoß ein Laborraum (16 qm) eingerichtet, in dem Buchbinde-, Restaurations- und Fotoarbeiten durchgeführt werden sollen. Unter Anleitung einer Fachkraft ist hier besonders an den Einsatz von Rehabilitanten des Landeskrankenhauses Haldensleben und einer engen Zusammenarbeit mit der dortigen Geschützten Werkstatt gedacht worden und wird ab September d.J. begonnen.

Das Obergeschoß wurde umgebaut zu Zwecken der Nutzung als Benutzer-, Mitarbeiter-, Aufenthalts- sowie Ausstellungsraum, mit moderner EDV-Vernetzung. Ebenfalls eingerichtet wurden hier separat ein Bibliotheks- und ein multifunktionaler Raum für Seminar- und andere kulturelle Zwecke eingerichtet. Vorgesehen sind Arbeitsplätze für 5 bis 7 Mitarbeiter im Archiv und 1 bzw. 2 Plätze für ABM-Stellen. Die Mitarbeiteräume für je zwei Mitarbeiter, sind ca. 40 qm groß. Ablageflächen von 4-5 lfm stehen in Regalen und Einbauschränken zur Verfügung.

Der Benutzersaal bietet mit 50 qm Fläche ausreichend Platz für 12 Benutzer und die Unterbringung der Freihandpräsenzbibliothek, einschließlich der Katalogstellfläche. Eingestellt ist hier auch ein Mikrofilmlesegerät. Dem Benutzersaal schließt sich an, getrennt durch eine Glaswand, ein Mitarbeiterraum, aus dem heraus die Bearbeitung und Bereitstellung der Archivalien erfolgt. Hier ist auch der Anschluß des Lastenaufzuges und zugleich erfolgt hier die Anmeldung.

Der multifunktionale Raum im Obergeschoß bietet mit 38 qm für seminaristische sowie andere kulturelle Veranstaltungen genügend Platz. Genutzt werden soll dieser auch als Ausstellungsraum für Bestände des Archivs und des Kreismuseums.

Das Dachgeschoß wurde umgebaut zu Zwecken der Nutzung als Lagerungsbereich für Bestände des Kreismuseums und linksseitig als ständiger Ausstellungsraum, in dem auch kleinere kulturelle Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Sanierung

Die Sanierung wurde so durchgeführt, daß die Funktions- und Standsicherheit sowie die erforderliche Gebrauchsfähigkeit des Gebäudes als Archiv hergestellt wurde. Dabei stand als oberstes Prinzip die Erhaltung der alten Bausubstanz, vor allem auch der ursprünglichen Proportionen und räumlichen Zusammenhänge. Keine Veränderungen, sondern nur sanierende Maßnahmen sind an den originalen, z.T. stark in Mitleidenschaft gezogenen Türen, Fenstern und Fensterläden durchgeführt worden. Die Holzschutztechnischen Gutachten zum Dachgeschoß und zu jeglichen anderen Holzbauteilen, legten die Notwendigkeit offen, einen bekämpfenden chemischen Holzschutz durch Streichen (der Dachkonstruktion) gegen Pilze, Fäulnisschutz und Insekten sowie teilweises Aufbringen eines Brandschutzsystems für Holz durchzuführen.

Die Abdichtung gegen Wasser erfolgte durch senkrechte Mauerwerksisolierung im Innenwandbereich, Erdgeschoß und Sockelbereich. Außerdem erfolgt eine Horizontalabdichtung durch Kapillarwassersperre im Bohrlochverfahren an den bis zu 710 mm starken Außenwänden. Elastische Kunststoffabdichtungen sind im Fußboden- und Wandbereich des Erdgeschosses eingebracht.

Beleuchtungsanlage

Im gesamten Archivgebäude wurden Neonleuchten mit einem geringen UV-Anteil angebracht. Die Neonbeleuchtungsstärken sind entsprechend der Nutzung der Räume nach DIN 5035 ermittelt. Sie betragen für die Büro- und Benutzungsräume und für die Magazinbereiche 50-100 lux, ebenso die Sanitärbereiche. Für den multifunktionalen und Ausstellungsraum im Ober- bzw. Dachgeschoß, sind Stromschienen eingebracht, an denen Spots anzuschließen sind.

Sicherheitsanlagen

Als Schwerpunkt der Absicherung des Gebäudes galt die Installation einer Einbruchmeldeanlage. Dabei sind der Bereich Kreisarchiv und der Bereich Stadtarchiv als eigenständige Sicherungsbereiche zu sehen, die unabhängig voneinander scharf und unscharf geschaltet werden können. Zu begründen ist dies damit, daß sich die Magazinbereiche im Erdgeschoß befinden und nicht ständig durch Mitarbeiter besetzt sind. Als Sicherungskonzept wurde unsererseits von einer schwerpunktmäßigen Überwachung durch Bewegungsmelder Abstand genommen. Hinsichtlich der Außenhautsicherung wurde die Verglasung der Fenster im Erdgeschoß in Verbundsicherheitsglas ausgeführt. Zusätzlich ist eine sogenannte Alarmspinne integriert, welche an jede Einbruchmeldezentrale angeschlossen werden kann. Ein Vorteil der Verbundsicherheitsverglasung mit integrierter Alarmspinne gegenüber einer Fallensicherung ist die frühzeitige Erkennung eines Einbruchsversuchs, hohe Falschalarmsicherheit, keinerlei Verschleiß sowie langfristig geringe Wartungskontrollen. Ferner ist durch die einbruchshemmende Wirkung des Glases ein zusätzlicher Zeitwiderverbrauchswert nach Alarmauslösung gegeben. Unter dem Aspekt der Brandvorsorge in bezug auf Brandstiftung bietet dieses Glas ebenfalls einen ausgezeichneten Schutz. Alle Fenster und Türen werden nach den Polizei- und VdS-Richtlinien auf Öffnen und Verschuß überwacht. Im Bereich des Treppenaufganges vom Erdgeschoß bis zum Obergeschoß sind Bewegungsmelder installiert.

Im gesamten Gebäude wurde eine Brandmeldeanlage unter Verwendung von Ionisationsmeldern installiert. Eine Ausföhrung nach den bestehenden VdS-Richtlinien ist obligatorisch - löschtechnisch ist auf die Verwendung von CO² orientiert und der geplante Einbau einer Sprinkleranlage wieder verworfen.

Nach dem Umbau des ehemaligen Spitalgebäudes steht seit diesem Jahr dem Haldenslebener Kreis- und Stadtarchiv dann ein historischer Bau mit moderner Archivausstattung zur Verfügung. Dies ist wohl neben der Qualifikation der Mitarbeiter eine der grundlegendsten Voraussetzungen zur Gewährleistung einer kontinuierlichen und qualitätsgerechten Archiv- und Öffentlichkeitsarbeit. Erstmals sind jetzt auch hier die notwendigen Bedingungen einer richtigen Lagerung der wertvollen Archivbestände erfüllt. Natürlich können diese Fortschritte in unserem regionalen Bereich keinesfalls über die unbedingt notwendigen konservatorischen und restaurativen Maßnahmen hinwegtäuschen, die parallel zum Archivbau und nachfolgend durchgeführt werden.

*

Berichte

Arbeitskreis Leipziger Wirtschaftsarchivare

Am 1. Oktober 1992 trafen sich die Mitglieder des Leipziger Arbeitskreises der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V. zu einer ihrer regelmäßig stattfindenden Arbeitsberatungen. Nach der Einführung durch die Leiterin des Arbeitskreises, Frau Töpel, stellten die Herren Krebs und Wild von der Gesellschaft für Dokumenten Management MBH das auf optischer Speichertechnik beruhende HYPARCHIV vor. Dieses Archivsystem besteht aus Scanner, Rechner, Monitor, Speicher und Drucker. Eine Verknüpfung mit einem Fax-Gerät ist möglich.

Mit dem Scanner werden die Archivadokumente wie zum Beispiel Handschriften, Urkunden, Aktenschriftstücke, Zeichnungen und Druckschriften gelesen und auf einer Bildplatte gespeichert. Diese hat eine Speicherkapazität von etwa 20.000 Dokumenten Din A 4. Das entspricht je nach Papierqualität 2,2 bis 3,3 lfm Archivgut. Mit Hilfe eines Schlagwortkataloges erfolgt die Erschließung und die Nutzung der gespeicherten Dokumente. Bei Bedarf können diese dann mit Hilfe des Druckers ausgedruckt werden. Um bei der Speicherung und beim Ausdrucken ein für archivische Zwecke befriedigendes Ergebnis zu erzielen, muß der Scanner ein Auflösungsvermögen von mindestens 300 bis 400 Pixel/Zoll haben!

Die Vorteile dieses Systems zeigen sich erst, wenn der größte Teil eines Archives so gespeichert ist. Die Recherchezeit verkürzt sich erheblich und es ist auch eine größere Vollständigkeit der in Frage kommenden Dokumente gewährleistet. Besonders für geschädigtes Archivgut und für die qualitativ minderwertigen Beschreibstoffe der heutigen Zeit ist der Wegfall einer mechanischen Beanspruchung bei der Benutzung von Vorteil. Durch das Anwenden eines Sicherheitscodes braucht der Benutzer auch nicht mehr beaufsichtigt zu werden. Ihm ist nur das zugänglich, was er auch sonst jederzeit erhalten würde.

Bei der Betrachtung der Kosten wird man jedoch schnell feststellen, daß diese Technik für Wirtschaftsarchive bei mittleren oder gar kleineren Unternehmen zu teuer ist. Für die Erstanschaffung müssen etwa 50.000 DM eingeplant werden. Dazu kommen Installationskosten, Entwicklungskosten für den anwenderspezifischen Schlagwortkatalog und Kosten für die Benutzer-schulung. Des weiteren muß auch beachtet werden, daß die Erfassung der Archivadokumente recht aufwendig ist und für Sonderformate, ab über DIN A 3, Scanner gemietet werden müssen. Das Archivgut selbst bleibt ja auch weiterhin erhalten. Denn alle Fragen, welche mit der Authentizität von Dokumenten zusammenhängen, sind mit solchen Techniken nicht lösbar. Bei diesem optischen Speichermedium wird von einer Lebensdauer von 40 Jahren ausgegangen. Spätestens dann wird sich auf jeden Fall ein Umkopieren auf eine neue Rechner- und Speicher-Generation notwendig machen. Erfolgreich angewendet wird dieses Hyparchiv im städtischen Archiv von St. Wedel. In diesem Archiv ist auch die erforderliche Effizienz der Benutzung gegeben. Hier werden auch alle möglichen schriftlichen Aufgaben mit dem Hyparchiv erledigt. Wer nun näheres über dieses System wissen möchte, kann sich zur kostenlosen Beratung an die Gesellschaft für Dokumenten Management MBH in 10249 Berlin, Pintschstraße 14 wenden.

Für die Teilnehmer des Arbeitskreises war diese Arbeitsberatung, auch wenn die Kosten einer Einführung im eigenen Firmenarchiv noch entgegenstehen, ein gelungener Nachmittag. Zum einen konnte jeder die neue Technik mit eigenen Augen praktisch vorgeführt sehen und sich auch auf kommende Aufgaben einstellen.

Moderne Informationsverarbeitungssysteme durchdringen in immer breiterem Maße alle Bereiche eines Unternehmens. Hier werden bei der Sicherung, Erschließung und Auswertung von historischen Quellen eines Unternehmens erhöhte Anforderungen auf den Wirtschaftsarchivar zukommen.

Die Zeitschrift Archivmitteilungen kann und soll für den erforderlichen Erfahrungsaustausch eine Plattform sein.

Jürgen Jache (Leipzig)

*

Werkstattgespräch zur Krise der deutschen Kriegswirtschaft 1943-1945

Die neugegründete Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung stellte sich erstmals der Öffentlichkeit in einer Veranstaltung am 16. Juni 1992 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenbergstraße vor. Der Einladung gefolgt waren ca. 25 Historiker und Archivare aus verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Einleitend erläuterte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Werner RÖHR (Berlin) Zweck und Aufgaben der Gesellschaft. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit soll, den Satzungen entsprechend, die Förderung von Forschungen über den deutschen und den internationalen Faschismus, von Weltkriegs- und Okkupationsforschungen, der Erforschung des Widerstands gegen Faschismus und Krieg und der Sozialgeschichtsforschung über das 20. Jahrhundert stehen. Besonderen Wert legt die Gesellschaft auf die Herausarbeitung des Bezugs der Forschungsthemen zu Berlin-Brandenburg, um die spezifische Rolle Berlins als Sitz der Herrschafts- und Terrorzentrale sichtbar werden zu lassen. Um die Zwecke der Gesellschaft zu erreichen, sind vorgesehen: die Anregung und Beförderung von Forschungsprojekten, die Veranstaltung wissenschaftlicher Tagungen, die Einrichtung und Tätigkeit

von wissenschaftlichen Arbeitskreisen, die Kooperation mit ähnlich profilierten Einrichtungen des Auslands und die Unterstützung der Herausgabe von Publikationen.

Gegenstand der ersten Veranstaltung, die den Charakter eines Werkstattgesprächs trug, war die Krise der deutschen Kriegswirtschaft in den Jahren 1943-1945. Prof. Dr. Dietrich EICHHOLTZ (Berlin) stellte unter dieser Thematik theoretische und methodische Probleme des 3. Bandes seiner Arbeit zur Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft zur Diskussion. Eichholtz machte sichtbar, daß ihn, wie bei den schon vorliegenden beiden Bänden, die Erschließung neuer Quellen zu neuen wissenschaftlichen Ergebnissen geführte habe. So konnte er Einsicht nehmen in das Archivgut einer Reihe bedeutender Wirtschaftsarchive wie der von Thyssen, Haniel (GHH) und partiell von Krupp. Andere Archive wie die von Mannesmann und Siemens blieben ihm verschlossen. Eine wichtige Quellengrundlage stellten die Bestände militärischer Provenienz im Militärarchiv der DDR dar. Neue Quellen waren auch in Archiven Belgiens und Norwegens zugänglich.

In einem zweiten Schwerpunkt seiner Diskussionsgrundlage gab Eichholtz einen knappen Überblick über die seit dem Erscheinen des zweiten Bandes seiner Arbeit publizierten Untersuchungsergebnisse anderer Forscher, so Rolf-Dieter Müller, Ulrich Herbert u.a. zur Kriegswirtschaft, Miroslav Kármay zur SS-Wirtschaft und den KZ, Olaf Groehler zum Bombenkrieg; er hob ferner die neue Serie von Dokumentenbänden zur Okkupationsgeschichte hervor. Aus den Fachdiskussionen zum Forschungsgegenstand in den letzten Jahren hob Eichholtz besonders drei Problemkreise hervor: Blitzkriegsstrategie - Totaler Krieg und die internen Auseinandersetzungen in der faschistischen Führung um diese Strategien, die besonders vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg untersucht wurden; das Verhältnis Deutschlands zu Südosteuropa, insbesondere den Charakter der diesbezüglichen Außenhandelsbeziehungen, und die kontrovers von Ulrich Herbert, Götz Aly, Dietrich Eichholtz, Kurt Pätzold und Karl Heinz Roth geführte Diskussion um Vernichtung durch Arbeit oder Vernichtung und Arbeit, wobei Ulrich Herbert - überpointiert - den Rassismus als Fixpunkt des faschistischen Systems markiert.

Im Hauptteil seiner Ausführungen ging Eichholtz auf nach seiner Meinung wichtige inhaltliche Forschungsprobleme zur deutschen Kriegswirtschaft in ihrer letzten Phase bis zum Zusammenbruch des faschistischen Staates ein. In diesem Zusammenhang setzte er sich, seine Position als marxistischer Historiker betonend, mit dem erforderlichen theoretischen und methodischen Instrumentarium des Forschers auseinander. Er forderte, daß gerade der marxistische Historiker heute Theorie und Methoden seiner Forschungen erneut gewissenhaft prüfen sollte. Einzentraler Ansatz weiterer Untersuchungen muß nach Ansicht des Referenten das Neudurchdenken der Theorien zum Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus sein. Eichholtz knüpfte hier an seine anregende Arbeit zur Imperialismus- und Faschismustheorie an, die er anläßlich des 50. Jahrestags des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die UdSSR vorlegte. (1) Er forderte die kritische Aufarbeitung der verschiedenen vorliegenden Faschismustheorien und die Neubewertung der Faschismusdefinition des VII. Weltkongresses der Komintern.

Neu zu durchdenken sei der Bezug Rassismus - Genozid, differenzierter zu betrachten seien die verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie, insbesondere ihr nichtfaschistischer Teil. Zu untersuchen sei weiterhin der Charakter der NS-Wirtschaft, deren Grundlagen in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, das Zusammenwirken von Wirtschaft, Partei und Staat, das zunehmende Auseinanderklaffen des Einsatzes der Militär- und Terrormaschinerie und den Interessen an der Rettung der wirtschaftlichen Substanz für den zukünftigen Frieden.

Ein diffiziles Forschungsproblem wird sicher erneut der "staatsmonopolistische Kapitalismus" sein, der als Begriff unmaßig aufgebläht und dogmatisiert, sachlich zurückgeführt werden muß auf den inneren, engen, im Krieg spezifischen Zusammenhang von Wirtschaft und Staat, sein. Zuwenden muß sich die Forschung ebenfalls erneut den sich im Verlaufe der Naziherrschaft verändernden Gruppenbildungen der Monopole und der Bestimmung wissenschaftlicher Kriterien der Zuordnung zu derartigen Gruppierungen.

Ansatzpunkte seien die Differenzierungen in den Durchhalte- und Überlebensstrategien, den unterschiedlichen Ansichten über die Beendigung des Krieges, die Nachkriegsplanung, das Verhalten zu den Arbeitern und Angestellten angesichts der drohenden Zerstörung der Betriebe, Tendenzen zur Lösung vom faschistischen System.

Die Diskussion, deren Leitung in den Händen von Prof. Dr. Berthold PUCHERT (Potsdam) lag, konzentrierte sich vor allem auf die Fragen der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Theorien in der wissenschaftlichen Arbeit und der Rolle des Rassismus im Faschismus. Rüdiger HACHTMANN (Berlin) forderte den Referenten zu einer eindeutigeren Beschreibung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie auf, das insbesondere auch für den Bezug von Rassismus und Ökonomie wesentlich sei, auf. Gleichzeitig wandte er sich gegen die von Eichholtz vertretene These, daß die Leninsche Imperialismustheorie die Fortsetzung der Marxschen Kapitalismus-Analyse sei. Hans-Erich VOLKMAN (Freiburg) begrüßte den mit dem Werkstattgespräch eingeleiteten neuen Beginn der Diskussion zur Kriegswirtschaft und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus aus marxistischer Sicht. Einen Denkanstoß sieht er im Rassismus als Gegenpol zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Rassismus sei nicht im Sinne des Großteils der Wirtschaft gewesen. Neue Forschungsansätze in dieser Richtung in den USA und der BRD seien zu

beachten. Rolf-Dieter MÜLLER (Freiburg) entgegnet Eichholtz Theorieauffassung, daß Theorien als Orientierungen für die Ausbildung der Studenten hinderlich seien. Theorien wären in der empirischen Forschung wenig nützlich. Eichholtz ginge es in seinem Theoriekonzept um die Politisierung der Wissenschaft und die Zuweisung von Verantwortung an bestimmte Wirtschaftskreise. Norbert MÜLLER (Potsdam) vermittelte Forschungsansätze zur Problematik Rassismus - Monopole. In der faschistischen Okkupationspolitik sei das Zusammenwirken staatlicher, privatwirtschaftlicher und militärischer Komponenten erkennbar gewesen. Kriterium für die Realisierung des rassepolitischen Konzepts war das ausreichende Vorhandensein von Arbeitskräften. Hans-Heinrich WILHELM (Berlin) verwies auf die Notwendigkeit der Untersuchung von Theorien der zeitgenössischen Nationalökonomie zum Faschismus. Martin SECKENDORF (Berlin) vertrat die Ansicht, daß in den okkupierten Ländern wie dem Baltikum und Serbien die Wehrmacht die Rassepolitik durchgesetzt habe und dadurch die Bereitstellung von Arbeitskräften zeitweilig in Frage gestellt gewesen sei. Er forderte Eichholtz zu einer genaueren Einschätzung des Einwirkens der Befreiungsbewegungen in den einzelnen Ländern auf den Verlauf der Rohstoff-Krise auf. Anregungen gab er zur differenzierteren Betrachtung einzelner Gruppierungen der Bourgeoisie im Verlaufe der faschistischen Herrschaft am Beispiel des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags zwischen 1931 und 1941. Werner RÖHR (Berlin) unterstrich zwar die Notwendigkeit der Beschäftigung mit den von Eichholtz dargelegten Forschungsproblemen; er stellte aber den von Volkmann hergestellten negativen Bezug zwischen staatsmonopolistischem Kapitalismus und Rassismus in Frage.

In seinen Schlußbemerkungen ging Eichholtz nochmals auf die Aktualität der Verwendung des Begriffs des staatsmonopolistischen Kapitalismus, im Rahmen präzisiert beschriebener Felder wie dem Vierjahresplan, der Speerschen Rüstungsorganisation und des SS-Wirtschafts-Komplexes und der Unerlässlichkeit von Theorien zur Orientierung in der wissenschaftlichen Forschung ein.

Insgesamt zeichnete sich die Veranstaltung durch ein hohes wissenschaftliches Niveau und eine kritische, für alle anregende Atmosphäre, aus. Es bleibt der Gesellschaft zu wünschen, daß der ersten Veranstaltung weitere folgen mögen, die Reihe recht viele Interessenten aus unterschiedlichen Einrichtungen findet und man wichtige Beiträge eventuell in gedruckter Form nachlesen kann.

Gerlinde Grahn

(1) Dietrich Eichholtz: Die Imperialismustheorie und der Krieg gegen die Sowjetunion. Eine Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941. In: BzG 33(1991) H. 6, S. 804-810.

*

DDR-Akten und Quellenkritik

Die Historische Kommission zu Berlin, Forschungszentrum für Geschichte, Sektion Geschichte der Arbeiterbewegung, führte am 18. September 1992 in Verbindung mit dem Unabhängigen Historikerverband eine Tagung zur obengenannten Thematik durch. Der Einladung gefolgt waren ca. 60 Historiker und Archivare vor allem aus Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden der Historischen Kommission zu Berlin Prof. Dr. Wolfram FISCHER formulierte Prof. Dr. Peter LÖSCHE Anlaß und Anliegen der Veranstaltung. Anliegen der wissenschaftlichen Forschung sollte es jetzt sein, die Geschichte quellenkritisch aufzuarbeiten und dabei die Aktenüberlieferung aus allen gesellschaftlichen Bereichen in Betracht zu ziehen. Durch die politische Institutionalisierung und Vermarktung durch die Medien würden die Stasi-Akten als alleinige Wahrheit dargestellt. Deshalb sei es Zweck der Veranstaltung, von den Stasi-Akten weg zu einer wissenschaftlichen Quellenkritik zu gelangen, die bislang ein echtes Defizit darstellt. Dem positiv entgegenkomme, daß jetzt viele Quellenkategorien und auch Dissertationen zugänglich geworden seien, flankiert durch die Reorganisation des Archivwesens in den neuen Bundesländern.

Die Veranstaltung gliederte sich in mehrere Komplexe, die sich auf die wesentliche Kategorien der Quellenüberlieferung bezogen.

Im ersten Komplex standen die Akten der SED im Mittelpunkt. Als Koreferenten äußerten sich der Historiker Stefan WOLLE und die Leiterin des Benutzerbereiches im Zentralen Parteiarchiv Berlin, Elke WARNING zur Quellenlage, zum Quellenwert der zentralen Leitungsorgane der SED und zu den Benutzungsbedingungen des Archivs. Stefan WOLLE stellte den aus der Literatur bekannten Partiaufbau der SED dar und versuchte, in wesentlichen Partien ergänzt von den Archivarinnen des ZPA, Simone WALTHER und Elke WARNING, eine Bestandsinformation und kritische Quellenanalyse zu geben.

Auf der Ebene der Bezirke zeigt sich ein ähnliches Bild wie in der Zentrale. Kein Überblick besteht gegenwärtig über die Benutzbarkeit der Bezirksparteiarchive. Das Archiv der Bezirksparteileitung Berlin wird im Zentralen Parteiarchiv aufbewahrt und ist in wesentlichen Teilen benutzbar. Ein Teil der Bezirksparteiarchive wurde an die Staatsarchive der Länder übergeben, z.B. das der Bezirksleitung Potsdam an das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam. Andere Archive befinden sich offensichtlich noch in Einrichtungen der PDS. Von nicht unerheblichem Interesse, weil in gesellschaftlichen Schwerpunkten bestehend, sind die nichtterritorialen Kreisleitungen, die u.a. beim Ministerium für Staatssicherheit, beim Ministerium des Innern, der

Wismut und bei den Universitäten bestanden. Hingewiesen wurde auf die Überlieferung der Betriebsparteioorganisationen als der Basis des Partiaufbaus und der unmittelbaren Widerspiegelung der sozialen und politischen Probleme der Werktätigen. Den Nachlässen als persönlichem Quellenhintergrund größerer gesellschaftlicher Erscheinungen wurde von verschiedenen Teilnehmern Aufmerksamkeit geschenkt. Deutlich wurde die Verquickung von staatlichem Material, Schriftgut der SED und persönlichen Dokumenten. Aus der Sicht des engen Zusammenhangs von Partei und Staat im Sozialismus finden sich staatliche Dokumente in den Nachlässen im ZPA, wobei die Überlieferung dienstlicher Unterlagen in Nachlässen aus der Sicht der Archive eigentlich keine Besonderheit ist. Im Zusammenhang mit den von Persönlichkeiten hinterlassenen Quellen schilderte Daniel KÜCHENMEISTER seine Erfahrungen in der Befragung von Zeitzeugen, die oft in Gestalt persönlicher Dokumente die offiziellen Dokumente wesentlich anreichernde Quellen bereitstellen bzw. Informationen zum Verständnis und zur Wertung der Dokumente liefern können. Widerspruch rief die Behauptung Stefan WOLLES hervor, in der Aktenführung im Apparat der SED habe Anarchie und Chaos geherrscht und keiner habe gewußt, wo welche Akten abzulegen seien. Heinz BOBERACH (Koblenz) wies auf den seinerzeit gültigen Einheitsaktenplan der SED hin und regte an, diesen zu veröffentlichen. Simone WALTHER widerlegte die Behauptung am Beispiel der exakten Registraturführung und der detaillierten persönlichen Aufzeichnungen zu Grundsatzfragen der Politik der Partei im Büro des letzten Generalsekretärs Egon Krenz. Zugleich sprach sie sich gegen Boberachs Vorschlag aus, da der Einheitsaktenplan nur für die zentrale Ebene gegolten habe. Abschließend zum Komplex des Umgangs mit den Parteiakten äußerte sich der polnische Historiker Kazimierz WAJDA (Thorn) zu den Akten der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. In Polen wurden die Akten der Partei vom Staat übernommen und befinden sich jetzt in den staatlichen Archiven auf zentraler und auf Bezirksebene. Nach der Machtübernahme durch Solidarnoc seien jedoch Aktenvernichtungen in größerem Umfang vorgekommen.

Ein zweiter Komplex war den staatlichen Akten zur Geschichte der DDR gewidmet. Ulrich GEYER sprach über eine Reihe von quellenkundlichen Problemen, die sich aus der Organisation des Archivwesens in der DDR ergeben. Am Beispiel des Archivs des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten verdeutlichte er den engen Zusammenhang zwischen staatlichen Akten und den Dokumenten der Partei, wobei seine These, daß Fachbereiche des Ministerium "unmittelbare Teile des Parteiapparats" gewesen seien, kaum haltbar und auch quellenkritisch nicht belegbar ist. Zu den im wesentlichen benutzbaren Akten der Bereiche Inneres und Justiz, v.a. im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam äußerten sich Matthias WAGNER (Potsdam) und die Historikerin Welfriede OTTO.

Auf staatliche Akten zur Geschichte Deutschlands nach 1945 in Archiven des Auslands wurde von verschiedenen Rednern Bezug genommen. Jochen LAUFER gab einen allgemeine Überblick über zentrale sowjetische Archive, ihre Quellenlage und Benutzungsmöglichkeiten. Er informierte anhand seiner Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1945-1949 in Moskauer Archiven über folgende Archive: Zentrales Staatsarchiv der Oktoberrevolution, Zentrales Staatsarchiv der Volkswirtschaft, Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Archiv des KGB, Archiv des Ministeriums für Verteidigung, Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente zur neuesten Geschichte (RZChIDNI). Dem Zentrum zugeordnet sind das Zentrale Parteiarchiv der KPdSU bis 1953 und das Interne KPdSU-Archiv nach 1953 (in der Literatur auch als "Präsidenten-Archiv" bezeichnet). Letzteres ist noch nicht zugänglich. Hingewiesen wurde auf die Archive der Gewerkschaften und des Komsomol, zu denen jedoch keine Informationen zur Quellenlage vermittelt wurden. In den sowjetischen Archiven, außer im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten werden Findhilfsmittel, wenn auch in recht unterschiedlicher Qualität vorgelegt. Die Trennung in geheime und nicht geheime Akten erschwere die Benutzung, wobei entsprechend einem Erlaß des Präsidenten Jelzin von 1990 die Geheimhaltungsstufen aufgehoben werden sollen. Angeregt durch den Beitrag von Jochen Laufer ergab sich ein interessanter Meinungsaustausch zur Zusammenarbeit zwischen deutschem und russischem Archivwesen und zum Zugang zu den Akten der anderen Besatzungsmächte. Michael MÜLLER und Hermann SCHREYER (beide Potsdam) und Heinz BOBERACH sprachen zu den sich entwickelnden guten Beziehungen zwischen dem Bundesarchiv und den Archivorganen in Moskau. Als erstes positives Ergebnis sei die Offenlegung der deutschen Beuteakten aus der Zeit vor 1945 zu werten. Für die Zeit nach 1945 ergibt sich eine andere Rechtslage, da es sich bei den Akten der sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland um eindeutig sowjetisches Eigentum handelt. Angestrebt werde aber auf jeden Fall eine bessere Information über relevante Bestände, Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten, Verfilmungen und Veröffentlichungen ähnlich dem Verfahren bei der Publikation der OMGUS-Akten. Das Anliegen der Publikation sowjetischer Besatzungsakten wurde von verschiedenen Forschern unterstützt. Die Benutzungsmöglichkeiten in den Archiven aller Besatzungsmächte wurden als sehr differenziert dargestellt. Am weitesten würde den Forschern in den amerikanischen Archiven entgegengekommen, die englischen Archive hätten sich besonders auf die Publikation der relevanten Quellen orientiert und würden dadurch die allgemeine Zugänglichkeit erleichtern. Die Akten der französischen Militärregierung im Militärarchiv in Colmar seien ebenfalls in begrenztem Umfang benutzbar. Einen interessanten Hinweis auf kaum bekannte

Akten vermittelte der schon genannte polnische Historiker Kazimierz WAJDA über Berichte, die der Leiter der Polnischen Militärmission in Deutschland zwischen 1945 und 1948 nach Warschau sandte und die heute im Archiv des polnischen Außenministeriums aufbewahrt werden.

Mit den Akten der Massenorganisationen beschäftigte sich ein dritter Schwerpunkt der Beratung. Karlheinz KUBA informierte über die Archive der Gewerkschaften. Das Archiv beim Bundesvorstand des FDGB ging in die Sassenbach-Stiftung ein. Es bewahrt die Überlieferung des Bundesvorstands des FDGB und der Industriegewerkschaften auf. Der Historiker Heinrich VOLKMANN, der sich mit Störfällen in der Wirtschaft der DDR beschäftigte, verwies auf Berichtswege von den Gewerkschaften zur SED und zum MfS. Die Archive der Bezirksvorstände der Gewerkschaften liegen nach Auskunft von Karlheinz KUBA noch in den Gewerkschaftshäusern in den Ländern.

Zum Archiv des Zentralrats der FDJ äußerte sich in einem detailliertem Beitrag Michael BUDDRUS (Siegen): Das Archiv des Zentralrats der FDJ wurde 1965 als Verwaltungsarchiv gebildet und in den 80er Jahren in ein historisches Archiv umgewandelt. Der bearbeitete Bestand umfaßt ca. 40 000 Akteneinheiten und ist nach den verschiedenen Leitungsebenen geordnet. Von den ca. 100 Sekretariaten und Abteilungen des Zentralrats sind 20 bearbeitet. Umfassend und gut überliefert sind die Bereiche gesamtdeutsche Arbeit von 1947-1989, internationale Verbindungen, Agitation und Propaganda, Druck und Verlage und der Verband der Jungen Pioniere. Überliefert, aber ungeordnet sind die Landesverbände bis 1952, die zentralen Schulen der FDJ, der Bereich der gesamtdeutschen Arbeit und die FDJ in der BRD, die Akten des Zentralrats aus den Jahren 1989-1990, die FDJ-Gebietsleitung Wismut, der Runde Tisch der Jugend und das Institut für Jugendforschung in Leipzig. Im Archiv nicht überliefert ist die Abteilung bewaffnete Organe. Quellenkritisch merkte Michael BUDDRUS an, daß es sich bei den Materialien des Archivs als solche der zentralen Ebene mit einem relativ hohen Verallgemeinerungsgrad handelt, die einer sehr differenzierten Betrachtung bedürfen und Einzelfragen eigentlich nur bei besonderen Vorkommnissen in Erscheinung treten. Verwiesen wurde auf korrespondierende Akten zu Jugendfragen in staatlichen Beständen.

Im Zusammenhang mit den Archiven der Massenorganisationen äußerte sich Michael MÜLLER zur unselbständigen Stiftung (Archiv der Parteien und Massenorganisationen) im Bundesarchiv. Er ging davon aus, daß nach dem 3. Oktober 1990 keine Enteignung der Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR erfolgte. Nach vorheriger umfassender Beratung in verschiedenen Gremien, u.a. im Innenausschuß des Bundestags, erfolgten eine Änderung des Bundesarchivgesetzes und ein Stiftungserlaß des Bundesinnenministeriums für eine unselbständige Stiftung. Auf Grundlage dieser rechtlichen Festlegungen wurden und werden Einbringerverträge mit der PDS, der Johannes-Sassenbach-Stiftung, dem Kulturbund, der Nachfolgeorganisation der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und anderen Organisationen zum Übergang in die Stiftung geschlossen. In welcher Form die schon in anderen Stiftungen befindlichen Archive der CDU, LDPD und NDPD in die unselbständige Stiftung eingehen, ist offensichtlich noch unklar. Deutlich wurde auch das bislang nicht geklärte Problem des Personals der Stiftung.

Quellen aus den Archiven des Ministeriums für Staatssicherheit waren Gegenstand des dritten Diskussionspunkts. Einleitend zu diesem Komplex gab Wanja ABRAMOWSKI einen Erfahrungsbericht seiner Tätigkeit als Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit. Nach einem knappen historischen Überblick über die Geschichte des Ministeriums vermittelte Matthias WAGNER eine instruktive Analyse der im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit entstandenen Quellenkategorien. Er ging davon aus, daß der Bereich der Staatssicherheit im Zusammenhang mit der Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrechen und dem Schutz des Volkseigentums entstanden ist. 1950 wurde das Ministerium selbst mit Nachrichtendiensten für das In- und Ausland gebildet. Im Gefolge gingen besondere Bereiche der Verbrechensbekämpfung, die in anderen Ländern bei der Kriminalpolizei oder ähnlichen Behörden liegen, an das Ministerium über wie Anti-Terrorseinheiten oder die militärische Abwehr. Nach dem 13. August 1961, insbesondere aber nach der Konferenz von Helsinki 1973 zeigte sich eine widersprüchliche Entwicklung durch die zunehmende Überwachung der Bevölkerung im Innern, verbunden mit Einschränkungen der Menschenrechte und andererseits der Ausweitung der internationalen Kontakte. Mit der sich in den 80er Jahren entwickelnden Krisensituation in der DDR wurde das Ministerium zum "Lückenbüßer" für alle gesellschaftlichen Probleme, so daß die Akten in gewisser Weise schon die allgemeine Entwicklung in der DDR widerzuspiegeln vermögen. Überliefert sind viele wichtige Bereiche des Ministeriums so der Teilbestand Minister mit einem eigenen Archiv Mielke, die Bestände der Bereiche der stellvertretenden Minister mit ihren Stabsorganen, der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, der Dokumentenstelle mit der Sammlung von Befehlen und Weisungen und der Juristischen Hochschule mit zahlreichen interessanten Dissertationen. Den Umfang der Quellen verdeutlichte Wagner u.a. mit zwei Zahlen. Das aus den laufenden Registraturen des Ministeriums sicher gestellte Schriftgut umfaßt ca. 18 000 lfm und die Akten aus dem Zeitraum 1933-1945 zur Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrechen ca. 6 000 lfm. Große Überlieferungslücken bestehen für die 50er bis 70er Jahre, während für die 80er Jahre eine gute Überlieferung vorliegt. WAGNER erinnerte aber auch an die Vernichtung von Akten bzw. Informationsspeichern im Zusam-

menhang mit dem "3-Stufenplan" des Runden Tisches, dessen erste Stufe mit der Vernichtung des elektronischen Speichers des Ministeriums realisiert wurde. Anlaß einer, z.T. konträr geführten Diskussion, war die Personal- und Sachaktenproblematik. Heinz BOBERACH wies darauf hin, daß das kein Spezifikum des Ministeriums für Staatssicherheit, sondern ebenso bei anderen Geheimdiensten anzutreffen sei. Nach WAGNERS quellenkritischer Wertung seien die Personalakten, für den Historiker relativ wenig ergiebig, wenn auch für den einzelnen Bürger sicher von Bedeutung. Eigentliche Sachakten wurden kaum angelegt; solches geschah z.B. zu einzelnen Schwerpunktbetrieben und im Zusammenhang mit der Traditionspflege im Ministerium. Zur Arbeit mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit merkte Hermann SCHREYER an, daß man an diese mit den gleichen konventionellen akten- und quellenkundlichen Bearbeitungsmethoden und mit genauen Kenntnissen des Entstehungszwecks herangehen müsse wie an alle anderen Akten, was derzeit oft nicht getan würde.

Rainer KARLSCH und Renate SCHWÄRZEL äußerten sich in einem vierten Komplex zu Situation und Quellenwert der Akten in den Betriebsarchiven. Einleitend konnte Rainer KARLSCH feststellen, daß eine gute Überlieferung in den Archiven der Betriebe vorliegt und diese oft besser ist als in vergleichbaren Privatunternehmen in den alten Bundesländern. Im einzelnen untersuchte er die Dokumentationen der Generaldirektionen bzw. Werkleitungen, der kaufmännischen Direktionen, der Betriebsparteiorganisationen, Planungsunterlagen. Ein relativ geringer Quellenwert wurde den Akten der Betriebsgewerkschaftsorganisationen zugebilligt. Renate SCHWÄRZEL ging von den unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen für die Wirtschaftsarchive in der DDR und die Firmenarchive in der BRD aus. Bis zum Oktober 1990 bestand in der DDR für alle Betriebe die Verpflichtung zum Unterhalt von Betriebsarchiven, existierten archiwissenschaftliche Festlegungen über die aufzubewahrenden Dokumente und weitgehende Benutzungsmöglichkeiten für die Forscher. Das Archivgut der in die Kategorie 1 eingestuft Betriebe war an die zuständigen Staatsarchive zu übergeben. Nach dem Oktober 1990 erfolgte die Orientierung auf das Handelsgesetzbuch, das den Firmen den Unterhalt von Archiven freistellt. Mit der Liquidierung einer großen Zahl von Betrieben wurde auch die Sicherheit des Archivguts in Frage gestellt, wobei sich derzeit die Staatsarchive in den neuen Bundesländern sehr um dessen Sicherung bemühen. Renate SCHWÄRZEL und verschiedene Diskussionsredner legten Vorschläge zur Bewahrung dieser wichtigen Überlieferung vor. Hermann SCHREYER informierte über staatliche Maßnahmen zur Sicherung der Wirtschaftsbestände durch die Schaffung von Depots durch die Treuhandanstalt in Zusammenarbeit mit den Staatsarchiven.

Sozusagen als quellenkundliches Modell referierte Armin MITTER über die Widerspiegelung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 in den Akten verschiedener Provenienz. Am Beispiel der Situationsschilderung im Raum Thüringen verdeutlichte er den hohen Informationsgehalt und die Aussagekraft der Lage- und Informationsberichte in der zuständigen Abteilung des Zentralkomitees der SED. Die Dokumente in der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit hingegen seien wenig aussagefähig. Eine Informationsgruppe, die spätere Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, sei im damaligen Staatssekretariat erst als Konsequenz nach dem 17. Juni gebildet worden. Die Diskussion zu diesem Komplex bezog sich vor allem auf den Charakter der Ereignisse und die Rolle einzelner Persönlichkeiten.

Am Ende der insgesamt informativen und anregenden Veranstaltung konnte festgestellt werden, daß Quellen zur Geschichte Deutschlands nach 1945 in großem Umfang und aus allen gesellschaftlichen Bereichen bis hin zur Wirtschaft bereitstehen. Ihr Erschließungszustand und ihre Aussagekraft ist dabei sehr differenziert zu betrachten. Ganz wichtig ist gegenwärtig die Sicherung des Archivgutes, wobei eine besondere Gefährdung für die Wirtschaftsbestände besteht, wie die Darlegungen von Prof. FISCHER, Renate SCHWÄRZEL und Rainer KARLSCH deutlich machten. Nachdenkenswert in diesem Zusammenhang sind zwei Überlegungen Heinz BOBERACHS. Zum einen hob er als Resümee der Beratung hervor, daß man von der engen Sicht auf die Quellen in den Archiven der neuen Bundesländer und der Betrachtung der Geschichte der DDR abkommen sollte. Die Geschichte sei nicht nur DDR-, sondern deutsche Geschichte. Das erfordere, daß in gleicher Weise die Quellen der Archive in den alten Bundesländern zu nutzen seien wie z.B. die Bestände des Untersuchungsausschusses unabhängiger Juristen, des Ostbüros der SPD und, wie Rainer KARLSCH anmerkte, des Bundeswirtschaftsministeriums. Diese Forschungen sollten in Zusammenarbeit von Archivaren, Historikern, Politologen und anderen Wissenschaftlern geleistet werden. Zum anderen regte er an, von den Tatsachenbeschreibungen wie sie im Zusammenhang mit der Auswertung von Akten der SED und des MfS gegeben werden, zur Erforschung der Entscheidungsprozesse, die sich real vollzogen haben, überzugehen.

Die Aufforderung des jungen Historikers Daniel KÜCHENMEISTER an die Fachkollegen zu einem sachlichen und seriösen Umgang mit den Quellen in sichtbarer Abgrenzung zu dem häufig unseriösen Umgang der Medien mit dem Aktenmaterial wird sicher von den Anwesenden nicht unbeachtet geblieben sein.

Gerlinde Grah (Potsdam)

* *
*

Rezensionen

Leesch, Wolfgang: Die deutschen Archivare 1500 - 1945.

Bd. 1: Verzeichnis nach ihren Wirkungsstätten. München, New York, London, Paris 1985 - 267 S.

Bd. 2: Biographisches Lexikon. München, New York, London, Paris 1992 - 737 S.

Als Ergebnis langjähriger Arbeit legt Wolfgang Leesch das erste umfassende biographische Lexikon deutscher bzw. deutschsprachiger Archivare vor. Das erklärte Ziel des Verf. ist es, alle (und nicht nur die bedeutenden) Archivare bzw. archivarisch tätigen Personen des deutschen Sprachraumes zu erfassen, die von 1500 bis 1945 tätig waren, sofern sie vor 1981 verstorben sind. Hierin eingeschlossen sind auch die Archivregistratorinnen des 16. bis 18. Jhs. und die häufig nur kurzfristig im Archiv tätigen Verwaltungsbeamten und Hochschullehrer.

Das bereits 1985 erschienene Verzeichnis der deutschen Archivare nach ihren Wirkungsstätten erhält nun die Funktion eines Spezialregisters zum biographischen Lexikon, behält aber zugleich seinen eigenen Wert, weil darin auch alle Archivare aufgeführt sind, die aus verschiedenen Gründen (s.u.) nicht in das biographische Lexikon aufgenommen werden konnten. Die Archivarslisten sind territorial und sachlich gegliedert: I. Reichsdeutsche Archivare (1) Staatsarchive, (2) Stadtarchive; II. Elsaß-Lothringische Archivare; III. Baltendeutsche Archivare, (1) Landesarchive, (2) Stadtarchive; IV. Deutsch-österreichische Archivare; V. Deutsch-böhmisch-mährische und sudetendeutsche Archivare, darunter als eigenständiger Komplex Sudetendeutsche Stadtarchive; VI. Deutsch-schweizerische Archivare, (1) Staatsarchive, (2) Stadtarchive. Wirtschafts- Privat- und kirchliche Archivare sind nicht als eigener Gliederungspunkt ausgewiesen, finden sich aber immer zusammengefaßt am Ende des jeweiligen Hauptkomplexes. Innerhalb dieser Gliederung sind die Archive nach den Städten geordnet, in denen sie ihren Sitz haben. Aufgenommen wurden die Archivleiter - abweichend vom Buchtitel - bis 1987, die übrigen Archivare nur bis 1945. Volontäre und Aspiranten sind in der Regel nicht aufgenommen worden. Nicht erfaßt wurden alle Archive, die erst nach 1945 errichtet wurden. Innerhalb eines Archivs ist zwischen Leitern und sonstigen Archivaren unterschieden, die in sich wiederum chronologisch nach den ausgeworfenen Daten ihrer Wirksamkeit im Archiv geordnet sind. Die Suche nach einer bestimmten Person wird durch den beigegebenen Personenindex (S. 205 - 267) ermöglicht. Im Anhang zu Bd. 2 finden sich Ergänzungen und Berichtigungen zu den Archivarslisten (A: Neue Listen, B: Neufassung von Listen, C: Einzelne Ergänzungen), die natürlich im Personenindex nicht berücksichtigt sind und deshalb immer zusätzlich herangezogen werden müssen.

In das biographische Lexikon wurden, wie bereits erwähnt, nicht alle Personen aufgenommen, die in den Archivarslisten des ersten Bandes enthalten sind. Dies betrifft nach den Angaben des Verf.

1. alle, von denen nicht wenigstens einige wesentliche biographische Daten ermittelt werden konnten,
2. die nur nominellen Archivleiter,
3. Volontäre, die dann nicht in die Archivaufbahn übergegangen sind,
4. die nebenamtlichen Stadtarchive, meist Gymnasiallehrer oder städtische Verwaltungsbeamte,
5. schweizerische Staatsarchive im Nebenamt, wenn ihr Archivamt rechtlich mit einem bestimmten Staatsamt gekoppelt war.

Die Festlegung solcher Auswahl- bzw. Ausschlusskriterien ist das Recht und auch eine notwendige Pflicht des Verfassers eines jeden biographischen Sammelwerkes. Vielleicht wäre aber hier und da ein Wort zur Begründung einer solchen Entscheidung nützlich gewesen, damit sie dem Leser nachvollziehbar wird. Dies ist im vorliegenden Fall schwierig beim Ausschluß der schweizerischen Staatsarchive im Nebenamt, ebenso aber bei der zusätzlichen Aufnahme der Archivleiter über das Grenzjahr 1945 hinaus. Auch der generelle Ausschluß der nebenamtlichen Stadtarchive ist problematisch, da einige dieser z.T. sehr engagierten Lehrer, Beamten oder Pfarrer - um nur die wichtigsten hier vertretenen Berufe zu nennen - mehr für "ihre" Archive getan haben, als manch anderer hauptamtlich bestallter Archivar.

Die Biographien sind nach einem einheitlichen Schema übersichtlich aufgebaut: Name, Vorname(n), Tätigkeit(en), Lebensdaten, Angaben über Eltern bzw. bekannte Vorfahren, Biographie, Literatur über die Person, Werkverzeichnis (a: archivwissenschaftliche Themen, b: historische u. sonstige Veröffentlichungen). Die Biographien beinhalten v.a. den Bildungsgang und die berufliche sowie wissenschaftliche Entwicklung. In das Werkverzeichnis wurden die archivwissenschaftlichen Veröffentlichungen möglichst vollständig, die anderen in Auswahl aufgenommen.

Der Umfang der einzelnen Einträge ist naturgemäß sehr unterschiedlich und reicht von wenigen Zeilen bis zu mehreren Spalten. Insgesamt enthält das Lexikon über 2500 Biographien.

Die Materialbasis dieser Veröffentlichung wird aus zwei Quellen gespeist. Der Verf. hat sich der Mühe unterzogen, umfangreiche, im Literaturverzeichnis aufgeführte biographische Nachschlagewerke, Fachzeitschriften und Spezialveröffentlichungen auszuwerten. Zugleich hat er Auskünfte bei nahezu allen deutschen Archiven und bei ausländischen Archiven eingeholt und konnte auch Forschungsergebnisse und Aufzeichnungen zahlreicher Archivare auswerten.

Mit der zweibändigen Veröffentlichung "Die deutschen Archivare 1500 - 1945" liegt ein bedeutendes Kompendium vor, das ein unentbehrliches Nachschlagewerk für archivgeschichtliche Zwecke sein wird und von dem zweifelsohne selbst Anstöße für weiterführende archivgeschichtliche Forschungen ausgehen werden. Außerdem wird ein wichtiger Beitrag zur Ausbildung des archivarischen Berufsethos geleistet, wie er für viele andere Berufsgruppen mit entsprechenden Nachschlagewerken seit langem vorhanden war. Es bleibt zu wünschen, daß die aus weiterführender archivgeschichtlicher Forschung erwachsenden Erkenntnisse in spätere Neuauflagen einfließen können und daß auch der Zeitraum nach 1945 bearbeitet und veröffentlicht werden kann.

Dieter Hebig (Potsdam)

*

Aly, Götz; Heim, Susanne: Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau ("Sonderarchiv"). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftgutes aus der NS-Zeit. Düsseldorf 1992. - 58 S.

Nachdem die ersten Informationen in den Massenmedien über deutsche Archivbestände in einzelnen Staaten der früheren UdSSR auftauchten, gab es vielfältige Spekulationen über Art und Umfang dieser archivalischen Überlieferung. Erste zuverlässige Angaben konnten interessierte Forscher den Veröffentlichungen in den "Vierteljahresschriften für Zeitgeschichte" (1) und in der Zeitschrift "Der Archivar" (2) entnehmen. Nunmehr haben sich die durch vielfältige Publikationen zur Geschichte der NS-Zeit ausgewiesenen Historiker Götz Aly und Susanne Heim einem Teilaspekt dieser Problematik genähert. Die Ergebnisse eines mehrmonatigen Studienaufenthalts in Moskau faßten beide Autoren in einer von der Heinrich-Böll-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung geförderten Publikation zusammen.

Auf 58 Seiten bieten sie detaillierte Informationen zu Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten der Benutzung (S. 7-10), zur Geschichte der deutschen Beuteakten des Sonderarchivs (S. 11-12). Den beiden Kapiteln schließt sich ein "Verzeichnis der Bestände des Sonderarchivs" (S. 13-55) sowie eine "Übersicht über Bestände zum Thema Metallverband im Archiv der Oktoberrevolution in Moskau" (S. 56). Die Auflistung der Bestände weist folgende Untergliederung auf: 1. Bestände deutscher Provenienz, a. Zentrale Reichsbehörden und -institutionen, Verbände und Personen von übergeordneter Bedeutung (S. 16-27), b. Regionale Behörden und Institutionen, Verbände und Personen von regionaler Bedeutung (S. 27-3); 2. Aktenbestände österreichischer Herkunft (S. 31-34), 3. Dokumente, die die Deutschen in besetzten Ländern erbeuteten (S. 34-35); 4. Dokumente von Verlagen, Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten im (zumeist) französischen Exil (S. 35-38); 5. Dokumente und Sammlungen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten (S. 38-43); 6. Dokumente von Freimaurerlogen und -vereinigungen einschließlich der an andere Archive abgegebenen Bestände (S. 43-47); 7. Bestände sozialistischer und gewerkschaftlicher Organisationen in Deutschland (S. 47-48); 8. Bestände, die an andere Archive abgegeben wurden - außer Akten von Freimaurerlogen - (S. 48-55); 9. Verschiedenes (S. 54-55); Bestände zum Thema Metallarbeiterverband im Archiv der Oktoberrevolution (S. 56).

Für jeden aufgeführten Bestand werden nach einem einheitlichen Schema folgende Angaben

1. Bestandssignatur, 2. Bestandsbezeichnung, 3. Anzahl der Findbücher, 4. Anzahl der Akteneinheiten, 5. Kurze inhaltliche Beschreibung der Akten. Einer Vielzahl von Beständen sind Angaben beigegeben über Zeitpunkt von Aktenabgaben vornehmlich an die DDR bzw. an andere Archive der UdSSR bzw. außerhalb der UdSSR. Ohne Zweifel kann die vorliegende Übersicht als eine sachlich einwandfreie und derzeit informativste Übersicht angesehen werden. Detaillierte Informationen können - wie die Autoren darlegen (3) - über das Bundesarchiv Koblenz eingeholt werden, das über eine vollständige Kopie des Bestandsverzeichnisses in russischer Sprache verfügt.

Einige wenige ergänzende Bemerkungen seien an dieser Stelle gestattet: Auch den Archivaren des Deutschen Zentralarchivs Potsdam (später: Zentrales Staatsarchiv Potsdam, jetzt: Bundesarchiv Potsdam) sind nie die Kriterien der Aufteilung und Zuordnung von Beständen im Rahmen der Aktenübergaben aus der UdSSR (4) erläutert worden. Feststellungen bei der Auflösung des "NS-Archivs" beim ehemaligen MfS lassen den Schluß zu, daß vor allem Personendossiers bzw. einzelne sicherheitspolitisch relevante Sachakten aus verschiedenen Reichsbehörden dieser Einrichtung zugeordnet worden waren. Das Zentrale Parteiarchiv beim IML des ZK der SED erhielt bei den Aktenübergaben aus der UdSSR vor allem die zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung relevanten Akten.

Eine weitere Feststellung sei getroffen zu dem in der vorliegenden Publikation gemachten Hinweis der Rückgabe verschiedenster Bestände an die damalige DDR in den Jahren 1957 ff. Zu einem großen Teil gelangten die Akten verschiedenster zentraler Provenienzen ins Deutsche Zentralarchiv (jetzt: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam) während die Überlieferung regionaler Behörden und Institutionen in die zuständigen Landeshauptarchive gelangte. Dennoch waren auch hier keine konsequenten Zuordnungen die Praxis. Bei einem Teil der an die DDR übergebenen Archivalien müssen nach Kenntnis des Rezensenten auch wesentliche Teile an Bibliotheken und wissenschaftliche Einrichtungen gegangen sein, da im Zusammenhang mit den Aktenübergaben auch zugleich umfangreiche Übergaben von Bibliotheks- und Sammlungsgut erfolgten. Somit waren neben den drei genannten Säulen

(Archivwesen im Bereich der Staatlichen Archivverwaltung, SED-Parteiarchivwesen, Spezialarchive des ehemaligen MfS) auch Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen der DDR der "Empfänger" von Aktenübergaben aus der UdSSR. Entsprechend der damaligen Bearbeitungspraxis in diesem Bereich erfolgte nachträglich ein wechselseitiger Austausch entsprechend den jeweiligen festgelegten Zuständigkeiten. Dennoch kann infolge mannigfaltigster Gründe (z. B. noch ausstehende Bearbeitung, fehlender Gesamtüberblick über Möglichkeiten richtiger Zuordnungen usw.) manche dieser Überlieferungen noch in "zuständigkeitsfremder" Verwaltung sein. Exakte wissenschaftliche Zuordnungen und ordnungsgemäße Zuständige Verwaltung werden sich erst jetzt schrittweise im Zusammenhang mit der in Aussicht gestellten Übernahme/Übergabe (5) ermöglichen lassen. Dazu beigetragen zu haben ist das Verdienst der Verfasser.

Kurt Metschies (Potsdam)

(1) Wegner, Bernd: Deutsche Archivbestände im Moskauer Zentralen Staatsarchiv. - In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 40(1992)2, S. 311-320.

(2) Jena, Kai von und Lenz, Wilhelm: Die deutschen Bestände im Sonderarchiv in Moskau. In: Der Archivar 45(1992)3, S. 459-468.

(3) Vgl. Aly Götz; Heim, Susanne: a.a.O. bes. S. 13.

(4) Vgl. die umfassenden Berichte von Helmut Lötze, Über die Aktenrückgaben der UdSSR an die DDR in den Zeitschriften "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" und "Archivmitteilungen" nachgewiesen in: Deutsches Zentralarchiv 1946-1971. Veröffentlichung von einem Autorenkollektiv des Deutschen Zentralarchivs unter Leitung von Dr. H. Lötze. Redaktion: E. Brachmann-Teubner und K. Metschies. -Potsdam 1971 bes. S. 34.

(5) Vgl. hierzu die Berichte über die Tagung der Expertenkommission zwischen der GUS und der Bundesrepublik 1993 u.a. in Dresden.

*

SCRINIUM. Zeitschrift des Verbandes österreichischer Archivare. Heft 44/45. Wien 1991. -S. 192-244.

Der überwiegende Inhalt vorliegenden Heftes ist dem Problem der wissenschaftlichen und auch administrativen Bewältigung des sogenannten "Massenproblems in Archiven" gewidmet. Vorrangig sind die hierzu veröffentlichten Beiträge im wesentlichen eine Zustandsbeschreibung in den verschiedenen Verwaltungsebenen des Archivwesens der Republik Österreich, ohne daß wesentlich neue Lösungsvorschläge unterbreitet werden. Im Einzelnen äußern sich folgende Autoren zu diesem Problem: Gerhard Pferschy: Massenprobleme in Archiven (S. 191-199). - Peter Cseudes: Das Massenproblem in den öffentlichen Archiven (S. 200-205). - Lorenz Mikoletzky: Das Österreichische Staatsarchiv und das Problem der Massenaktenbewältigung (S. 206-210). - Josef Franz Desput: Skartierung von Gerichtsakten (S. 231-213). - Wilhelm Wadl: Praxisbezogene Überlegungen zur Skartierung von Gerichtsschriftgut (S. 214-220). - Hubert Steiner: Das Skartieren von Ministerialakten (S. 235-237).

Einem anderen Thema widmet sich Anneliese Schweiger mit ihrem Beitrag "Dokumentation im Archiv der Stadt Linz (S. 229-234). Außerdem ist die aktuelle Information von Janos Lakos (Republik Ungarn) über "Das ungarische Archivwesen an der Schwelle von Veränderungen" (S. 221-228) hervorzuheben.

Kurt Metschies (Potsdam)

*

Josef Kollmann: Dejiny Ustredniho Archivu Ceskeho Statu. Praha 1992. - 710 S. 10 Abb.

Übers. d. St.: Geschichte des zentralen Archives des tschechischen Staates Auf über 700 Seiten gibt der Autor einen interessanten Einblick in die Geschichte und Entwicklung des zentralen staatlichen Archivs in Böhmen vom Beginn staatlicher Überlieferung im Mittelalter bis zur Gründung des tschechoslowakischen Staates im Jahre 1918.

Im ersten Kapitel beschreibt Kollmann die Anfänge staatlichen Archivwesens, deren Wurzeln in der Entstehung des Familienrechts der regierenden Premysliden lagen. Dieses Archiv, das noch eher als die böhmische Herrscherkanzlei entstand, war ein reines Urkundenarchiv in dem die (empfangenen) Urkunden der böhmischen Herrscher gemeinsam mit dem königlichen Schatz aufbewahrt wurden. Aufbewahrungsort war seit der zweiten Hälfte des 13. Jhs. der Sankt-Veits-Dom in der Prager Burg.

Ein zentrales staatliches Archiv im engeren Sinne entwickelte sich erst unter der Herrschaft der Dynastie der Luxemburger. Als "thesaurus regni et coronae" war es zunächst noch Bestandteil des Königsschatzes, aber bereits während der Regierungszeit Karls IV. hatte sich die Institution des Kronarchivs, mit einem angestellten Staatsarchivar, vollständig herausgebildet. Auch die böhmischen Stände begannen ihre Urkunden in die Obhut des Kronarchivs zu übergeben, das sich damit zum Landesarchiv erweiterte.

Über die Anfangsphase staatlichen Archivwesens stellt der Autor fest, daß - wie in den meisten anderen europäischen Staaten - dieses Urkundenarchiv kein Ausgangspunkt zur Entwicklung des neuzeitlichen Archivs geworden ist. Diese Anfänge lagen vielmehr in der Tätigkeit der böhmischen königlichen Kanzlei, wo nicht nur die Ergebnisse, sondern auch der Verlauf - in Form der Akten - erfaßt wurden.

Tragisch für die Überlieferung des sich entwickelnden zentralen Archivs war vor allem das Jahr 1526, wo in der Schlacht von Mohacs, der letzten König aus

der Jagellonen-Dynastie ums Leben kam, das Archivgut zerstückelt wurde und nach und nach verschwand. Ein Brand auf der Prager Burg zerstörte 1541 den Rest der vorhandenen schriftlichen Überlieferungen.

Die Trennung von Archiv und laufender Registratur erfolgte de jure unter der Herrschaft Kaiser Maximilians II. im Jahre 1567. Durch Kassationen traten so praktisch seit 1541 keinerlei Verluste an Archivgut auf.

Im zweiten Kapitel behandelt der Autor die Entwicklung des zentralen staatlichen Archivs in Böhmen von 1621 bis 1749. Nach dem Sieg der Habsburger in der Schlacht im Weißen Berge (1621) ergaben sich auch bedeutende Veränderungen für das zentrale staatliche Archiv in Böhmen, lag nunmehr doch die Verwaltung des böhmischen Territoriums in Wien. In Prag verblieb das Archiv der "Statthalterei".

Unersetzliche Verluste bei dem in Prag verbliebenen Archivgut sind durch die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges zu beklagen, insbesondere durch die schwedische Besetzung.

Erst mit dem Jahre 1729 wurden unter der Leitung des Registrators Wenzel Ignatz Richter Ordnungsarbeiten nach modernen archivtheoretischen Grundsätzen durchgeführt. Als Abgrenzung zwischen Archiv und Registratur wurde der 1. Januar 1700 gewählt. Da die Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten sich sehr schwierig gestalteten und von den Registratoren zu ihrer eigenen Tätigkeit zusätzlich gemacht werden mußten, zogen sie sich knapp zwei Jahrzehnte lang hin.

Im dritten Kapitel beschreibt Kollmann die Entwicklung des böhmischen Zentralarchivs in den Jahren 1748 bis 1849. Diese Periode ist verbunden mit dem Wirken von Jan Bunker (1754-1754), Jan Josef Klausner (1754-1771), Jan Beck (1774-1789), Frantisek Capek (1791-1821) sowie Kajetan Nadhernys (1822-1827).

Ausführlich schildert er, wie sehr das Wirken der Archivare von den vorgegebenen politischen Leitlinien abhängig war. So etwa die Herabstufung des Archivs unter dem reformfreudigen Josef II., der wenig Achtung vor historischen Quellen, das Archiv von der Prager Burg in die Gruft der Sankt-Nikolaus-Kirche auf der Prager Kleinseite verbannte, mehr als ein symbolischer Ausdruck dafür, welche Stellung der Monarch dem Archiv, er identifizierte das mit dem Vergangenen, in der staatlichen Verwaltungshierarchie zugeordnet hatte.

Die Verwaltungsreform von 1849 bedeutete für das Archiv zunächst das endgültige Aus. Bis 1860 stagnierte die Entwicklung und erst 1882 wurde der Posten eines Archivars der "Prager Statthalterei" geschaffen und zwei Jahre später auch besetzt. In der Bezeichnung "K.k. Statthaltereiarchiv" war es allerdings materiell und personell nur spärlich ausgestattet.

Eine radikale Wende brachte die österreichische Archivreform der Jahre 1894/95.

Insbesondere die Festschreibung des Provenienzprinzips und der Beaufsichtigung von Kassationen durch das - in Böhmen einzige - staatliche Archiv brachten neue und wichtige Kompetenzen. Diese Ära ist mit dem Namen Karl Köpl (1903-1918) verbunden.

Mit der Gründung der tschechoslowakischen Republik im Jahre 1918 endet auch die Geschichte des Statthaltereiarchivs. Der Gedanke einer Zusammenlegung mit dem Landesarchiv wurde verworfen.

Das historische Archiv des böhmischen Staates wurde in "Archiv des Ministeriums des Innern" umbenannt und diesem Ministerium unterstellt.

Mit dem vorliegenden Band gelang es dem Autor einen wichtigen Beitrag zur Archivgeschichte eines sich zu Mitteleuropa gehörenden und fühlenden Landes zu schreiben. Die wechselhafte Geschichte dieses Landes spiegelt sich in der wechselhaften Entwicklung seines zentralen staatlichen Archivs wider.

Nicht nur wegen der Verbundenheit der deutschen und der tschechischen Geschichte wäre eine deutsche Übersetzung des vorliegenden Bandes wünschenswert.

Andreas Graul (Leipzig)

*

Charles M. Dollar: Die Auswirkungen der Informationstechnologien auf archivische Prinzipien und Methoden. Übersetzt und herausgegeben von Angelika Menne-Haritz. - Marburg: Archivsch., 1992. - 160 S. (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg - Institut für Archivwissenschaft; Nr. 19)

Im Vorwort zu dem nunmehr auch der interessierten Öffentlichkeit in deutscher Sprache vorliegenden Thesenpapier heißt es: "Die Informationstechnologien werden die archivische Arbeit in den kommenden Jahren in einem heute noch kaum vorstellbaren Ausmaß verändern können. Es geht nicht mehr allein um EDV-Anwendung in Archiven oder um den Umgang mit umfangreichen Dateien aus der Verwaltung. Der eigentliche Gegenstand jeder archivischen Tätigkeit, nämlich die Sachakten und die in ihnen materialisierten Verwaltungsverfahren stehen vor grundlegenden Änderungen. Verwaltungsarbeit verspricht flexibler, anpaßbarer, aktueller zu werden. Doch gleichzeitig lösen sich die bisherigen Verantwortlichkeiten auf; die Transparenz des Verwaltungshandelns steht auf dem Spiel und eine historische Überlieferung fällt der Flüchtigkeit der Speicherung oder völlig neuen Bewertungsentscheidungen zum Opfer, bevor überhaupt archivische Interessen Kriterien angeben können." (S. 7). Mit diesen Bemerkungen ist die Problemstellung voll umrissen, die seit den Europäischen Archivkonferenzen in Ann Arbor, Michigan im Mai 1989 und in Macerata in Italien im Mai 1991 verstärkt ins internationale Gespräch gelangt ist. (S. 9). Der Autor hat versucht, nicht nur den aktuellen Stand der technischen Entwicklung, sondern auch in einem besonderen Ausmaß die grenzüberschreitenden, in allen Ländern gemeinsam zu erfahrenden Probleme zu reflektieren (S. 8). So war es sein Bemühen, die vorgeschlagenen Lösungsansätze nicht allein und ausschließlich auf besondere nationale archivische Traditionen zurückzuführen, sondern in differenzierter Weise allgemeine archivische Strategien zur Bewältigung der anstehenden Fachfragen zu entwickeln.

In der Einleitung (S. 14-18) werden vom Autor die Prämissen der Analyse und der Schlußfolgerungen der Untersuchung ausführlich dargelegt. Dabei wird der zentrale Stellenwert des Provenienzprinzips für die Verwaltung und die Archivierung von elektronischen Unterlagen bekräftigt, aber auch die wichtigsten Bereiche benannt, in denen die archivischen Methoden vermutlich modifiziert werden müssen, damit sie den Erfordernissen der neuen Informationstechnologie angepaßt werden können. Das Kapitel 1 befaßt sich mit "Entwicklungen der Informationstechnologie" (S. 19-41) und geht auf Aspekte der Informationserfassung, Informationsverarbeitung, Informationsspeicherung und den Informationsaustausch ein. Der im ersten Kapitel gebotene technische Überblick stellt den Kontext für das Kapitel 2: Technologische Imperative (S. 42-58) her. Änderungen in der Form der Unterlagen, die Veränderungen in der Arbeitsweise und die Veränderungen der Technologie sind Gegenstand dieses Kapitels. Kapitel 3: Archivische Prinzipien (S. 59-68) bewertet die Auswirkungen der technologischen Imperative auf Akten und Provenienzprinzip. Kapitel 4: Archivische Methoden (S. 69-94) untersucht die Konzentration von ausgewählten Akten in zentralen archivischen Einrichtungen und die Methoden, die für die Aufgaben der Bewertung, der Ordnung und Verzeichnung, des Nachweises und der Bestandserhaltung notwendig sind. Im Kapitel 5: Empfehlungen (S. 95-117) werden gewissermaßen Aspekte unterbreitet, die mögliche spezifische archivische Aktivitäten aufzeigen um beizutragen, daß bei den sich entwickelnden Technologien archivische Prinzipien und Methoden berücksichtigt werden können. Im Anhang (S. 119-160) werden zur Vertiefung der Diskussion beigefügt: Glossar (S. 119-127), Definition von Geographische Informationssysteme (S. 128-138), Die Erstellung von elektronischen Unterlagen (S. 139-143), Internationale Normen mit Auswirkungen auf elektronische Unterlagen (S. 144-152) und Bibliographie (S. 153-160).

Ein insgesamt beachtenswerter Beitrag zur konkreten Entwicklung der Informationstechnologie und ihren Auswirkungen! Die durch die Edition gegebene Möglichkeit, sich eingehend mit Sachverhalten und thesenartigen Empfehlungen zur archivischen Arbeit im 21. Jahrhundert vertraut zu machen sollte nicht ungenutzt bleiben.

Kurt Metschies (Potsdam)

*

Erhvervshistorisk Arbog 1991. Meddelelser fra erhvervsarkivet 41. Århus 1992, 213 S.

Übers. d. St.: Wirtschaftshistorisches Jahrbuch 1991. Mitteilungen aus dem Wirtschaftsarchiv.

Mit vier Beiträgen setzen Mitarbeiter des dänischen Wirtschaftsarchives auch im 41. Jahrgang dieser Reihe die Vorstellung von Archivbeständen sowie Forschungen zur Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte Dänemarks kontinuierlich fort. Für Historiker, die sich mit diesem Bereich der nordischen Geschichte befassen, ist somit das Kennenlernen auch dieses Bandes ein unbedingtes Muß.

Im Beitrag von IB GEJL wird erläutert, wie das dänische "Zündholzgesetz" von 1874 zur gänzlichen Umstrukturierung der Zündholzfabrikation führte. Der Verfasser gibt einen Überblick über die Entwicklung dieses Industriezweiges und die ihn prägenden Produzenten von kleinen, gesundheitsschädigenden Fabriken, in denen überwiegend Kinder arbeiteten an bis hin zu international konkurrenzfähigen Anlagen nach dem 1. Weltkrieg.

In dieser Periode bildeten sich zunächst zwei kapitalstarke Gesellschaften, die den einheimischen Markt dominierende Gosch & Co. mit ihren "Torden-skjold"-Hölzern sowie die mehr exportorientierte Godthaab. Bis zum Jahre 1902 führte die Konzentration des Kapitals zum Zusammenschluß beider Gesellschaften in "Den vereinigte dänische Zündholzfabriken". Die zu der Zeit lukrativen Verhältnisse in der Branche ließen dem Syndikat aber keine Ruhepause. Neue Anbieter und die schwedische Konkurrenz führten zu Überproduktion und Preisverfall, so daß sich schon 1907 ein Preiskartell bildete.

Um Zollproblemen und den einheimischen hohen Löhnen zu entgehen, begann "Die vereinigte dänische Zündholzfabrik" die Zusammenarbeit mit einer belgischen Firma. Dänisches Know-how sollte sich mit dem Niedriglohnniveau Belgiens verbinden, doch das Experiment schlug völlig fehl. Rückständige Führungsstrategien und schlecht ausgebildete Arbeiter ließen sich wenig beeinflussen. Der 1. Weltkrieg setzte dem dortigen Engagement ein Ende. Dennoch konnten die Dänen belgische Aktien und Obligationen nach dem Krieg günstig verkaufen und ihre einflußreiche Rolle auf dem Markt behaupten.

Einen etwas exotischen und damit für uns recht unbekanntem Abschnitt der dänischen Wirtschaft beleuchtet HENDRIK VEDEL-SMITH mit seiner Untersuchung über das koloniale Engagement Dänemarks in der Karibik 1671-1916. Die dortigen Inseln St. Croix, St. Jan und St. Thomas bildeten lange Zeit für Dänemark die Quelle für Rohzucker, eine Quelle, die während der napoleonischen Kriege für ganz Mitteleuropa bedeutungsvoll wurde.

Veränderungen des Klimas und die Verarmung der Böden auf Grund des Anbaus der Monokultur ließen die Erträge jedoch immer mehr sinken. Von den französischen Kolonien übernommene effektivere Produktionsmethoden wie die Gemeinschaftskochereien, konnten die negative Tendenz nicht ändern. Deshalb beschloß die Zuckergesellschaft 1903 ihre Auflösung und Abwicklung, 1916 wurden die Inseln verkauft. Grundlage dieser Untersuchung bildete der Bestand "Archiv der dänischen Zuckerrfabriken" im Wirtschaftsarchiv.

Eine Dachorganisation, die niemals eine wurde, beschreibt JORGEN FINK in seiner Studie über Einzelhandelsverbände Dänemarks. Viele Versuche zur Bildung einer solchen Dachorganisation scheiterten nach einiger Zeit, weil soziale, geografische und kulturelle Unterschiede oftmals den gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen entgegenstanden. Der Autor untersucht diese Prozesse für die Zeit von 1862 bis in die 20er Jahr. unseres Jhd., in denen die besondere Stellung Kopenhagens als größter Markt des Landes und als Stadt mit der größten sozialen Differenzierung im Groß- und Einzelhandel auch die Struktur der Organisation nachhaltig beeinflusste.

Im vierten Beitrag charakterisiert ERIK KORR JOHANSEN den Forschungsstand über die Frühzeit der Industrialisierung des Landes als von vereinzeltem und mangelreichem statistischem Quellenmaterial geprägt. Insbesondere in den letzten Jahren wurden neue Quellengruppen in Verbindung mit lokalen, industriehistorischen Untersuchungen eingebracht. Der Autor setzt diese Resultate in Zusammenhang mit Forschungen in Einzelbetrieben, um dadurch Einblicke in Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitskräfteentwicklungen der Industrie zwischen 1850 und 1880 zu erreichen.

Im letzten Teil des Jahrbuches wird anlässlich der Pensionierung des langjährigen Leiters des Wirtschaftsarchivs, FINN H. LAURIDSEN (seit 1946 im Archiv, seit 1979 dessen Leiter), das umfangreiche Schrifttum dieses verdienten Archivars bibliographisch erfaßt. Die Mitarbeiter des Wirtschaftsarchives widmeten Oberarchivar Lauridsen die Beiträge des Jahrbuches.

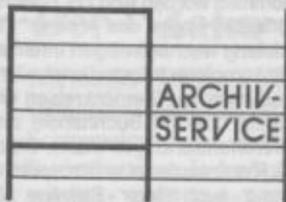
Daran schließt sich ein Überblick über wirtschaftsgeschichtliche Literatur Dänemarks für das Jahr 1990 auf der Grundlage der Eingänge der Bibliothek des Wirtschaftsarchives an.

Äußerst beeindruckend liest sich auch der Jahresbericht des Archives für 1991. Hier wird der langjährige, gute Kontakt dieses Archives zu Organisationen der Wirtschaft und Gesellschaft sowie zu Unternehmen der einzelnen Branchen deutlich. Die Übernahmen umfassen den Zeitraum von 1868 bis 1991, viele davon sind als fortlaufende Übernahmen gekennzeichnet. Unter den abliefernden Registraturbildnern sind so wichtige wie der Dänische Arbeitgeberverband (1978-88), die Provinzhandelskammer (1975-86), Burmeister & Wain A/S (1958-86) und die dänischen Zuckerrfabriken (1868-1988). Zu erwähnen wären auch Archivgutübernahmen von politischen Verbänden von Århus und Umgebung wie der Sozialdemokratie, der Sozialistischen Volkspartei und der Jungen Liberalen.

Augenscheinlich hat man in Dänemark die Vorteile eines gemeinsamen Wirtschaftsarchivs schon vor langer Zeit erkannt, so daß sich das Archiv eine Vertrauensstellung erworben hat, um die man es beneiden kann.

Heiko Wartenberg (Greifswald)

*



Der ARCHIV-SERVICE bietet spezifische Dienstleistungen für

- * Archive und Archivare
- * Registraturen und Büros
- * Archivbenutzer, Historiker aller Fachgebiete
- * Genealogen, Chronisten und
- * alle historisch Interessierten

Bitte fordern Sie unverbindlich unsere Angebots- und Preislisten an!

ARCHIV-SERVICE
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstr. 5
14469 Potsdam-Bornim
Tel.: 0171/3304985
Tel. u. Fax: 0385/213805

Zu den Angeboten des ARCHIV-SERVICE gehören u.a. folgende Leistungen:

- * Handel mit Ausrüstungen, z.B. verfahrbare und stationäre Regalanlagen, Kartenschränke, Karteianlagen, Kartotheken, Aufbewahrungsmittel für spezielle Archiv- und Registraturgutarten, Verfilmungs-, Les- und Rückvergrößerungstechnik
- * Handel mit archivspezifischen Materialien, z.B. Archivgutbehälter aller Art; Kartone, Papiere sowie Aufbewahrungsmittel für Filme, Fotos, Dias aus säurefreien, säurearmen, alterungsbeständigen oder anderen geeigneten Materialien sowie Arbeitsmittel, wie z.B. mechanische oder elektronische Paginierstempel, Umfüllgehilfen u.dgl.m.
- * Handel mit Bürobedarfsartikeln und Altablagesystemen
- * Vermittlung von speziellen Dienstleistungen, z.B. Restaurierung, Verfilmung, u.a. Sicherungsverfilmung von Foto-glasplatten
- * Herstellung und Vertrieb von Publikationen und Drucksachen aller Art einschl. Archivvordrucke
- * Herstellung von Findbüchern (Schreiben, Anfertigung von Registern, Verfielfältigen, Drucken)
- * Beratung auf dem Gebiet der archivischen EDV-Anwendung, Handel mit Archivsoftware
- * Herstellung und Vertrieb von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Poster, Diaserien, Siegelreproduktionen usw.)
- * Handel mit Archivfachliteratur

Bewahren und Umgestalten. Aus der Arbeit der Staatlichen Archive Bayerns. Walter Jaroschka zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Hermann Rumschöttel und Erich Stahleder. - München 1992. - 372 S. = (Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern. Hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Schriftleitung: Bodo Uhl). Sonderheft 9.

Anlässlich des 60. Geburtstags von Prof. Dr. Walter Jaroschka, Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, erschien die umfangreiche Festschrift. Unter drei Themenschwerpunkten werden eine Reihe inhaltlich sehr interessanter Beiträge von Freunden und Schülern in der vorliegenden Festschrift veröffentlicht. "Archive und Archivare - Geschichte, Ausbildung, Berufsbild" (S. 1-124) ist der erste Themenschwerpunkt. Der zweite Komplex ist überschrieben mit "Archivbestände - Struktur und Inhalt" (S. 125-250). Der dritte inhaltliche Schwerpunkt ist dem Thema "Archivierung - zwischen Erfassung und Auswertung" (S. 251-368) verpflichtet.

Drei Beiträge aus dem ersten Themenschwerpunkt seien hervorgehoben: Gerhard Hetzer: Bedingungen archivarischer Überlieferungsbildung im 15. Jahrhundert (S. 34-43) Achim Fuchs: Das Heeresarchiv München am Ende des zweiten Weltkrieges (S. 62-73) und Hermann Rumschöttel: Professionalisierung - Differenzierung - Spezialisierung. Überlegungen zur Geschichte, Stand und Zukunft der Archivausbildung in Bayern (S. 93-107) Alle drei Beiträge sind Fragestellungen verpflichtet, die über Bayern hinaus von Bedeutung sind. Der Beitrag von Gerhard Hetzer möge noch recht viele Archivare anregen, sich der Aufarbeitung von Aspekten der Überlieferungs-bildung in den einzelnen Jahrhunderten zu widmen. Sowohl aus archivgeschichtlichen Gründen als auch aus quellenkundlichen Gesichtspunkten wären derartige Beiträge auch für aktuelle Belange von Bedeutung. Mit dem Beitrag von Achim Fuchs zu Fragen der Heeresarchivgeschichte wird ein weiterer Mosaikstein zur Geschichte des Militärarchivwesens gefügt. Aufschlußreich sind Beobachtungen des Verf. anhand breiten Quellenmaterials zum Verhältnis von Heeresarchiven und zivilen Bediensteten nach dem ersten Weltkrieg, die sehr denen im ehemaligen Reichsarchiv in Potsdam ähneln. Das Desiderat einer Geschichte des Militärarchivwesens in Deutschland wird mit der Miscelle von Achim Fuchs noch einmal sehr deutlich. Hermann Rumschöttel geht in einem sehr reich mit bibliographischen Angaben versehenen Beitrag auf Fragen der Archivarsausbildung ein. Der Beitrag ist Bilanz und Neuorientierung zugleich.

Aus dem zweiten Themenkomplex sollen gleichfalls drei Beiträge von überregionalem Interesse hervorgehoben werden: Siegfried Wenisch: Die Nachlässe in der Abteilung V des Bayrischen Hauptstaatsarchivs (S. 212-217) und Michael Stephan: Verzeichnis der Nachlässe in der Abteilung V des Bayrischen Hauptstaatsarchivs (S. 218-224). Beide Beiträge sind eine gute Ergänzung und Präzisierung der Angaben in der allseits bekannten Publikation von

Wolfgang A. Mommsen über die Nachlässe in deutschen Archiven. Methodisch interessant und über die Festschrift hinaus ggf. auch als Beitrag in einer geschichtswissenschaftlichen Zeitschrift zu veröffentlichen, da dort die "Hauptnutzer" derartiger Bestandsanalysen zu finden sind, ist der Aufsatz von Alfred Tausendpfund: Quellen zur Zeitgeschichte im Staatsarchiv München. Ein Überblick (S. 225-250).

Aus dem dritten Themenkomplex sind die beiden sich mit theoretischen Fragen der Archivarbeit befassenden Beiträge zu nennen: Gerhard Leidel: Entstehung, Verwahrung und Erschließung des Archivgutes (S. 253-274) und Bodo Uhl: Grundfragen der Bewertung von Verwaltungsschriftgut. Anstelle einer Besprechung von T.R. Schellenberg (S. 275-286): Hervorzuheben und erfreulich zugleich ist die Berücksichtigung und Diskussion von Beiträgen der Archivare aus der früheren DDR zu beiden behandelten Schwerpunktthemen. Eine Bemerkung sei gestattet an dieser Stelle zum Problem "Rahmendokumentationsprofil". Aus der Sicht des Rezensenten ergibt sich das Erfordernis, daß Archivare aus den früheren Staatsarchiven und dem Zentralen Staatsarchiv einmal über die konkrete Wirksamkeit dieser Orientierung berichten. Denn nach Meinung des Rezensenten ist in der täglichen Alltagspraxis der Archive das Instrumentarium des Rahmendokumentationsprofils nicht sehr wirksam gewesen.

Für die archivarische Überlieferungsbildung hatte - das möchte der Rezensent mit voller Kenntnis der Situation im Zentralen Staatsarchiv hervorheben - bei den Beständen der DDR- Verwaltung auf zentraler und regionaler Ebene keine Konsequenzen. Daraus resultiert auch die Überlegung, ob es sich theoretisch sehr lohnt kritische Fragen an diese Ausarbeitung zu stellen. Eine viel interessantere und wissenschaftlich lohnende Frage wäre ein "Soll-Ist-Vergleich" der Wirksamkeit der "Grundsätze der Wertermittlung" und der daraus entwickelten Richtlinien, Schriftgutbewertungsverzeichnisse, Rahmensystematiken usw.

Abschließend sei auf die Bibliographie von Veröffentlichungen von Walter Jaroschka verwiesen (S. 369-371). Für die Zusammenstellung zeichnet Claudia Pollach verantwortlich. Ohne Zweifel hätte man sich bei einer Festschrift eine Gesamtbibliographie - und nicht wie im vorliegenden Fall geschehen eine Auswahlbibliographie - gewünscht.

*

Archivpflege in Westfalen und Lippe. Im Auftrage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe hrsg. vom Westfälischen Archivamt. Selbstverlag des Westfälischen Archivamtes. - Münster 1992. - Heft 35, Apr. 1992. - 40 S.

Das zweimal jährlich im April und Oktober eines jeden Jahres erscheinende Periodikum verdient die Aufmerksamkeit auch über die Region hinaus. So ist an dieser Stelle auf die Berichte aus Mecklenburg-Vorpommern hinzuweisen, die den aktuellen Stand der Kommunalarchive widerspiegeln. Im einzelnen sind zu nennen: Hans-Joachim Hacker: Arbeitsgemeinschaft der Kommunalarchive von Mecklenburg-Vorpommern (S. 18). - Übersicht über die Kommunalarchive von Mecklenburg-Vorpommern (S. 18-21). - Hans-Heinz Schött: Der erste Mecklenburg-Vorpommersche Archivtag (S. 22-23). - Joachim Mahler: Stadtarchiv Neubrandenburg - ein junges Stadtarchiv in Mecklenburg-Vorpommern (S. 23-24). - Gerd Giese: Das Archiv der Hansestadt Wismar (S. 24-25). - Gabriele Arndt: Zur Arbeit im Kreisarchiv der Hansestadt Wismar (S. 25). - Regina Nehmzow: Bearbeitungsbericht zum Bestand Rat der Stadt Stralsund - Gesundheits- und Sozialwesen 1945-1970 (S. 26-27). Ebenfalls von überregionaler Bedeutung sind die folgenden Beiträge von Christa Wilbrand / Wolfgang Bockhorst: Grundbibliographie für Kommunalarchive (S. 12-15) und von Wilfried Reininghaus / Horst Conrad: Quellen zur Geschichte der Grafschaft Mark in brandenburg-preußischer Zeit - Ein Bericht über archivistische Vorhaben zur Erschließung von Beständen aus der Zeit vor 1815 (S. 4-7). Die Rubrik Berichte und Mitteilungen (S. 27-32); Aus den Archiven in Westfalen und Lippe (S. 32-35); Hinweise auf neue Bücher (S. 35-39) und Termine (S. 39-40) runden den Informationsgehalt der vorliegenden Publikation ab.

Man kann die Redaktion nur ermuntern in den folgenden Heften die Archivsituation in den fünf der Bundesrepublik beigetretenen Ländern zu erläutern. Auch die Fortführung von "Grundbibliographien" für einzelne Archivbereiche wäre sehr sinnvoll.

Kurt Metschies (Potsdam)

*

Berliner Archive. Hrsg. v. Landesarchiv und der Arbeitsgemeinschaft Berliner Archivare. Bearb. von Ulf Dohrmann, Eckart Henning, Hans-Friedrich Lockemann, Sabine Preuß, Jochen Reinecke, Regina Rousavy, Jörg Schuchard. Redaktion Sabine Preuß. 4., erw. Aufl. - Berlin 1992. - 160 S.

Mit der vorliegenden Publikation ist erstmals ein Führer über die gesamte Archivlandschaft Berlins nach dem Stand vom Juni 1992 erschienen. Sowohl quantitativ als auch qualitativ ist die nunmehr in 4. Auflage erschienene Übersicht (1. Aufl. 1977, 2. Aufl. 1979 und 3. Aufl. 1983) ein unentbehrliches Vademecum für jeden historisch interessierten Leser und für die Archivare selbst ein wichtiges Nachschlagewerk. Über 134 Archive liegen Angaben vor. Sicher haben sich in der noch heute keineswegs organisatorisch und strukturell festgelegten Archivlandschaft zwischenzeitlich Veränderungen ergeben (1). Dennoch ist ein Standard von Angaben erfaßt worden, der einen sehr soliden Überblick über die archivalische Quellsituation in ganz Berlin vermittelt. Die detaillierten Angaben zu jedem Archiv sind wie folgt gegliedert: 1. Anschrift, 2. Träger der Einrichtung, 3. Leiter der Einrichtung, 4. Anzahl der Mitarbeiter, 5. Benutzungsbedingungen, 6. Öffnungszeiten, 7. Gebühren, 8. Findmittel, 9. Hinweise auf vorhandene Fach- bzw. Dienstbibliotheken, 10. Technische Ausstattung, 11. Veröffentlichungen über das Archiv, 12. Beschreibung der Bestände, 13. Veröffentlichungen des Archivs. Diese Angaben sind im einzelnen - da sie zumeist auf Selbstangaben der entsprechenden Archive beruhen - in unterschiedlicher Ausführlichkeit gehalten.

Eingangs einige Bemerkungen zum Kreis der in die Veröffentlichung aufgenommenen Archive. Da unter dem Titel "Berliner Archive" auch Teile von Archiven mit zentralbundesstaatlicher Zuständigkeit aufgenommen worden sind, vermißt der Leser die vollständige Aufnahme aller in Berlin ansässigen Dienststellen des Bundesarchivs (2) und nicht nur die Aufführung von zwei Teilinstitutionen (3). Analog dem Beispiel der Gestaltung der Angaben zum Geheimen Preußischen Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Stiftung preußischer Kulturbesitz (4) hätte man auch einen gleichartig gestalteten Hinweis auf die Abteilungen Potsdam (III: Deutsches Reich, V: DDR) des Bundesarchivs erwartet. Angesichts der engen inhaltlichen und strukturellen Bezüge sollte man alsbald eine Beilage mit entsprechenden Daten über beide Abteilungen dieser Veröffentlichung beifügen. Ein Grenzfall für die Aufnahme in das vorliegende Verzeichnis dürfte die Aufführung einiger Heimatmuseen, die vorwiegend über Sammlungsgut regionalgeschichtlicher Provenienz und nicht über Archivgut im engeren Sinn verfügen (5) sein. Bei einer künftigen Neuauflage sollte nach Auffassung des Rezensenten, die Frage der Einbeziehung dieser Gruppe von "Archiven" unter theoretischen Aspekten geprüft werden. Sollten sich Bearbeiter, Herausgeber und Redakteurin für die erweiterte Variante der Einbeziehung derartiger Einrichtungen entscheiden, dann müßten allerdings nach dem Beispiel anderer Publikationen (6) neben den jetzt aufgeführten Einrichtungen weitaus mehr in Berlin ansässige Stellen einbezogen werden.

Ohne beckmesserische Bemerkungen zu machen, sei der Hinweis gestattet, daß die Angaben in der Rubrik "Veröffentlichungen über das Archiv" sehr

unterschiedlich gestaltet sind und auch in den Fällen, wo entsprechende Beiträge vorliegen, diese leider nicht aufgenommen worden sind (7). Gleiche Feststellungen können für die Spalte "Veröffentlichungen des Archivs" (8) getroffen werden. Angesichts der jahrzehntelang wechselseitigen Informationsbarrieren besteht gerade jetzt nicht nur ein komplexer Informationsbedarf, sondern ein um so höheres Informationsbedürfnis zu Themenkreisen wie Archiv- und Bestandsgeschichte, Übersichten über im Buchhandel und außerhalb des Buchhandels erschienene Veröffentlichungen u.a.m. Diese Feststellung rechtfertigt nach Auffassung des Rezensenten eine retrospektive umfangreichere bibliographische Nachweisung - auch älterer - Beiträge. Als Mittler zwischen Archivbenutzer und Archiv wäre eine derartige Komplettierung (möglicherweise in Petritdruck) eine höchst nützliche Ergänzung. Derzeit ist bei bestem Bemühen eine bibliographische vollständige Erfassung durch den interessierten Nutzer angesichts der aus verschiedenen Gründen nicht ganz eindeutig überschaubaren bibliographischen Situation schwer. Um so mehr wäre die betreffenden Archive selbst die besten Bearbeiter dieses Teils des verdienstvollen Verzeichnisses. Bei einer künftigen Neuauflage des Verzeichnisses wäre letztlich zu überlegen, ob in den Fällen, wo Teile von Archivbeständen aufbewahrt werden (9) wechselseitige Verweise erfolgen sollten. Dem Herausgeber-, Bearbeiter- und Redaktionsteam der Veröffentlichung ist insgesamt ein sehr herzliches Dankeschön für die substantielle und aktuelle Leistung zu sagen.

Kurt Metschies (Potsdam)

(1) So z. B. haben sich Veränderungen bei der strukturellen Zuordnung von Archiven, Sammlungen und Gedenkstätten sowie der Bibliothek der Akademie der Künste (Ost) ergeben (Pos. 2 und 3 des Verzeichnisses). - Die unter Pos. 48 aufgeführte Einrichtung ist jetzt dem Bundesarchiv zugeordnet worden. - Die unter Nr. 80 und 125 nachgewiesene archivalische Überlieferung und die entsprechenden Bibliotheken sind nunmehr der "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" beim Bundesarchiv, 10707 Berlin 31, Fehrbelliner-Platz 3 eingegliedert worden. Die Unterstellung der unter lfd. Nr. 8 und Nr. 82 nachgewiesenen Einrichtungen unter die Stiftung steht aus unterschiedlichen Gründen noch aus.

(2) Vgl. Kahlenberg, Friedrich P.: Das Bundesarchiv nach dem 3. Oktober 1990. In: Der Archivar 44(1991)4, Sp. 525-536 bes. Sp. 529-530. - vgl. auch das Anschriftenverzeichnis der jetzigen 10 Außenstellen des Bundesarchivs. In: Das Bundesarchiv. Kurzinformation. Stand: 1.11.1992 (Fallblatt).

(3) Vgl. Berliner Archive, a. a. O., S. 42.

(4) Vgl. a. a. O., S. 67-75.

(5) Vgl. a. a. O., S. 141.

(6) So z. B. analog der Verfahrensweise in den nachstehend aufgeführten Veröffentlichungen: Archiv- und Dokumentationsführer Hamburg. Bearb. v. Martha Meyer-Althoff, Markus Holmer, Sabine Kaack, Maika Lüdemann, Ulrich Raschke, Jürgen Rosebrock, Manuel Ruoff. Universität Hamburg - Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik. IZHD. - Hamburg 1990. 617 S. brosch. (vgl. Rezension hierzu in: Der Archivar 45(1992)1, Sp. 119-120). - Berliner Arbeitskreis Information. Fachinformation in Berlin. Informationsangebote der regionalen Fachinformationseinrichtungen. Mit einem Anhang über die Fachinformationseinrichtungen in Berlin-Ost. Hrsg.: Berliner Arbeitskreis Information o/o. Technische Universität Berlin, Universitätsbibliothek. Bearb.: Brigitte Pott, Michael Rausch, Dietmar Strauch, Ellen Scheibe. - 4. vollst. neubearb. Auflage. - Berlin 1990. - 20.321; 36 S.

(7) So z. B. bei den Positionen 1, 35, 38, 82, 125. - Bei Pos. 80 ist leider nur eine Veröffentlichung aus einer Tageszeitung aufgeführt worden, während die Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften aus der DDR-Zeit bzw. die jüngeren Beiträge so z. B. in der IWK - Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung leider keine Berücksichtigung fanden.

(8) So z. B. bei den Positionen 3, 80, 82, 125. Bei einer Reihe anderer Positionen ist nur eine Auswahl von Veröffentlichungen nachgewiesen worden, so z. B. bei Pos. 79.

(9) So befinden sich z. B. von den unter Position 16, 18, 27, 30, 50, 51, 52, 64, 95, 100, 127 und 128 genannten Archiven in unterschiedlichem Umfang Teile der archivalischen Überlieferung im Landesarchiv Berlin, Außenstelle Breite Straße (vormals Stadtarchiv Berlin). Vgl. zu den Detailangaben die zu gleicher Zeit erschienene Veröffentlichung des Landesarchivs Berlin: Das Landesarchiv Berlin und seine Bestände. Bearb. v. Klaus Dettmer, Sylvia Fiedler, Regina Rousavy, Uwe Schaper, Sigurd-H. Schmidt, Heike Schroll, Christiane Schuchard, Volker Vierguts, Jürgen Wetzel. Red.: Sigurd-H. Schmidt. - Selbstverlag des Landesarchivs Berlin. - Berlin 1992. - 608 S. - Abb. - Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin Bd. 2. Hrsg. v. Jürgen Wetzel.

*

Archiv und Wirtschaft, Zeitschrift für das Archivwesen der Wirtschaft, Hg. Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e. V., Jg. 24, 1991, Heft 1-4

Mit der Erweiterung des Leserkreises von "Archiv und Wirtschaft" nach dem 9. November 1989 haben sich die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e. V. als Fachverband für das Archivwesen in der Bundesrepublik Deutschland und an deren Zeitschrift verändert. Problemstellungen, von denen man glaubte, sie seien abgearbeitet, haben wieder an Aktualität gewonnen, andere treten in ihrer Bedeutung zurück. Aufgrund der sich deutlich unterscheidenden wirtschaftlichen Situation der Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern ist eine differenzierte Betrachtungsweise der archivspezifischen Fragen notwendig geworden. Ständen in den vergangenen Jahren mehr und mehr Fragen der Profilierung bestehender Unternehmensarchive, archivwissenschaftliche Themenstellungen und archivspezifische Informationen im Mittelpunkt des Interesses, so bestimmen jetzt vor allem "Überlebensfragen" das Denken und Handeln der Archivare/innen in den neuen Bundesländern. Insbesondere sie

Der "Zahn der Zeit" nagt an Büchern und Grafiken

Jahrhundertelange Benutzung hinterläßt Gebrauchsschäden an Papier und Einband. Schimmelpilze und Bakterien greifen die Papierfasern an. In der Luft enthaltene Chemikalien wie Schwefeldioxid und Chlor zerstören wertvolles Kulturgut. Machen Bücher, Handschriften und Drucke nicht mehr benutzbar.

Restaurierung und Konservierung erhält nicht nur bibliophile Schätze, auch ist eine rechtzeitige Restaurierung kostengünstiger als eine zu späte.

Die fachgerechte Restaurierung von Rissen, Löchern und Knicken, das Reinigen von Blättern oder das Neutralisieren von übersäuertem Papier erhält nicht nur Ihre teuren Stücke, es steigert auch ihren Wert und macht sie wieder gebrauchsfähig.

Buch- und Grafikrestaurierung

Firma Schempp GmbH

Mitglied der IADA

Kallenbergstraße 43
70825 Korntal-Münchingen
Telefon 0711/80 29 49
Fax: 0711/80 16 94



Schempp

Buch- und Graphikrestaurierung

Mitglied in der IADA

Zu unseren Fachgebieten zählen:

- Aktenrestaurierung
- Grafikrestaurierung
- Urkundenrestaurierung
- Kupferstichrestaurierung
- Pergamentrestaurierung
- Einbandrestaurierung
- Siegelrestaurierung

Wir garantieren für fachmännische Restaurierung durch:

- gut geschulte und erfahrene Mitarbeiter
- Gefühl für den Werkstoff
- Beherrschung traditioneller Einbandtechniken
- jahrzehntelange Erfahrung
- ständige Fortbildung
- modernste technische Verfahren
- beispielhafte Einrichtungen und Lager

Die Firma Schempp GmbH ist für eine qualitativ hochwertige und fachmännische Restaurierung bekannt. Wir verbinden handwerkliches Können mit den aktuellsten Verfahrenstechniken bei der Restaurierung.

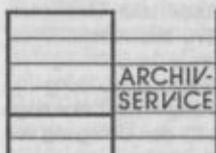
Zu unseren zufriedenen Kunden gehören:

- die Württembergische Landesbibliothek Stuttgart
- Die Bayerische Staatsbibliothek München
- die Staatsbibliothek Hamburg
- Stadt- und Kreisarchive in den alten und neuen Bundesländern
- Private Galerien

Schenken auch Sie uns Ihr Vertrauen!

Beratung und Auftragsannahme in den neuen Bundesländern:

ARCHIV-SERVICE
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstr. 5
14469 Potsdam-Bornim
Tel.: 0171/3 30 49 85
Tel. u. Fax: 0385/21 38 05



erwarten von der Zeitschrift konkrete "Anleitungen zum Handeln" und eine stärkere Unterstützung im täglichen Überlebenskampf innerhalb der Unternehmen. Diese differenzierten Leseranforderungen an "Archiv und Wirtschaft" machen das Spannungsfeld sichtbar, in dem sich die Fachzeitschrift in den kommenden Jahren bewegen wird.

In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, auf den unterschiedlichen Umgang mit Wirtschaftsarchivgut in den alten und neuen Bundesländern aufmerksam zu machen. Dabei gilt es, aufzuzeigen, welche Stellung die staatlichen Archive für die Sicherung von Wirtschaftsarchivgut vor 1990 in den neuen Bundesländern hatten bzw. noch haben und welche Bedeutung den "Regionalen Wirtschaftsarchiven" in den alten Bundesländern zukommt. Hier besteht m. E. ein Informationsdefizit und es wäre von großem Interesse und Bedeutung für die notwendige Neuformierung der Wirtschaftsarchivlandschaft in den 5 neuen Bundesländern und Berlin, mehr über die Arbeitsweise, über Zielstellungen und Finanzierungsformen dieser Archive zu erfahren.

Einen breiteren Raum wird in diesem Prozeß das gegenseitige Vorstellen und Kennenlernen der jeweils anders gestalteten Wirtschaftsarchivlandschaft einnehmen müssen. Mit der Vorstellung des Archivs des Springer-Verlags in Heidelberg durch Heinz Sarkowski (3/S. 105-113), des Unternehmensarchivs der LEUNA-WERKE AG (3/S. 113-118) durch Marion Schatz, mit dem Überblick über unternehmensgeschichtliche Bestände im ehemaligen Stadtarchiv Berlin (Ost) (3/S. 118-121) von Hans Czihak und dem Beitrag von Matthias Herrmann "Kriegswirtschaftsbestände im Reichsarchiv (1919-1945). Die Bewältigung des Massenproblems aus historischer Sicht" (1/S. 18-25) wurde dazu ein wichtiger Schritt getan.

Darüber hinaus wurde mit dem thematisch gestalteten Heft 4 zum Schwerpunkt "Grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit und ihre historische Überlieferung" auf den politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa reagiert, der auch der wirtschafts- und unternehmens- bzw. betriebsgeschichtlichen Forschung neue Möglichkeiten eröffnet. In dieser Hinsicht muß der Beitrag von Stefan Karner "Erfahrung mit betrieblichem Aktenmaterial in sowjetischen und slowenischen Archiven" (4/S. 151-154) besonders erwähnt werden. Daß der "grenzüberschreitende Aspekt" nicht nur an das Verhältnis "Ost-West" gebunden ist, macht Horst A. Wessel in seinem Beitrag "Archivische Voraussetzungen für Dokumentation und Erforschung" (4/S. 155-162) am Beispiel der Mannesmann AG sichtbar, die vor 100 Jahren als Deutsch-Österreichische Mannesmannröhren-Werke AG mit Sitz in Berlin und Repräsentanzen in Wien und Komotau gegründet wurden.

Wenngleich dem/der einzelnen Archivar/in die Entscheidung über Bewertung oder Kassation des ihm/ihr anvertrauten Schriftgutes nicht abgenommen werden kann, sind Beiträge, wie der von Reiner Stahlschmidt "Unternehmensgeschichtliche Quellen zur Erforschung technischer Entwicklung,

Wunsch und Wirklichkeit" (1/S. 9-17) von besonderer Bedeutung. Wenngleich es keine überraschende Feststellung ist, "daß Wunsch und Wirklichkeit bei der archivischen Überlieferung auseinanderklaffen." (1/S.9), bewegt sich der/die Archivar/in, bezogen auf die Technikgeschichte, im Spannungsfeld zwischen den Interessen, Fragestellungen und Methoden der Historiker und den Erwartungen, Neigungen und den Arbeitsergebnissen der Ingenieure (2/S. 87). Oft genug kommt es dazu, daß die Forschung einerseits Quellen sucht, die ihr die Archive nicht bieten können, und andererseits die Archive aussagefähige Quellen bereithalten, an denen die Forschung kein Interesse zeigt. Aus diesem Grunde ist es für den täglichen Umgang mit Wirtschaftsarchivgut wichtig, wenn Fachhistoriker/innen Gedanken, Empfehlungen und Wünsche zum permanent anstehenden Problem der Bewertung des massenhaft anfallenden Schriftgutes, insbesondere der letzten vier Jahrzehnte, äußern und diskutieren würden. In diesem Zusammenhang sind die in Heft 1 und 3 gegebenen Informationen zu Forschungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte ebenso hilfreich wie die zahlreichen Tagungsberichte, die deutlich allgemeine Fragestellungen und Forschungstrends der Historiker/innen erkennen lassen.

Auf die Bedeutung der für VdW-Mitglieder und Nichtmitglieder wichtigen archivspezifischen Informationen, die die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen ebenso betreffen wie die Literaturhinweise und Personalien, muß m. E. hier nicht weiter eingegangen werden.

Aus meiner Sicht wünschenswert wäre für die Zukunft eine engere inhaltliche Verknüpfung von Archiv und Wirtschaft in Form von wirtschafts- und unternehmensgeschichtlichen Beiträgen.

*

Zeitschrift für Unternehmensgeschichte. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte von Hans Pohl und Wilhelm Treue. - Franz Steiner Verlag Stuttgart.

35. Jg. 1990, H. 4; 36. Jg. 1991, H. 1-4; 37. Jg. 1992, H. 1
Das thematische Heft (1/1991) enthält Referate und Diskussionsbeiträge der 15. öffentlichen Vortragsveranstaltung von Juni 1990 zum Thema "Familienunternehmen in Wirtschaft und Gesellschaft vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart". W. Sachse referierte über Familienunternehmen in Deutschland und schilderte ihre Bedeutung für Kapitalbeschaffung und Weitergabe von gewerblich-technischem und kaufmännischem know-how, die sie besonders in der Durchbruchphase der Industrialisierung im 19. Jh. hatten, sowie die Anpassung einiger dieser Unternehmen an die sich verändernden Verhältnis-

se, nachdem sich mit dem Aufkommen der Großindustrie im letzten Drittel des 19. Jhs. das ökonomische und unternehmensrechtliche Umfeld für sie wandelte. Er stellt fest, daß im 20. Jh. in der Großindustrie das Familienunternehmen sich auf dem Rückzug befindet, obwohl es im Mittelstand nach wie vor fest verankert ist und es zahlreiche Neugründungen gibt. Unter Einschluss des handwerklichen Mittelstandes könne man gegenwärtig in der Bundesrepublik jedes zweite Unternehmen als Familienunternehmen oder als unter Familieneinfluß stehendes Unternehmen betrachten. Die Situation der Familienunternehmen in der Bundesrepublik wird von G. Zeitel (ebenfalls 1/1991) analysiert, der auch eine Definition liefert, auf deren Grundlage eine Gruppierung dieser doch recht heterogenen Kategorie möglich wird. Wie Z. ausführt, sind die Familienunternehmen mit zahlreichen Problemen konfrontiert, für die er einige Lösungsansätze zur Diskussion stellt. Die anschließend wiedergegebene Podiumsdiskussion befaßte sich mit den Marktchancen dieser Unternehmen im Verhältnis zu anderen Unternehmen in bestimmten Industriezweigen sowie mit der Rolle des Unternehmers in der Öffentlichkeit. Die historische Perspektive von Familienunternehmen wurde in der Diskussion durch die Frage nach den Chancen von kleinen und mittelständischen Unternehmen in den neuen Bundesländern um einen interessanten Aspekt erweitert, eine Frage, die allerdings zum Zeitpunkt der Tagung noch sehr hypothetisch war und auch gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilt werden kann.

Der Gründer bzw. der Leiter des Familienunternehmens steht im Mittelpunkt mehrerer Artikel. So veröffentlichte und kommentierte F.W. Dörge (3/1991) einen Brief von Jakob Uffrecht, in dem dieser seinen Lebensweg vom Fabrikarbeiter zum Unternehmer während der 2. Hälfte des 19. Jhs. schildert. Der Brief ist sozialhistorisch interessant, eröffnet er doch einen Blick sowohl auf die Herkunft und das familiäre Umfeld des Unternehmers als auch auf die Zustände in der Fabrik.

A. Löther (4/1991) untersuchte die Beziehung zwischen Familie und Unternehmer, indem sie biographisches Material von Wuppertaler Textilunternehmern während der Frühindustrialisierung bis 1870 auswertete. Unter anderem wurden Berufsstruktur, Heiratsverhalten, Berufe der Schwiegerväter und -söhne, die Kinderzahl, die schulische und fachliche Ausbildung und auch die Finanzierungsquellen analysiert. Im Ergebnis zeigten sich eine enge verwandtschaftliche Verflechtung und Strukturen, die für den Übergang von der traditionellen zur bürgerlichen Familie typisch sind.

Im Aufsatz von C. Moser-Schaeffe (2/1991) wird die Entwicklung eines Schweizer Unternehmens, der Georg Fischer AG, vom Familienunternehmen zu einer von einem Manager geleiteten Aktiengesellschaft vom Beginn des 19. Jhs. bis zur Mitte des 20. Jhs. behandelt. Im Mittelpunkt steht die Persönlichkeit von Ernst Jakob Hornberger, unter dessen Leitung die anfangs kleine Firma zu einem Multi heranwuchs.

Die Hefte enthalten außerdem weitere Beiträge zu diversen Themen, so von F. Mathis über die österreichischen Großunternehmen im 20. Jh. (1/1992), von R. Karlsch (4/1991) über die Beziehungen zwischen einem Betrieb der DDR, dem VEB Filmfabrik Wolfen, und der Agfa AG Leverkusen von 1945 bis Mitte der sechziger Jahre sowie von M. Friedrich (4/1990) über die Tätigkeit der IG Farben-Verkaufsgemeinschaft Farben in Ägypten vor dem zweiten Weltkrieg. R. Quick (4/1990) befaßt sich mit der Entstehung der aktienrechtlichen Pflichtprüfung in Deutschland. In einem anderen Aufsatz (W. Wimmer in 3/1991) wird beschrieben, wie sich die pharmazeutische Industrie auf dem bis ins 20. Jh. hinein vom staatlich privilegierten Stand der Apotheker beherrschten Arzneimittelmarkt in Deutschland durchsetzte. H. J. Teuteberg analysierte die Zusammenhänge zwischen naturwissenschaftlicher Forschung, industrieller Entwicklung und Ernährungsgewohnheiten am Beispiel der Kühlkost und des Tiefrierens (3/1991) und R. S. Kerr die deutsche Nachfrage nach Wolfram, Kupfer und Zinn aus North-Queensland (2/1991). Gleichmaßen wirtschafts- und sozialhistorisch interessant ist der Artikel von P. Horvath (1/1991) über Teilzahlungskredite in der Bundesrepublik. Die Bibliographie zu Unternehmensgeschichte und Unternehmerbiographie, die von M. Mundorf erarbeitet wurde, stellt inzwischen für die wirtschafts- und sozialhistorische Forschung ein unentbehrliches Hilfsmittel dar.

Karin Lehmann (Berlin)

*

Karlsch, Rainer: Von AGFA zu ORWO. Die Folgen der deutschen Teilung für die Filmfabrik Wolfen. Hrsg.: Vorstand der Filmfabrik Wolfen AG und Bitterfelder Qualifizierungs- und Projektierungsgesellschaft. - Wolfen 1992. - 108 S.

Nach längerer Unterbrechung erscheint erstmals wieder eine Publikation der Filmfabrik Wolfen AG (1). Diesem Auftakt kann und muß der Rezensent im weitesten Sinne eine Fortsetzung wünschen. Unabhängig von z. T. sehr intensiver Einbindung der Betriebsgeschichte in die Parteigeschichte der SED sind in der Vergangenheit beachtenswerte Publikationen erschienen, die sowohl aus methodischer als auch inhaltlicher Sicht über den Tag hinaus von Bedeutung sind (2).

Die vorliegende Veröffentlichung ist einem Teilaspekt eines an der Historischen Kommission zu Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Wolfram Fischer stehenden Forschungsprojekts "Strukturwandel und Innovationen in der chemischen Industrie der Bundesrepublik Deutschlands und der DDR unter

besonderer Berücksichtigung geteilter Unternehmen" gewidmet (3). Die Forschungen werden dankenswerter Weise von der Volkswagen-Stiftung finanziert. In der vorliegenden Untersuchung sind die Geschäftsbeziehungen zwischen den Unternehmen AGFA in Leverkusen und dem VEB Wolfen-Filmfabrik von 1945 bis Mitte der 60er Jahre Gegenstand eingehender Archiv-recherchen. Damit beschreitet der Autor wissenschaftliches Neuland. Denn die Aufbereitung deutsch-deutscher Firmenbeziehungen war bisher weitestgehend aus Darstellungen ausgeblendet. Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen die aus der Trennung der Werke Wolfen und Leverkusens resultierenden ökonomischen Probleme von 1945 bis Ende der 60er Jahre. Nach Überwindung der Kriegsschäden entwickelte sich insbesondere - wie bei anderen geteilten Unternehmen wie Zeiss, Jena; MAIZENA-WERKE, BARBY u. a. die Warenzeichenfrage zu einem zentralen Punkt in den Beziehungen zwischen den nunmehr geteilten Produktionsstätten. Zugleich wird in knappen aber z. T. sehr aussagekräftigen Abschnitten die wechselvolle Geschichte der Filmfabrik Wolfen in den 50er und 60er Jahren nachgezeichnet und die Ursachen für den letztendlichen Verlust innegehabter Marktpositionen analysiert. Der Verfasser kann sich auf eine breite Quellenbasis stützen, so im einzelnen aus Archivalien aus dem Bundesarchiv, Abt. Potsdam, den Unternehmensarchiven in Wolfen und Leverkusen sowie auf Akten aus dem früheren Zentralen Parteiarchiv der SED. Abgeschlossen wird die Publikation durch die erstmalige Veröffentlichung von 21 Dokumenten. Insgesamt darf man gespannt sein auf den Abschluß der Untersuchungen von Rainer Karlsch und deren hoffentlich erfolgenden Publikation im Rahmen der Historischen Kommission zu Berlin. Nicht zuletzt sind durch den Autor Fragestellungen für gleichartige Untersuchungen am Beispiel weiterer geteilter Unternehmen in Deutschland beispielhaft angeregt worden. Dafür sei ihm gedankt. Die Quellenlage in den einschlägigen staatlichen Archiven und den Unternehmensarchiven in den neuen Bundesländern bietet sich dazu gerade an und dürfte ihre inhaltliche Ergänzung in vergleichbaren Archiven der Altund-destländer finden.

Kurt Metschies (Potsdam)

(1) Vgl. hierzu K. Metschies: Forschungen zur Geschichte der Filmfabrik Wolfen. In: AM 41(1991)2, S. 91.

(2) Vgl. K. Metschies: Quellen und Forschungen zur Geschichte der chemischen Industrie (Quellen- und Literaturbericht). In: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg". Hrsg. Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte. - Berlin. - 1981, 1-3, S. 100-111.

(3) Vgl. Neugebauer, Monika: Dependancen im Ostteil Berlins. Über 50 neue Mitarbeiter der Historischen Kommission. In: Informationen der Historischen Kommission zu Berlin. Neue Folge. Heft 18 Febr. 1993, S. 14-15.

*

Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg. - Rostock: Verlag Jugend und Geschichte, 1991. - 138 S.

Mit der zu besprechenden Arbeit stellt sich ein neuer Verlag vor, der sich in Zukunft speziell dem Forschungsfeld der Jugendgeschichte widmen und die einschlägigen Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich machen will. Außerdem werden zum Verlagsprogramm Geschichtsbücher gehören, die vor allem für Lehrkräfte im Fach Geschichte und in der politischen Bildung allgemein gedacht sind. An ein solches Programm sind daher, wie bei jeder Neugründung, große Erwartungen geknüpft.

Die vorliegende Publikation entstand im Ergebnis eines Kolloquiums "Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg", das die Forschungsgruppe "Jugendgeschichte" des Fachbereichs Geschichtswissenschaft der Universität Rostock im April 1991 veranstaltete. Auf dem Kolloquium wurde eine Bilanz der Forschungsergebnisse zur Thematik in den alten und neuen Bundesländern gezogen, wobei an die schon aus der Zeit vor dem Herbst 1989 bestehenden produktiven Kontakte zu Forschungsgruppen von Historikern zum Thema "Deutsche Jugend zwischen Krieg und Frieden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts" angeknüpft werden konnte.

Karl Heinz JAHNKE (S. 9-23) analysiert einleitend den Stand und die Perspektiven der historischen Forschungen zur Rolle der deutschen Jugend im Zweiten Weltkrieg. Abgesehen von unmittelbar nach 1945 veröffentlichten Erlebnisberichten und Gedenkbüchern begann die wissenschaftliche Forschungs- und Publikationstätigkeit zur deutschen Jugend im Zweiten Weltkrieg Mitte der 50er Jahre an wissenschaftlichen Einrichtungen in beiden deutschen Staaten. Knapp skizziert werden die einzelnen Etappen bis zum Ende der 80er Jahre und die Arbeitsergebnisse der sich um Arnold Klönne und Karl Heinz Jahnke in Paderborn und Greifswald bzw. Rostock bildenden Forschungsgruppen. Besonders gewürdigt werden die 1978/79 vom Bundesarchiv Koblenz gestaltete Ausstellung "Jugend im NS-Staat" und das in diesem Zusammenhang von Heinz Boberach veröffentlichte Buch "Jugend unter Hitler". Im Zusammenhang mit den großen Fortschritten in der Erforschung der Geschichte des NS-Staates, der Zusammenarbeit von Historikern, Soziologen und Pädagogen und umfangreichen Forschungen in den zentralen Archiven der DDR und der BRD dehnte sich seit Beginn der 80er Jahre die Palette der bearbeiteten Forschungsthemen sichtbar aus. Kritisch angemerkt wird jedoch, daß größere Arbeiten z. B. zum Kriegseinsatz und der Alltagsgeschichte der Jugend noch fehlen. In einem umfassenden Abschnitt über zukünftige Forschungen werden derzeitige Forschungsdefizite, zu bearbeitende Probleme und Forschungsmöglichkeiten behandelt.

Lebensbedingungen, Erfahrungen, Mentalitäten der deutschen Jugend im Zweiten Weltkrieg sind Gegenstand des einen Hauptreferats von Arno KLÖNNE (S. 25-32). Er stellt als Ergebnis seiner Forschungen sieben Aspekte der Lebenssituation Jugendlicher unter den Bedingungen des Zweiten Weltkrieges dar. Diese Momente bieten zugleich Ansatzpunkte für die Beurteilung des Verhaltens der im Krieg aufgewachsenen Generation bei der Zerschlagung des NS-Staates und in der ersten Nachkriegszeit. In einem zweiten Referat, gehalten von Carsten ULLMANN (S. 33-42) stand der Kriegseinsatz der deutschen Jugend 1939 bis 1945 im Vordergrund. Anhand seiner Forschungsergebnisse belegte er den untrennbaren Zusammenhang von ökonomischen, militärischen und ideologischen Momenten bei der Mobilisierung und dem Kriegseinsatz der Jugendlichen.

Einzelbeiträge beschäftigen sich mit bestimmten Seiten des Lebens der Jugend unter den Bedingungen des Krieges. Torsten SCHAAR (S. 43-52) untersucht Stellung und Kompetenzen des Reichsjugendführers der NSDAP im Kriegseinsatz der Hitlerjugend insbesondere anhand der umfangreichen Quellenüberlieferung in den Beständen der Hitler-Jugend, der Reichskanzlei, der Partei-Kanzlei u.a. im Bundesarchiv Koblenz. Die Stellung der Jugend im "Totalen Krieg" 1944/45 ist Gegenstand der Forschungen von Bernd-A. RUSINEK (S. 53-59).

Mit der politischen und ideologischen Beeinflussung der Jugend im Zweiten Weltkrieg beschäftigen sich drei Beiträge. Bodo BRÜCHER (S. 60-70) behandelt Jugend und Film im Zweiten Weltkrieg, Hermann LANGER (S. 71-78) das "Gesicht der Schule" - Schüleraufsätze 1939 bis 1944 und Jens HILDEBRAND (S. 79-82) den Aufbau von Vorbildern der Jugend in Veröffentlichungen der nationalsozialistischen Presse von Juli 1943 bis Mai 1945.

Barbara BROMBERGER und Jutta von FREYBERG (S. 116-121) stellen in ihrem Beitrag den in Frankfurt/M. ansässigen Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945 e.V. vor, der u.a. auch den Naziterror gegen Kinder untersucht. Die Autorinnen weisen auf die Notwendigkeit der Erforschung der Lage ausgegrenzter Jugendlicher wie Behinderter, "Schwererziehbarer", "Asozialer", Homosexueller, Sinti und Juden und der Gruppen von Jugendlichen hin, die auf Grund ihrer bewußten Gegnerschaft zum Nazi-System ausgegrenzt wurden. Zwei regionalbezogene Beiträge sind dem antifaschistischen Widerstand junger Menschen gewidmet. Alfons KENKMANN (S. 83-89) untersucht anhand der Quellen des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs Düsseldorf die Wirksamkeit der Edelweißpiraten in Krefeld 1942/43 und Günter WEHNER (S. 90-92) den Anteil Jugendlicher an antifaschistischen Aktionen in der Schlacht um Berlin im Stadtbezirk Prenzlauer Berg.

Ein letzter Komplex der Publikation beinhaltet einige Beiträge zur unmittelbaren Nachkriegssituation der deutschen Jugend. Den Aktivitäten des letzten Reichsjugendführers Artur Axmann nach 1945 ging Kurt SCHILDE nach (S. 99-106). Anhand von Quellen des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs Schwerin untersuchte Rüdiger KRIEMANN die soziale und politische Situation von Jugendlichen in Mecklenburg im Sommer 1945 (S. 107-110). Quellen des Kreisarchivs Beeskow zur gleichen Thematik stellte Jürgen PFEILER vor (S. 111-115). Aus der Sicht des Soziologen äußerte sich Roland GRÖSCHEL in einem wissenschaftsmethodisch anregenden Beitrag über Erfahrungen bei der Anwendung der Oral History in der Erforschung von Lebenswelten und Erfahrungen Jugendlicher im Zweiten Weltkrieg (S. 93-98).

Die Publikation wird abgeschlossen mit einer umfassenden Bibliographie gedruckter und ungedruckter Arbeiten, die in der Zeit zwischen 1945 und 1990 erschienen, zur deutschen Jugend im Zweiten Weltkrieg.

Die Artikel im Sammelband machen deutlich, daß viele Seiten der Jugendgeschichtsforschung neu zu durchdenken bzw. in anderen Zusammenhängen zu betrachten sind. Wie Ingo KOCH in seinem Vorwort zur Publikation anmerkt, ist das insbesondere der Gesamtzusammenhang mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, mit der Alltagsgeschichte, der Sozial-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte.

Wie an verschiedenen Stellen in der Publikation sichtbar wird, hat sich nach der Vereinigung die Notwendigkeit ergeben, die wissenschaftsorganisatorische Einbindung der Forschungen zu sichern und damit die Fortführung der Untersuchungen überhaupt zu ermöglichen. Die Veröffentlichung zeigt zugleich, daß die Rostocker Forschungsgruppe, wenn auch in veränderter personeller Zusammensetzung, in die gesamtdeutsche Jugendgeschichtsforschung produktive Elemente einzubringen vermag und eine gemeinsame kritische und durchaus konstruktive Aufarbeitung der Ergebnisse der historischen Forschungen in den alten und neuen Bundesländern möglich und notwendig ist.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

*

Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer/Arbeitsgruppe Faschismusforschung. Hrg. von Werner Röhr. - Berlin: Akad. Verl., 1992. (454 S.)

Die zu besprechende Publikation ist der Protokollband einer am 8. und 9. November 1990 in Berlin durchgeführten wissenschaftlichen Konferenz zur Thematik "Deutsche Faschismusforschung heute. Ergebnisse - Aufgaben - Probleme" (1). Anliegen der Veranstalter der Konferenz und des Herausgebers der Publikation war es u.a. sich der von Martin Broszat angeregten "Histo-

risierung" des Nationalsozialismus zu stellen, wie das Brigitte BERLEKAMP (S. 96-107) in ihrem Beitrag zu Rassismus, Holocaust und "Historisierung" des Nationalsozialismus versucht und nicht zuzulassen, daß die weitere Erforschung des Faschismus von der aktuellen, politisch forcierten Beschäftigung mit Problemen der allerjüngsten Geschichte aus dem Blickfeld gedrängt wird (S. 15). Die von Brigitte BERLEKAMP hervorgehobenen zwei Aspekte der Forderung Broszats nach Historisierung im Zusammenhang mit dem Historikerstreit könnten wesentlich befruchtende Momente weiterer Forschungen sein. Er forderte zum einen die Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes mit dem Ziel der Einordnung der Zeit des Nationalsozialismus in die gesamte deutsche und Weltgeschichte, die Beschreibung und Strukturanalyse der Alltagserfahrungen, der Mentalität, der gesellschaftlichen Kontinuität. Die zweite Seite der "Historisierung" bei Broszat wird in den theoretischen Fragen und Forschungsmethoden bei der Rekonstruktion der deutschen Geschichte 1933 bis 1945 gesehen. Eine deutsch-deutsche Bestandsaufnahme zur Faschismustheorie, der Geschichtsschreibung über den Faschismus und zum Zusammenhang Ökonomie und Nationalsozialismus nehmen mehrere Autoren vor. Hans-Erich VOLKMANN (S. 206-227) setzte sich vor allem mit der von der marxistischen Historiographie der DDR übernommene Faschismustheorie der III. Internationale, unter besonderer Berücksichtigung des Bezugs Monopolkapitalismus und Faschismus auseinander. Karl Heinz ROTH (S. 231-236) untersucht die differenzierte Abhandlung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik unter dem Faschismus durch die Historiker der DDR.

Der Band ist in vier große Komplexe gegliedert. Der erste Schwerpunkt faßt Beiträge zum Rassenantisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik zusammen. Während sich Werner RÖHR (S. 23-65) in einem Grundsatzbeitrag mit Faschismus und Rassismus und der Stellung des Rassenantisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik beschäftigt, gehen andere Autoren auf Teilbereiche ein. Günter HARTUNG (S. 66-78) und Joachim PETZOLD (S. 79-85) beschäftigen sich mit den geistigen Vorläufern des Holocaust wie Theodor Fritsch und der Rolle des Antisemitismus im Denken und Handeln deutscher Wissenschaftler. Ebenfalls mit dem Antisemitismus in Wissenschaftlerkreisen beschäftigte sich Ute EHRICH (S. 86-95) in ihrem Beitrag zum Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig, der u.a. auf der Quellenüberlieferung im Universitätsarchiv Leipzig basiert. Wolfgang WIPPERMANN (S. 108-122) geht der Frage nach, ob der italienische Faschismus rassistisch war und verbindet damit Anmerkungen zu einem allgemeinen Faschismusbegriff.

ARCHIVAR 5.1

Das von Praktikern professionell entwickelte PC-Programm zur Verwaltung und Erschließung von Dokumenten wie Akten, Karten, Bilder, Fotos, Nachlässe ... bietet u.a.:

- **Online-Verwaltung** von laufenden Beständen (Registaturen) und erweiterbaren Archiven unter verschiedenen Systematiken
- **Beste Datensicherheit** auch bei großen Beständen durch Programmierung mit der potenten Datenbanksprache CLIPPER
- **Umfangreiche Arbeitserleichterungen:** Übernahme in die Register ohne Schreibarbeit, Online-Menü für ständig benötigte Funktionen, automatisierte Erstellung von Deskriptoren, automatischer Wortumbruch, freie Funktions-tastenbelegung (Floskeltasten), individuelle Erstellung von Erfassungsmasken etc.
- **Vollautomatische, komplette Erstellung** von Findbüchern durch Sofort-Sortierung (ohne vorgeschalteten Sortiervorgang)
- **Datenexport** über ASCII-Schnittstelle, Datenimport über vorformatierte Dateien
- **Schnellste Abfragen und schnelle Recherchen** u.a. verknüpfte Turbo-Textrecherche, verknüpfte Volltextrecherche
- **Daten- und Kopierschutz** über Crypto-Box; echte Netzwerkfähigkeit (Record-Locking)

Fordern Sie unsere ausführliche Leistungsbeschreibung mit Referenz- und Preisliste an!

Registrator- & Archivsoftware
Psf. 1123, D-79195 Kirchzarten
Tel.: 0 76 61/91 00 00, Fax 617 97

Die Verfolgung der deutschen Juden und anderer Opfer des nationalsozialistischen Rassismus bis 1941 stellt den zweiten Schwerpunkt des Bandes dar. Den derzeitigen Forschungsstand widerspiegelnd, stehen Forschungen zur Verfolgung und Vernichtung der Juden im Vordergrund. Forschungsdesiderate hinsichtlich anderer verfolgter Gruppen werden hier besonders sichtbar. Michael BURLEIGH und Wolfgang WIPPERMANN (S. 127-147) untersuchen die Frage, ob das Dritte Reich eine Klassenherrschaft oder ein Rassenstaat gewesen sei und Rassenpolitik und Rassenmord zwischen 1933 und 1940/41. Im Mittelpunkt ihres Beitrags steht die Begründung der These vom "singulären faschistischen Rassenstaat" anhand der Gesetze und anderer Weisungen des faschistischen Staates und deren Folgen. Diesem Beitrag schließt sich inhaltlich der von Gerlinde GRAHN (S. 420-426) über die Quellen des Reichssippenamts an, das maßgeblich an der Begründung und Realisierung faschistischer Rassenpolitik beteiligt war. Die Dokumente werden im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam aufbewahrt. Wolf GRUNER (S. 148-167) untersucht ausgehend von Quellen v.a. des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam und Koblenz und des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in Potsdam den Arbeitseinsatz von Juden im NS-Staat zwischen 1938 und Anfang 1941. Sabine FAHRENBACH (S. 168-178) geht dem Schicksal jüdischer Ärzte zwischen 1933 und 1941 nach. Almuth PÜSCHEL (S. 179-191) schildert in ihrem Beitrag Diskriminierung, Repressalien und Verfolgungen, denen jüdische Filmkünstler ausgesetzt waren und die Art und Weise, in der die Kunstgattung Film zum Transport rassistischen Gedankenguts genutzt wurde. Mit zwei speziellen Gruppen Ausgegrenzter im NS-Staat beschäftigt sich Klaus DROBISCH (S. 192-205) in seinem Beitrag über die Verhaftung "Asozialer" und Krimineller und ihre Einweisung in Konzentrationslager 1933/34 und 1937/38.

Im dritten Komplex der Arbeit werden Weltkrieg, Okkupation und Genozid behandelt. Gerhart HASS (S. 239-256) weist darauf hin, daß es trotz einer fast unüberschaubaren Literaturfülle zum Zweiten Weltkrieg große Forschungslücken zur Rolle von Ideologie und Zwang im Krieg, zu den sozial-demographischen, psychologischen und Umweltfolgen, den Opfern des Stalinismus und der Okkupation gibt. In diesem Zusammenhang äußerte sich Hass auch zur Darstellung von Verfolgung, Okkupation und Völkermord in der Geschichtsschreibung der DDR. Den Platz der Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 in der Geschichte der Judenvernichtung untersucht Kurt PÄTZOLD (S. 257-290). Der Geschichte des "Generalplans Ost" als der extrem rassistischen, genozidalen Variante der imperialistischen deutschen Ostexpansion (S. 291), die in engem Zusammenhang mit der "Endlösung der Judenfrage" steht, geht Dietrich EICHHOLTZ (S. 291-300) nach. Er benennt eine Reihe von Forschungsproblemen wie die Systematik und Methode einer Opferbilanz im Zusammenhang mit der Realisierung des Planes, der Erforschung der Schicksale und Lebensumstände der deutschen, "volksdeutschen" und anderen "germanischen" Siedler in den okkupierten Gebieten u.a. Den Zusammenhang von nazistischer Okkupationspolitik in Polen und dem Völkermord an den polnischen Juden behandelt Werner RÖHR (S. 300-316). Manfred MESSERSCHMIDT (S. 317-341) geht, ausgehend v.a. von Dokumenten des Bundesarchivs/Militärarchiv Freiburg der Frage nach, ob die Bekämpfung des Widerstands in Serbien rassistisch motiviert war. Der Situation ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland wendet sich Antje ZÜHL (S. 342-352) in ihrem Beitrag über das Verhältnis der deutschen Landbevölkerung gegenüber Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu. Die feste und bewußte Einbindung der DAF in die faschistische Okkupationspolitik weist Karl Heinz ROTH (S. 353-375) in seinem Beitrag zu den Strategien und Aktivitäten der DAF unter sozialimperialistischen Aspekten der Okkupationspolitik nach.

Im vierten Komplex der Publikation sind Beiträge zu den Quellen und Aufgaben der Faschismusforschung im Raum Berlin zusammengefaßt. Wolfgang WIPPERMANN (S. 377-399) informiert über den Stand und die Perspektiven der Geschichte Berlins in der NS-Zeit und Laurenz DEMPS (S. 400-412) über den Stand der regionalen Faschismusforschung in Ost-Berlin. David G. MARWELL (S. 413-419) beschreibt die Bestände des Berlin Document Center (BDC), das eine der wichtigsten Dokumentationseinrichtungen zur Geschichte des NS-Staates in der Welt ist.

Wie im Vorwort generalisierend vermerkt und in den verschiedenen Beiträgen sichtbar wird, liegen umfassende Forschungsergebnisse vor allem über die Opfer des Rassismus, insbesondere den Völkermord an den europäischen Juden vor. Forschungslücken sind zu verzeichnen bzw. fehlen grundlegende Arbeiten zu speziellen Gruppen wie den Sinti und Roma, den Angehörigen slawischer Minderheiten, "Rheinlandbastarden", Zwangsarbeitern u.a. in Deutschland und in den von Deutschland okkupierten Gebieten.

Es wird in Zukunft ein umfangreicher Katalog zu erforschender Probleme abzarbeiten sein, aber durch die rigorose "Abwicklung" von Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern werden ganze Forschungsbereiche auch in der Faschismusforschung zerschlagen, neue Organisationsformen müssen sich erst installieren und sind damit große Rückschläge in der Forschung und Publikation zu befürchten. Es bleibt zu wünschen, daß sich produktive Ansätze, wie sie sich im vorliegenden Sammelband zeigen, weiterentwickeln und festigen mögen.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

Heinz Sommer: Literatur der Roten Hilfe in Deutschland. Bibliographie.- Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Bibliothek.- (= Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 9).- Berlin.- 1991.- 124 S.

Seit einer Reihe von Jahren haben sich die Mitarbeiter der Bibliothek des jetzt nicht mehr bestehenden Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin um die Zusammenstellung bibliographischer Nachweise zur Geschichte der Arbeiterbewegung verdient gemacht. Die dabei zustandgekommene Reihe umfaßt, mit dem vorliegenden Titel, insgesamt 9 Hefte.

Da die Veröffentlichungen der Arbeiterbewegung aus unterschiedlichen Gründen heute oft großen Seltenheitswert besitzen und an vielen Orten und in unterschiedlichen Einrichtungen, nicht nur in Bibliotheken, aufbewahrt werden, gewinnt die Erarbeitung von Bibliographien mit entsprechenden Standortnachweisen einen besonderen Wert. Einen kleinen Eindruck von den Möhnen der bibliographischen Erfassung der Titel vermittelt der Autor in seinem Vorwort zur Veröffentlichung, in dem er die wichtigsten Institutionen, darunter in erster Linie Archive des In- und Auslands, nennt, die einschlägige Publikationen aufbewahren und in denen er per Autopsie die Titelaufnahme durchführte. Bedauerlicherweise konnten vom Verfasser aus hier nicht näher zu erörternden Gründen Einrichtungen der alten Bundesländer und des westlichen Auslands nicht eingesehen werden.

Erfaßt wurden sowohl die Publikationen der im Frühjahr 1921 im Rahmen der kommunistischen Bewegung in Deutschland entstandenen Roten Hilfe Deutschlands (RHD) als auch Veröffentlichungen der Internationalen Roten Hilfe (IRH) in deutscher Sprache, von den in Deutschland ansässigen Vertretungen der IRH herausgegebene Schriften und von ausländischen Sektionen hergestellte, aber für den Vertrieb durch die RHD bestimmte Literatur.

Die Arbeit ist in vier große Abschnitte gegliedert. In der Einleitung äußert sich der Autor über die Publikationstätigkeit der Roten Hilfe. Dabei wird sichtbar, daß sich Sommer nicht mit einer formalen Titelzusammenstellung begnügte, sondern sich als forschender Historiker betätigte und in einer bisher einmaligen und sachkundigen Weise die Verlags- und Publikationstätigkeit der Roten Hilfe Deutschlands beschreibt. Er weist deren enge Einbindung in die Verlagstätigkeit der KPD in den Jahren 1921-1924 und ab 1924, mit Aufnahme der Tätigkeit des Mitteleuropäischen Büros der Internationalen Roten Hilfe in Berlin unter Eugen Schönhaar, die eigenständige Publikationstätigkeit der RHD nach. Verschiedene Verlage der RHD und der IRH, auch außerhalb Deutschlands, ermöglichten eine, auch auflagenstarke Verlagsarbeit bis 1938.

Themen der Publikationen waren die Tätigkeit der RHD, die Auseinandersetzungen der Arbeiter mit der bürgerlichen Polizei und Justiz, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in anderen Ländern und die Solidarität mit den Opfern, oft in großen internationalen Kampagnen. Die Formen der Veröffentlichungen waren vielgestaltig und reichten von Broschüren über Zeitungen und Zeitschriften bis zu Plakaten, Postkarten und anderen Werbematerialien.

Das erste Kapitel umfaßt die von der RHD zwischen 1921 und 1938 herausgegebenen Bücher und Broschüren. Dieser Abschnitt widerspiegelt die Breite des Tätigkeitsfelds der RHD in den Jahren ihrer Existenz. Die von Sommer angewandte chronologische Gliederung ermöglicht das schnelle Erfassen der jeweils aktuellen Arbeit der Organisation. Dieses Gliederungsverfahren erschwert jedoch andererseits etwas den Überblick über die in verschiedenen Jahren erschienenen Auflagen der gleichen Publikation. So findet man z.B. die seinerzeit sehr populäre Broschüre von Felix Halle: Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht? unter den Jahren 1924, 1929 und 1931. Am Ende jedes Jahresabschnitts führt der Autor die in dem jeweiligen Jahr erschienenen Periodika auf, was angesichts der im zweiten Kapitel erfolgten Erfassung aller Periodika und des Registers aller Titel überflüssig erscheint.

Das zweite Kapitel enthält die Zusammenstellung aller periodischen Veröffentlichungen der RHD. Die Gliederung wurde in alphabetischer Abfolge vorgenommen. Sichtbar werden hier große Überlieferungslücken bei wichtigen Periodika der regionalen Ebene wie Aus Not und Kerker für den Bezirk Magdeburg, Golgatha für den Bezirk Halle-Merseburg u.a.

Sehr nützlich für die Arbeit mit der Bibliographie insgesamt ist der Teil III. unter dem Titel Register, der ein Register der erfaßten Titel, ein Register der Autoren und weiterer beteiligter Personen und ein Register der Schriftenreihen umfaßt.

Bereichert wird der Textteil durch 25 Faksimiles von Titelblättern, die zum Teil von berühmten Künstlern wie Käthe Kollwitz gestaltet wurden.

Da es eine gedruckte Geschichte der Internationalen Roten Hilfe und ihrer nationalen Organisation, der Roten Hilfe Deutschlands, noch nicht gibt, wäre es sicher für die Forschung anregend und weiterführend, wenn die Bibliographie die notwendige und sinnvolle Ergänzung durch Recherchen in den oben genannten, vor einigen Jahren noch schwer zugänglichen Einrichtungen finden könnte. Über die Zusammenstellung der eigenen Veröffentlichungen der Roten Hilfe hinaus wäre außerdem eine Erweiterung der Bibliographie in Gestalt einer Übersicht zur Literatur über die Rote Hilfe sicher zweckmäßig.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

(1) Sigrun Mühl-Benninghaus; Gerlinde Grahn: Deutsche Faschismusforschung heute. In: AM 41(1991) H. 1, S. 35-36.

*

*

*

*

Nachruf

Dr. habil. Ludwig Nestler

Am 6. Januar 1993 verstarb nach langer Krankheit, deren schwere Belastung er bis in die letzten Wochen hinein durch produktive Arbeit zu verdrängen suchte, Dr. habil. Ludwig Nestler. Das Erscheinen der Quellenedition "Dokumente des Verbrechens. Aus Akten des Dritten Reiches. 1933-1945", an der er bis zum Schluß mitgearbeitet hatte, konnte er nicht mehr erleben.

Ludwig Nestler wurde am 4. Februar 1930 in Chemnitz als Sohn eines Musikers und einer Verkäuferin geboren. Nach dem Abitur studierte er Germanistik und Geschichtswissenschaft. Den Studien schlossen sich Tätigkeiten im Jugendverband und Staatsapparat der DDR an.

1964 nahm er seine Arbeit im Dokumentationszentrum zur Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrechen bei der Staatlichen Archivverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik auf.

Als langjähriger stellvertretender Leiter und schließlich Leiter des Dokumentationszentrums war er wesentlich an der Lösung der vielfältigen Aufgaben bei der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen beteiligt so an der Herausgabe des "Braunbuches", des "Graubuches", von Dokumentationen über Kiesinger, Lübke, Nazirichter, Diplomaten und Dutzende von Materialsammlungen zu Einzelpersonen, die den Untersuchungsbehörden in beiden deutschen Staaten und im Ausland übergeben wurden.

Ludwig Nestler eignete sich umfangreiche archivfachliche, insbesondere quellenkundliche Kenntnisse an, die von erheblicher Bedeutung für einen authentischen, den historischen Tatsachen gerecht werdenden Umgang mit den Quellen war. Als sich Ende der siebziger Jahre das Profil der Einrichtung zu wandeln begann, da wesentliche Seiten der ursprünglichen Aufgabenstellung als gelöst betrachtet werden konnten, ging sein Bemühen dahin, das Zentrum als wichtige Informations- und Dokumentationsstelle zur Faschismusforschung in der DDR zu profilieren. In engem Zusammenhang damit stand seine weitere geschichtswissenschaftliche Qualifizierung, wovon seine Promotion über die Genesis der faschistischen deutschen Kriegsziele im zweiten Weltkrieg und die Habilitationsschrift über das deutsche Okkupationssystem in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Besatzungsregime in Westeuropa zeugen. Zugleich konnte er im Dokumentationszentrum einen Kreis von qualifizierten Historikern und Archivaren zur Bewältigung der vielgestaltigen Aufgaben zusammenzuführen. An seine Mitarbeiter wie an sich selbst stellte er hohe Anforderungen hinsichtlich ihrer fachlichen wie menschlichen Qualitäten.

In den folgenden Jahren entwickelte sich ein enger Kontakt zwischen dem Dokumentationszentrum und fast allen auf dem Gebiet der Geschichte des Faschismus in der DDR Forschenden sowie mit vielen Wissenschaftlern des Auslands. Man kann wohl sagen, daß es kaum einen Forscher gab, der das Zentrum besuchte und von den Ideen und Anregungen, der tatkräftigen Hilfe Ludwig Nestlers nicht profitiert hat.

Eine Reihe von Publikationen, u.a. "Weltherrschaft im Visier", entstand in enger Zusammenarbeit mit bedeutenden und international anerkannten Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Erforschung der Geschichte des Faschismus in Ländern der östlichen und westlichen Welt und mit dem Dokumentationszentrum ähnlich gelagerten Institutionen, wie der Polnischen Hauptkommission, dem Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstands in Wien, dem Dokumentationszentrum für jüdische Zeitgeschichte in Paris und dem Office of Special Investigation in den USA u.a.. Auf vielen internationalen wissenschaftlichen Konferenzen vermittelte Ludwig Nestler seine umfangreichen Kenntnisse über die Quellen zum Faschismus.

Das wohl bedeutendste Editionsprojekt war die unter seiner Leitung und der des leider zu früh verstorbenen bekannten Historikers Prof. Dr. Wolfgang Schumann herausgegebene Reihe "Europa unterm Hakenkreuz". Ein großes Kollektiv profilierter Historiker aus der DDR auf dem Gebiet der Faschismusforschung und eine Reihe von Archivaren schufen eine Editionsreihe, die internationale Beachtung fand, den hohen Stand der Faschismusforschung in der DDR widerspiegelte und deren Abschluß vom Bundesarchiv übernommen wurde.

Schon frühzeitig, besonders jedoch am Ende der 80er Jahre, sicher als Schlußfolgerung aus seinen vielseitigen internationalen Kontakten, setzte sich Ludwig Nestler engagiert für eine engere Zusammenarbeit von Forschern zur Geschichte des Faschismus aus Ost und West ein. Sein gemeinsam mit Historikern aus der BRD projektiertes Sammelband scheidete jedoch vorerst am politischen Kleinmut der verantwortlichen Institutionen der DDR. Erst Anfang 1990 konnte die Arbeit unter dem Titel "Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg" erscheinen.

Die Abwicklung der Einrichtung und die Zerschlagung eines guten, in vielen Jahren um ihn gewachsenen Arbeitskollektivs traf ihn, sicher nicht zuletzt wegen dieses Engagements, besonders schwer.

Alle, die Ludwig Nestler kannten, wußten seine optimistische, freundliche und kameradschaftliche Art zu schätzen.

Noch neue Projekte vor Augen, holte ihn der Tod ein.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

*

*Partner der Bibliotheken
und Archive:*

Mikrofilm-Center Klein

Bundesallee 38 · 10717 Berlin · Tel. 030/861 80 11 · Fax 030/861 80 53

Mikrofilm-Center Kossenblatt

Lindenstraße 37 · 15848 Kossenblatt · Tel. (03 36 74) 203 · Fax (03 36 74) 229

*Verfilmung von Dokumenten,
Zeitungen und Katalogen
Kostenlose Fachberatung*



Referenzen:

Verfilmung der Akten des Berlin Document Center, des Hauptkataloges der Staatsbibliothek zu Berlin, Bundesarchiv, Landeshauptarchive u. a. m.

• Berlin • Erfurt • Rostock • Dresden • Kossenblatt •

Informationen

Conservare '93

Europäisches Forum für das Erbe

Oostende (Belgien), vom 13. bis zum 17. Oktober 1993

Europas wichtigster Rohstoff ist ohne Zweifel sein Erbe. Historische Monumente, reiche Museen, einzigartige Archive und umfangreiche Bibliotheken zeugen von einer reichen Kulturtradition.

Das Erbe zeigt die Eigenart der verschiedenen europäischen Regionen, aber auch ihre gemeinsamen Wurzeln. Dieser Reichtum legte nicht nur den Grundstein für ein breites soziales und kulturelles Geschehen, sondern auch für einen wichtigen Teil der touristischen Entwicklung. Das Kulturerbe sorgt außerdem für die "Erlebbarkeit", für das "Verstehen" unseres Kontinents. Es ist denn auch selbstverständlich, daß dieses Erbe mit größter Sorgfalt für unsere Generation und die nächsten Generationen aufrechterhalten und gepflegt werden muß.

Die Erhaltung und Restaurierung des Erbes muß mit Sachkenntnis und auf die meist vertretbare Weise geschehen. Daher wird "Konservieren" immer mehr zu einer Wissenschaft, in der Spezialisten tätig sind, die eine breite technische und wissenschaftliche Basis mit praktischen Fertigkeiten, Erfahrungen und Kenntnissen früherer Generationen kombinieren. Das Erbe ist aber ebenfalls ein Gemeinschaftsgut, dessen Erhaltung Sache aller gesellschaftlichen Gliederungen ist. Jeder muß seine Verantwortung aufnehmen, sowohl der Durchschnittsbürger als auch die Politiker. Sorgsam umzugehen mit dem Erbe heißt auch, Respekt aufzubringen für die kulturelle Emanzipation des Individuums der Gesellschaft.

Vor diesen Hintergründen wird vom 13. bis zum 17. Oktober 1993 in Flandern zum ersten Mal ein europäisches Forum über die Erhaltung, den Schutz, die Restaurierung und Valorisierung unseres gemeinsamen Erbes organisiert.

Conservare '93 wird vor allem der "Konservierung" Aufmerksamkeit schenken: den Verfall aufzuhalten und günstige Voraussetzungen für die Erhaltung schaffen. Restaurieren ist nur allzu oft "dasjenige wiederherstellen, was nicht mehr da ist"; Konservieren betont die Präventivpflege.

Conservare '93 will ein Treffpunkt, ein Forum sein für jeden, der in Europa einsteht für und beteiligt ist an der Sorge für das Erbe: für innen- und ausländische Restaurierungsateliers, Ausbildungszentren, Betriebe die in diesen Bereichen Produkte und Techniken entwickelt haben, Kultur- und Denkmalämter, Museen, Archive, usw. Zentral steht die Begegnung mit anderen Leuten, der Austausch von Erfahrungen und Daten, der Ausbau von Kontakten und künftigen Zusammenarbeitsmustern.

Conservare '93 soll ein dynamisches, aktives und attraktives Geschehen werden, das um fünf Schwerpunkte ausgebaut wird:

1. Zentral steht eine **Messe und Ausstellung**, wo die neuesten Forschungs- und Konservierungstechniken und wichtige Realisierungen und Projekte aus den verschiedenen europäischen Ländern vorgestellt werden. Neben dem Messeteil, wo Betriebe, Firmen und große Einrichtungen mit Ständen vertreten sind, wird auch für nichtkommerzielle Einrichtungen und kleinere Freiwilligenorganisationen und Privatinitiativen aus dem Sektor ein Raum reserviert, wo sie sich selbst und ihre Arbeitsweise vorstellen können.

2. Neben der Messe gibt es einen **Kongreßteil** der den inhaltlichen und wissenschaftlichen Unterbau von **Conservare' 93** bildet. Verschiedene Organisationen und Einrichtungen mit einer breiten Basis bekommen die Gelegenheit, mit spezifischen Themen in Erscheinung zu treten. Interessierten Organisationen und Einrichtungen wird die Möglichkeit geboten, um während **Conservare '93** wissenschaftliche oder administrative Zusammenkünfte zu organisieren. Den Betrieben und Einrichtungen werden eine Anzahl Seminarräume für Vorführungen und Referate zur Verfügung gestellt.

3. **Conservare '93** will den Besuchern denn auch eine integrierte Buch- und Zeitschriftenmesse anbieten, wo er/sie diese Publikationen einsehen, evaluieren und eventuell bestellen kann. Diese Buch- und Zeitschriftenmesse will eine Musterkarte der heute verfügbaren Speziallektüre bieten.

4. Am Rande des Forums findet eine **Dauerprojektion** von ausgewähltem Film-, Video- und Diaprogramm statt, das einen wichtigen Beitrag zur Erschließung und Valorisierung des Patrimoniums geliefert hat. Verschiedene Museen, Produktionshäuser, Fernsehanstalten u.a. können Dokumentarfilme und Videoclips einsenden. Die beste Produktion wird mit dem "Conservare Award" ausgezeichnet.

5. Daneben ist eine ganze Reihe **Nebenaktivitäten** vorgesehen, wie Ausflüge zu flämischen Kunststädten, Besuche an Restaurierungsateliers und Restaurierungsgelände. An verschiedenen Orten in Ostende werden verwandte Ausstellungen organisiert.

Conservare '93 findet in den Ausstellungsräumen des Media Center statt. Der Komplex, der über insgesamt 16.500 m² Innen- und 25.000 m² Außenoberfläche verfügt, entspricht allen Sicherheitsnormen und verfügt über eine bedeutende technische Infrastruktur mit allem üblichen Komfort. Das Media Center hat außerdem eine einzigartige geographische Zentrallage mit außerordentlich guter Erreichbarkeit für den Bahn-, Flug-, Schiffs- und Autoverkehr. Dies alles kaum 50 Meter von der Nordseeküste entfernt! Ostende liegt nur einen Steinwurf von Brügge (25 km), Gent (60 km), Antwerpen (120 km) und Brüssel (120 km) entfernt.

Die Organisation von **Conservare '93** beruht bei Jean-Pierre Cobbaert (Koordination der Ausstellungen und Messe), Adriaan Linters (wissenschaftliche Leitung) und Mark Casier (Kordinator des Projekts).

Interessenten können schon ab jetzt die ersten Informationen über die **Ausstellungsstände**, die **Möglichkeiten für Studientage und Kongresse** und die **allgemeinen Inhalte von Conservare '93** beziehen über:

Conservare '93

Troonstraat 66

B-8400 Oostende

Belgien

Telephonisch über: (+32)59/665511

telefax (+32)59/501650

telex 81296 media b

*

Bestandserhaltung im Archiv

Fortbildungsveranstaltung der **Archivschule Marburg** in Zusammenarbeit mit der **Landesarchivdirektion Baden-Württemberg**
29. November bis 3. Dezember 1993

Maßnahmen zur Erhaltung von Archivgut und deren Umsetzung in der archivischen Praxis

- Vorbeugende Konservierung
- Instandsetzung
- Reprographische Schutzmaßnahmen, Substitution
- Bestandserhaltungsmanagement (mit Planspiel)

Teilnehmer:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Archiven mit Berufserfahrung, die im Bereich Bestandserhaltung selbständige Entscheidungen treffen müssen.

Teilnehmerzahl: 20

Teilnahmegebühr: DM 300,-

Anmeldungen und Rückfragen an:

Archivschule Marburg

Bismarckstraße 32

35037 Marburg

Tel.: 06421/286762

Fax: 06421/286770

Anmeldeschluß: 8 Wochen vor Veranstaltungsbeginn

*

Lehrgänge der **Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare**
32. VdW-Lehrgang "Sammlungsgut und Öffentlichkeitsarbeit"
07.11.-12.11.1993 in Balve/Eisborn

PROGRAMMÜBERSICHT

Sonntag, den 07.11.1993

17.15 Uhr Bustransfer von Hagen Hbf. nach Balve/Eisborn

18.45 Uhr Gemeinsame Abendessen

20.00 Uhr Eröffnung des Lehrgangs und Vorstellungsrunde (Pohlentz)

Montag, den 08.11.1993

09.00-10.00 Uhr Sammlungsgut und Sammlungstätigkeit in Archiven der
Wirtschaft (Dr. Kroker)

10.30-12.00 Uhr Archivierung von Filmgut (Griep)

14.00-15.30 Uhr Archivierung von Filmgut (Forts.) (Griep)

16.00-18.00 Uhr Anzeigen und Verpackungen

Erschließung, Lagerung und Ausstellung (Engel)

Dienstag, den 09.11.1993

09.00-10.00 Uhr Plakate und Flugblätter

Erschließung und Lagerung (Dr. Werner)

10.15-12.00 Uhr Die Präsentation von Archiv- und Sammlungsgut in
Ausstellungen

Erfahrungsberichte:

- Bayer-Archiv, Leverkusen (Pogarell)

- Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Dr. Weinforth)

13.30-18.30 Uhr Besichtigung des Bergbau-Archivs und des Deutschen
Bergbau-Museums, Bochum (Dr. Kroker)

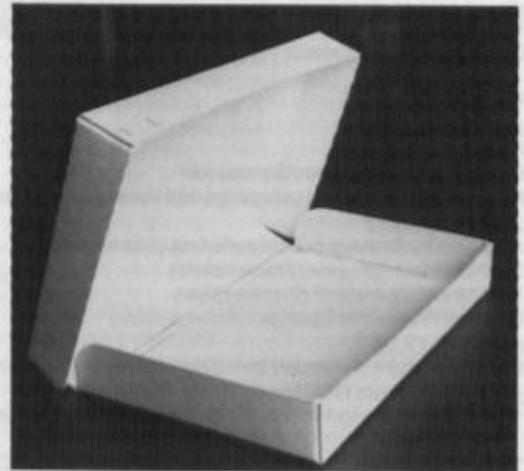
säurefrei

Archivbeständiges Material
nach den Empfehlungen der
Vereinigung Schweizerischer Archivare

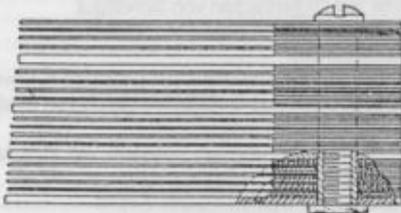


für Archive stehend oder liegend

- **Archivschachteln**
«Centenaire» ♦ CH-Patent ♦
einteilig, aufklappbar
für alle Formate wie A4, Folio, Tagsatzung
in verschiedenen Höhen
16 Standardgrössen ab Lager
- **Archivmappen, dazu passend**
mit oder ohne Klappen
mit oder ohne Sichttrand
- **Kuverts jeder Grösse**
genau nach Ausführungswunsch
- **Aktenumschläge**
- **Stülpedeckelschachteln**
für besondere Archivalien
für Urkunden mit Siegeln



für Grossformate im Archiv, immer mit säurefreien Zwischenlagen



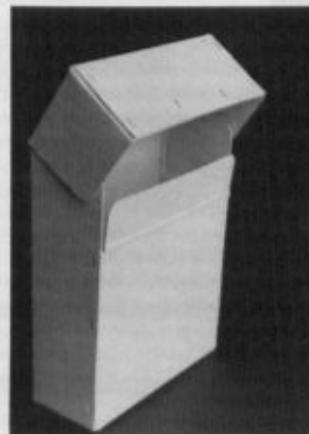
- **Schraubmappen**
für A0-Planschranke ♦ Pat. angem. ♦
- **Plakat-Mappen**
für Weltformat
- **Baupläne-Mappen**
bis 93 x 131 cm



für Graphik-Sammlungen

mit oder ohne Passepartouts

- **Schachteln**
ein- oder zweiteilig
in jedem gewünschten Format



für Bibliotheken

- **Convolutenschachteln**
hochkantstehend, mit oder ohne Klappdeckel
- **Broschüren-Schachteln**
als Schuber oder Futteral

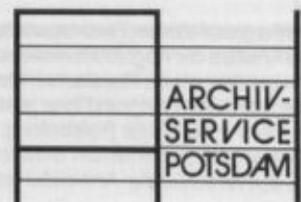
aus

Museumkarton hellgrau in 2.4 und 1.8 mm
und 400/300/200 gm
Grossformate bis 1110 x 1400 mm
Papiere 170/120/80 gm² weiss

aus 100% Zellstoff, neutralverleimt
säurefrei mit pH über 7.5
mit Alkalireserve, min. 2% Kalzium-
karbonat

Vertrieb für Deutschland und Österreich:

ARCHIV-SERVICE
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstraße 5
14469 Potsdam-Bornim



Mittwoch, den 10.11.1993

09.00-10.30 Uhr Der Umgang mit Presse und Öffentlichkeit (Rohlinger)
11.00-12.00 Uhr Vorbereitung auf Videostatements (Pohlenz)
14.00-19.00 Uhr Videostatements und Diskussion (Pohlenz, Pogarell, Zobelein)

Donnerstag, den 11.11.1993

09.00-18.00 Uhr Videostatements und Diskussion (Pohlenz, Pogarell, Zobelein)

Freitag, den 12.11.1993

09.00-10.30 Uhr Publikationsmöglichkeiten des Wirtschaftsarchivars (Dr. Metternich)
11.00-12.00 Uhr Abschlussdiskussion (Pohlenz)
13.00 Uhr Bustransfer nach Hagen Hbf.

33. VdW-Lehrgang "Restauration und Konservierung von Archivgut"
05.12.-08.12.1993 Balve-Eisborn

PROGRAMMÜBERSICHT

Sonntag, den 05.12.1993

17.15 Uhr
18.45 Uhr Gemeinsames Abendessen
20.00 Uhr Eröffnung des Lehrgangs und Vorstellungsrunde (Pohlenz)

Montag, den 06.12.1993

09.00-10.30 Uhr Einführung in Restaurierung (Frankenstein)
11.00-12.00 Uhr Materialkunde (Frankenstein)
14.00-15.30 Uhr Archivtechnik (Frankenstein)
16.00-18.00 Uhr Praktische Übungen (Frankenstein)

Dienstag, den 07.12.1993

09.00 Uhr Abfahrt Exkursion zum Deutschen Bergbau-Museum, Bochum und Haniel-Archiv, Duisburg
10.00-11.30 Uhr Grundrügen der sachgemäßen Behandlung von musealen Objekten (Kunkel)
11.30-12.30 Uhr Besichtigung der Restaurierungswerkstätten des Deutschen Bergbau-Museums und des Bergbau-Archivs (Kunkel/Dr. Kroker)
14.30-16.30 Uhr Besichtigung der Restaurierungswerkstatt des Haniel-Archivs (Gothe/Dr. Appelbaum)

Mittwoch, den 08.12.1993

09.00-10.00 Uhr Einblick in Restaurierung und Lagerung von Fotobeständen (Brendel)
10.30-11.15 Uhr Diskussion (Brendel)
11.15-12.00 Uhr Abschlussdiskussion (Pohlenz)
13.00 Uhr Bustransfer nach Hagen Hbf.

Anmeldungen bitte an:

Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V.

Ressort Aus- und Weiterbildung

Herrn Michael Pohlenz M.A.

Bayer AG

Bayer-Archiv

Leverkusen, Bayerwerk

*

WISSENSORGANISATION '93

Systemorientierte, kognitive und modellbezogene Aspekte der Wissensorganisation

Konstruktion und Retrieval von Wissen

3. Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Wissensorganisation

27.-29. Oktober 1993/Weilburg Institut für Lehrerfortbildung

Die Theorie des Radikalen Konstruktivismus und das Paradigma systemischer Theoriebildung hat ihren Ausgang von der informationstheoretischen Biologie und der automaten-theoretische Informationsverarbeitung genommen. Beide Wurzeln betreffen die Organisation von Wissen.

Die Tagung soll die klassischen Themen der Wissensordnung

- Gewinnung
- Systembildung
- Repräsentation
- Retrieval

vor dem Hintergrund dieses Theorieparadigmas zur Sprache bringen. Dabei sollen neue Ansätze der Kognitionswissenschaften und Modelltheorie ebenso einbezogen werden, wie die klassischen Methoden der Ordnung von Begriffen bzw. Wissensseinheiten aufgrund ihrer jeweiligen Beziehungsnetze - auch im Hinblick auf ihre maschinelle Bearbeitung.

Neben rein theoretisch orientierten Sektionen sollen die Aspekte und Methoden auch in den verschiedenen Anwendungsbereichen und Wissensdomänen

an praktischen Beispielen vorgestellt werden.

Vorprogramm

Es sind folgende Tutoiren vorgesehen:

- Computergestützte Thesauruserstellung
- Einführung in objektorientierte Wissensorganisation am Beispiel von Smaltalk
- DGD-KFT-ISKO Workshop

Themen und freie Vorträge

A Erkenntnistheorie und Wissensorganisation

- Erkenntnistheoretische Grundlagen für Wissensordnung und ihre Darstellung
- Systemtheoretische Ansätze
- Radikaler Konstruktivismus und Wissensorganisation
- Theoriebildung als Mittel zum Ordnen und Darstellen von Wissen
- Heuristische Funktion von informationsverarbeitenden Systemen für die Erkenntnistheorie

B Neuronale Netze als Systeme der Wissensorganisation

- Neuronale Netze als Wissensspeicher
- Information Retrieval mit assoziativem Zugriff
- Wissensorganisation durch selbstorganisierte Lernprozesse
- Wissensorganisation mit ungenauen und unvollständigen Daten
- Bilden und Erkennen von Strukturen und Klassen
- Klassifizieren von Dokumenten mit neuronalen Netzen

C Wissensgewinnung und Wissensrepräsentation

- Begriffliche Ordnungen und Wissenssysteme, Begriffsbeziehungen
- Universelle Ordnungssysteme
- Thesaurusforschung, Semantische Netze
- Objekt-Orientierte Strukturierung als Konstruktion von Welt
- Die begriffliche Basis der maschinenunterstützten Wissensorganisation
- Terminologisches Wissens- und Datenbanken, Datadictionaries und Repostories
- Automatische Inhaltserschließung durch maschinelles Text- und Bildverstehen
- Die Rolle des Allgemeinwissens in informationsverarbeitenden Systemen
- Graphische Aufbereitung von Wissen

D Praxis und Systeme der Wissensorganisation

- Kreative Indexierung und Klassifizierung
- Expertensysteme zur Organisation von Schriftgut
- Hypermedia, Hypertext, Multimedia und Hypernetze
- Dokumenten Management
- Einbindung von Thesauri und Klassifikationssystemen in Anwendungssoftware
- Validierung, Kompatibilität und Qualitätsvergleich von Systemen der Information
- Wartung und Zukunftssicherung von Thesauri, von Indexierungs- und von Klassifizierungssystemen
- Wissensorganisation als ergonomischer Faktor

E Wissensorganisation im Bibliothekswesen

- Einsatz von Multimedia/Hypermedia für Online-Kataloge
- Online Bookshelf Browsing
- Intelligente Online-Anleitungen (Objektorientierte Navigation, Strukturierte Suche)
- Online-Zugriff auf elektronisch gespeicherte Zeitschriftenartikel
- Inhaltserschließung der Belletristik
- Inhaltserschließung von Nonbook-Materialien
- Konzepte zur Harmonisierung und Pflege der in Ost- und Westdeutschland verwendeten Systematiken

F Wissensorganisation und ihre Didaktik als Konstruktion

- Konzepte zur Aus- und Weiterbildung in den Informationswissenschaften
- Lehren und Lernen als Navigation in Informationssystemen
- Synthese von Informations- und Lernsystemen
- Überlegungen zu einem möglichen Curriculum der Wissensorganisation

G Wissensorganisation in speziellen Arbeitsbereichen

- Fachspezifische Klassifikationssysteme
- Wissensorganisation im beruflichen Alltag
- Wissensorganisation und Information Management Systeme
- Anwendung von Instrumenten der Wissensorganisation in Wirtschaft und Verwaltung

Anmeldungen können gerichtet werden an:

Prof. Dr. Norbert Meder

Universität Bielefeld

Lehrstuhl für Informatik im Bildungs- und Sozialwesen

Pädagogische Fakultät / AG 9

Universitätsstr. 25 / Postfach 8640

33615 Bielefeld

* *

*

Contents

- Rakow, P.-J.; Krügener, E.: The map collection at the Central Archives of Mecklenburg and its history
Moczarski, N.: Sources evidencing the preparation and enforcement of compulsory relocations in the south of Thuringia in the early 1950s and 1960s
Henning, E.: The unpublished works of Max von Laue
Sensfuß, D.: Reflections on the history and present state of Jena Municipal Archives
Kübler, Th.: The Haldensleben District and Municipal Archives

Indice

- Rakow, P.-J.; Krügener, E.: El archivo cartográfico del Archivo Central del Land de Mecklemburgo y su historia
Moczarski, N.: Documentos sobre la preparación y realización de la evacuación forzada en el Sur de Turingia en los años 50 y 60
Henning, E.: La herencia de Max von Laue
Sensfuß, D.: Reflexiones sobre la historia y el presente del Archivo Municipal de Jena
Kübler, Th.: El Archivo Municipal y Distrital de Haldensleben

Sommaire

- Rakow, P.-J., Krügener, E.: Le fonds de cartes des Archives régionales du Mecklembourg et son histoire
Moczarski, N.: Les sources sur la préparation et la réalisation des évacuations forcées au début des années 50 et 60 en Thuringe du Sud
Henning, E.: La succession de Max von Laue
Sensfuß, D.: Quelques réflexions sur l'histoire et le présent des archives municipales d'Iéna
Kübler, T.: Les archives de la municipalité et de l'arrondissement d'Haldensleben

Содержание

- Раков, П.-Й.; Крюгенер, Е.: Фонд карт главного земельного архива Мекленбурга и его история
Мочарски, Н.: Источники о подготовке и проведении в начале 50-х и 60-х годов принудительного выселения населения южной части Тюрингии
Хеннинг, Е.: Письменное наследие Макса фон Лауэ
Несколько соображений по истории и актуальному состоянию городского архива Йены
Кюблер, Т.: Горрайархив Хальденслебена

Autoren der Abhandlungen und Miscellen:

- Dr. Eckart Henning, Direktor des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Boltzmannstr. 14, 14195 Berlin
Elke Krügener, Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Graf-Schack-Allee 2, 19053 Schwerin
Thomas Kübler, Leiter des Kreis- und Stadtarchivs Haldensleben, Jungfernstieg 17, 39340 Haldensleben
Norbert Moczarski, Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Schloß Bibrabau, 98617 Meiningen
Dr. Peter-Joachim Rakow, amt. Direktor des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs Schwerin, Graf-Schack-Allee 2, 19053 Schwerin
Dagmar Sensfuß, Stadtarchiv Jena, Löbdergraben 19, 07743 Jena

Hinweise für unsere Autoren:

- Die Beiträge werden auf Disketten ("5,25" oder "3,5") bei Verwendung gebräuchlicher Textverarbeitungssysteme (z.B. Word) erbeten. Druckhinweise bitte handschriftlich auf einem beigegebenen Ausdruck vermerken. Maschinenschriftliche Manuskripte können zweizeilig, 30 Zeilen zu je 60 Anschlägen, Format A 4, einseitig beschrieben eingereicht werden.
Wissenschaftlichen Beiträgen ist ein Autorreferat im Umfang von 15-20 Zeilen beizugeben.
Angaben für das Autorenverzeichnis (Name, Vorname, Titel und akademischer Grad, Dienststelle und Tätigkeit bzw. Anschrift) bitte korrekt und vollständig nennen. Die Autoren tragen die Verantwortung für diese Angaben selbst.
Bei der Erarbeitung der Beiträge bitte die "Hinweise zur Manuskriptgestaltung" (AM 39/1989/2. - S. 62/63) beachten, die auch bei der Redaktion als gesondertes Merkblatt angefordert werden können.

Vorschau auf Heft 5/93:

- Herrmann, M.: Archivgutschutz im Deutschen Reich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Johannes, R.: Das Archiv der BUNA AG - Fundgrube in neuem Out-fit
Czubatynski, U.: Ephoral- und Pfarrarchive. Geschichte, Bestandsprofile und Perspektiven der Auswertung am Beispiel der Stadt Perleberg
Apfelauer, R. W.: Quellen zur Studentengerichtbarkeit im Archiv der Universität Salzburg
Czok, B.: Die Herkunft des preußischen Adlers. Neue Überlegungen zu einer alten Frage

GOLIATH

Die Lösung für die Archivierung, Katalogisierung und Recherche auf dem PC

Das Archivierungs-, Katalogisierungs- und Verwaltungsprogramm "GOLIATH" wurde speziell für Archive und Museen entwickelt. Mit Hilfe dieses Programms können Archivbestände verzeichnet und Findbücher erstellt werden. Darüber hinaus können Ausstellungsobjekte inventarisiert und katalogisiert werden.

Besondere Leistungsmerkmale:

Textfelder mit der Möglichkeit Fremdtexte einzulesen

Schnelles Auffinden der Daten (sehr schnelle Suchfunktionen und Sortierungen)

Schnelle, mehrfach verknüpfte Textrecherche (On-Line) in allen Datenbeständen sowohl in den Texten als auch in den Datenfeldern

Textverarbeitung mit Wortumbruch, Grafiken etc.

Übernahme von Thesauren möglich

Keine Größenbeschränkung der Datenbanken (hardwareabhängig)

Einlesen und Übertragen von Fremdformaten und bestehenden Daten (auch Fremdsysteme)

automatische Findbuch- und Katalogerstellung mit bis zu 16 Registern je Verzeichnis (Orts-, Namens-, Sachwortregister etc.) und Verwaltung von beliebigen Querverweisen

Definition von Gruppenklassifizierungen

Erleichterung der Neuerfassung mit Hilfe von Kopierfunktionen

Komplette Registerbearbeitung mit Querverweisen (alphabetisch, chronologisch etc.)

Freie Gestaltung der Druck- und Bildschirmausgaben (Etiketten, Karteikarten, Listen und statistische Auswertung, Findbücher, Kataloge, Publikationen etc.)

frei definierbare mehrseitige Erfassungsmasken (Verzeichnisse) mit Eingabekontrollen und eigener Systematik

netzwerkfähig



Entwicklung und Vertrieb:

intec Computersysteme GmbH
Siemensring 98
4156 Willich Münchheide
Telefon 0 21 54 / 4 11 36
Telefax 0 21 54 / 4 16 41

Beratung und Vertrieb
in den neuen Bundesländern:

ARCHIV-SERVICE
Baumgartner & Hebig OHG
Heckenstraße 5
14469 Potsdam-Bornim